ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 2 (90) FEBRUAR 2022 / Schwat – Adar 5782 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,90 €

Deutscher Antisemitismus-beauftragter auf Wiesenthal-Liste

Fragwürdige Haltung von Dr. Michael Blume

SEITE 14-15

Iran steigert seine Aggressivität gegenüber Israel und Nahen Osten

Trotz Warnungen kann Teheran seine gefährlichen Tentakel weiter ausbreiten.

SEITE 12-13

„The Jazz Singer“

Jüdische Einwanderer-kinder aus Osteuropa und ihr Einfluss auf die amerikanische Musik- und Filmkultur.

SEITE 30-31

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Die Zeit schreitet voran und der Monat Januar 2022 liegt bereits hinter uns. Er markierte vor knapp zwei Wochen den achtzigsten Jahrestag der sogenannten Wannseekonferenz, zu der einer der SS-Hauptschergen Reinhard Heydrich, mit ihm zusammen am 20. Januar 1942 in einer Villa am Großen Wannsee in Berlin fünfzehn hochrangige Vertreter des Hitler-Regimes und der SS-Behörden zu einer, wie er es nannte „Besprechung mit anschließendem Frühstück“ geladen hatte.

Ziel dieser sogenannten Besprechung war, nicht mehr und nicht weniger, als unter dem Vorsitz Heydrichs den bereits begonnenen Holocaust an den Juden, im Detail zu organisieren und die möglichst reibungslose Zusammenarbeit der beteiligten Instanzen zu koordinieren. Besprochen wurde die für die Vernichtung der gesamten jüdischen Bevölkerung Europas vorgesehene Deportation in die eroberten Gebiete im Osten und die hierfür erforderlichen Maßnahmen, bis zu den Details des Transports in Güterwagons der Bahn. Die Teilnehmer legten auch den zeitlichen Ablauf für die weiteren Massentötungen der Juden fest, erweiterten zunehmend die dafür vorgesehenen Opfergruppen und einigten sich auf eine Zusammenarbeit unter der Leitung des sogenannten Reichssicherheitshauptamts, das von Heydrich geleitet wurde.

Hier wurde der bereits nach Jahren der Entrechtung, Ausgrenzung, Erniedrigung und Internierung sowie bis zum Mord gehenden physischen Drangsal seit spätestens 1941 systematisch laufende Völkermord an den Juden Europas koordiniert und mit den höchsten Beamten aller hierfür wichtigen Ministerien zum Zwecke der höheren und kostengünstigen Effizienz abgestimmt.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

Genaue Erscheinungstermine unter https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €

4 198807 003907 02

Das Versagen der bürgerlichen Mitte

ABBAS MOMANI / AFP

Von Chaim Noll

Frank-Walter Steinmeier möchte zum zweiten Mal Bundespräsident werden. Er hat selbst vorgeschlagen, erneut zu kandidieren. Von einer richtigen „Wahl“ kann man nicht sprechen, da sich das Kartell der großen Parteien schon vorher auf ihn geeinigt hat. Seine neuerliche Einsetzung ins Amt ist reine Formsache. Das erinnert mich an meine Kindheit und Jugend – wie der Mann Steinmeier selbst.

Als Israeli hätte ich gegen Steinmeier einiges vorzubringen, Argumentatives, Sachliches wie seine Nähe zum Mullah-Regime im Iran, seine demonstrative Vorliebe für jüdische Israel-Hasser wie den in New York lebenden Soziologen Omri Böhm, den er allen Ernstes bei seinem letzten Staatsbesuch in Jerusalem – möge es der allerletzte gewesen sein – in seinem Gefolge mitschleppte. Doch je älter ich werde, umso stärker suchen mich die Schatten meiner Kindheit heim, die Erinnerungen an einen deutschen Totalitarismus. So dass es inzwischen auch emotionale Gründe sind, die mich vor dem Kompakt-Kandidaten Steinmeier zurückschrecken lassen.

Was mich als erstes an Steinmeier erschreckt, ist die Ausstrahlung, die Mimik, das Sprachprofil. Es sind Ausstrahlung, Mimik und Sprache eines DDR-Funktionärs. Er hätte, so wie er aussieht und redet, gut ins Zentralkomitee der SED gepasst. Man sieht ihm an, dass er in seinem Leben nie eigenverantwortlich gearbeitet, stattdessen die meiste Zeit in hermetisch geschlossenen Apparaten als Funktionär verbracht hat. Er musste, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, niemals etwas Eigenständiges, wirklich Nützliches herstellen und abliefern. Er hat lange studiert, Jura, an einer deutschen Provinz-Universität, und 1986, mit dreißig, das zweite Juristische Staatsexamen abgelegt. 1991, mit fünfunddreißig, folgte die Promotion. Sofort danach ist er in den Staatsapparat eingetreten, zunächst als Referent für Medienrecht und Medienpolitik in die Niedersächsische Staatskanzlei, ab 1994 als „Leiter der Abteilung für Richtlinien der Politik, Ressortkoordinierung und -planung“. 1996 wurde er Staatssekretär und Leiter der niedersächsischen Staatskanzlei. Nach der Wahl Gerhard Schröders zum Bundeskanzler 1998 folgte er diesem nach Bonn, dem damaligen Sitz der Bundesregierung. Im November desselben Jahres wurde er Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes. 1999 Chef des Bundeskanzleramtes. Auch hier als enger politischer Vertrauter Schröders, meist, wie die offizielle Biografie auf Wikipedia wissen lässt, „als Manager und Machtmakler im Hintergrund“.

Ein Schattenmann. Nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 war er im Krisenstab mit Kanzler, Außen-, Innen- und Verteidigungsminister „eingebunden“. Er leitete lange Jahre die sogenannte „Staatssekretärsrunde“, ein verschwiegenes Gremium zur Umsetzung von Regierungsbeschlüssen im Verwaltungsapparat. 2005 wurde Steinmeier innerhalb der Großen Koalition Bundesminister des Auswärtigen Amtes unter Kanzlerin Angela Merkel. Er setzte dort die reaktionäre, realitätsferne, Steuergeld-extensive, Israel-feindliche und pro-islamische, besonders pro-iranische deutsche Außenpolitik fort, die von sozialdemokratischen deutschen Außenministern gepflegt wird. 2013 wurde Steinmeier im dritten Kabinett Merkel erneut Außenminister. Im Januar 2017 zog er sich aus diesem Amt zurück, damit ihn die Bundesversammlung, wie vorher abgesprochen, zum Bundespräsidenten wählen konnte.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Das Versagen der bürgerlichen Mitte:

Der linke Mullah-Gratulant Frank-Walter Steinmeier soll ein zweites Mal Bundespräsident werden

Eine glatte deutsche Beamten-Biografie

Wohlwollend könnte man sagen: ein versierter Verwaltungsbeamter. Weniger wohlwollend: ein Apparatschik. Die gesamte Lebenserfahrung Steinmeiers beschränkt sich auf seine ausgedehnte Studienzeit an der Universität Gießen und – seit mehr als drei Jahrzehnten – auf Mitwirkung in den geschlossenen Zirkeln der Macht. Ein so auf Funktionär getrimmter Mensch funktioniert auch wie ein Funktionär. Er tut nur, was mit seinesgleichen abgestimmt und abgesprochen ist, einen selbständigen Schritt, ein kluges Wort, einen freien Gedanken kann man von ihm nicht erwarten. Auch keine Offenheit, keine Transparenz.

Wenn er einen Kranz am Grab des Judenmörders Arafat niederlegt, wenn er den blutrünstigen Mullahs im Iran zum Jahrestag ihrer Machtergreifung gratuliert und damit zum Jubiläum ihrer grausamen Unterjochung der eigenen Bevölkerung, tut er es immer im Interesse der mächtigen Zirkel, denen er seine Ämter verdankt. Der geschlossenen Kreise apparativer Machterhaltung, die aus ähnlich undurchsichtigen Leuten bestehen wie ihm. Deshalb ist die ablehnende Haltung gegenüber Israel und den USA, die er demonstriert, Symptom der Fehlhaltung einer mächtigen deutschen Clique. Hat er selbst ein Gesicht? Etwas, was man „Persönlichkeit“ nennen könnte? Oder – schon vor Corona – statt eines Gesichts eine Maske getragen? Kann dieser Mann, Kreatur eines Milieus der Ernennungen, geheimen Absprachen und abgekarteten „Wahlen“, die Demokratie in Deutschland schützen? Kann er, Zeit seines Lebens ein Parteigänger, die verfeindeten Lager eines zunehmend gespaltenen Deutschlands einen und versöhnen, wie es Aufgabe seines Amtes wäre?

> „Er setzte die reaktionäre, realitätsferne, Steuergeld-extensive, Israel-feindliche und pro-islamische, besonders pro-iranische deutsche Außenpolitik fort, die von sozialdemokratischen deutschen Außenministern gepflegt wird“

Er wird wiedergewählt werden, wie er selbst und seine Ämterpatronage es wünschen, weil sich die staatstragenden Fraktionen schon vorher auf ihn geeinigt und ihm die nötigen Stimmen gesichert haben. Aber etwas Gutes, Kreatives, Menschliches kann man von ihm nicht erhoffen. Er fügt sich ein in die steinerne Hoffnungslosigkeit, die derzeit Deutschlands Antlitz bestimmt.

Über den Autor:

Chaim Noll ist ein deutsch-israelischer Schriftsteller. Seit 1995 lebt er in Israel, in der Wüste Negev. Noll unterrichtet neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit an der Universität Be´er Sheva und reist regelmäßig zu Lesungen und Vorträgen nach Deutschland. Sein aktuelles Buch „Der Rufer aus der Wüste“ ist eine Abrechnung mit der Ära Merkel.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Sämtliche Beteiligte sagten bereitwillig höchstmögliche persönliche und amtliche Unterstützung ihrer Dienstbereiche für das bestialische Vorhaben zu. Bis auf einige diskutierte technische und organisatorische Nuancen der Durchführung herrschte vollkommene Übereinstimmung über die geplante Massen-Deportation und industrielle Ermordung von elf Millionen jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Bedenken irgendwelcher Art gab es bei keinem der Teilnehmer -- grundsätzlichen Widerstand gegen diesen historischen Gräuel schon gar nicht.

Ein kleiner Teil der Teilnehmer, darunter Heydrich, überlebte kriegsbedingt nicht den Untergang der Nazi-Diktatur. Falls es nach dem Ende des Nazi-Reichs überhaupt zu Verurteilungen der übrigen Konferenz-Beteiligten kam, dann wurden andere Tatbestände als die Konferenzteilnahme im Urteil angeführt. Etliche Verfahren wurden eingestellt, die übrigen Verfahren führten zu meist geringen Haftstrafen und stets zu sehr frühzeitigen Entlassungen. Die Täter lebten bis zu ihrem natürlichen Tod noch viele Jahre unbescholten in der Bundesrepublik Deutschland. Adolf Eichmann, der mit der Umsetzung der entsetzlichen Konferenzziele betraut war, konnte nach Kriegsende, nach seiner über 15 Jahre erfolgreichen Flucht nach Argentinien, als Einziger von Israel gestellt werden und wurde 1962 in Jerusalem zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Es erscheint mir wichtig diese teilweise wenig bekannten Fakten über den späteren milden Umgang mit den Verantwortlichen des Nazi-Horrors darzulegen, weil über deren Täterschaft und Verständnis des Grauens, das sie vereinbart hatten, kein Zweifel besteht. Selbst nach Aussage Eichmanns in seinem Prozess war die auf der Konferenz verwendete Sprache unmissverständlich: „Es wurde vom Töten und Eliminieren und Vernichten gesprochen.“

Keinen Zweifel darf es auch geben angesichts der heute in Deutschland wieder bundesrepublikanische Wirklichkeit gewordenen zunehmenden Judenfeindschaft über die Traumatisierung der wenigen dem Horror entgangenen Juden und ihren Nachkommen.

Das auf der Konferenz geplante Morden wurde, wo es den Nazis noch möglich war, bis zum Kriegsende aus voller Überzeugung der Täter durchgeführt. Dass es nicht die geplanten elf Millionen ermordete jüdische Opfer wurden, ist ausschließlich der Niederlage und der durch die Alliierten erzwungenen Kapitulation des Nazi-Reichs zu verdanken.

„Die Shoah, das war nicht der Mord an sechs Millionen Juden – das waren sechs Millionen entmenschte Morde an sechs Millionen unschuldigen jüdischen Kindern, Frauen und Männern – 6 Millionen zerbrochene und vernichtete Schicksale und Leben – jedes einzelne für sich!“

Jedes Opfer hatte ein Gesicht und einen Namen. Neben den Erwachsenen stehen besonders die kindlich-unschuldigen Gesichtchen der ermordeten jüdischen Kinder für jeden einzelnen der bestialisch und willkürlich umgebrachten sechs Millionen jüdischen Menschen.

> Die Shoah, das war nicht der Mord an sechs Millionen Juden – das waren sechs Millionen entmenschte Morde an sechs Millionen unschuldigen jüdischen Kindern, Frauen und Männern – 6 Millionen zerbrochene und vernichtete Schicksale und Leben – jedes einzelne für sich!

Gedenken an die Shoa

Ebenfalls im Januar, nur einige Tage hinter uns liegt der 77. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, der heute auch als Gedenktag für die Schoah, den Genozid an den Juden Europas begangen wird.

„Es ist ein Weinen in der Welt, als ob der liebe G'tt gestorben wär, und der bleierne Schatten, der niederfällt, lastet grabesschwer“, schrieb die jüdische Dichterin Else Lasker-Schüler, die in diesem Februar 150 Jahre alt geworden wäre und dem Nazi-Horror nur mit knappe Not entkommen ist.

Zur diesjährigen Gedenkstunde am 27. Januar im Bundestag hatte die deutsche Politik die nach New York emigrierte Holocaust-Verfolgte, KZ-Insassin und Zeitzeugin Frau Dr. h. c. Inge Auerbacher, die den Nazi-Horror als Kind überlebt hat sowie den Präsidenten des israelischen Parlaments, der Knesset, Mickey Levy eingeladen.

Während Mickey Levi seine Tränen beim Aufsagen des Kaddish-Gebets für die jüdischen Opfer der Shoah kaum zurückhalten konnte, war besonders die Rede von Frau Auerbacher in der Klarheit der Beschreibung des unvorstellbaren erlebten Leids ein sehr bewegendes Zeitdokument der damaligen Nazi-Barbarei.

Wie in jedem der letzten Jahre waren am Gedenktag wieder viele Politiker und Journalisten voll des Gedenkens für die guten, weil toten Juden, während sie gleichzeitig, sonstig und ganzjährig den demokratischen jüdischen Staat Israel delegitimieren, Terror gegen Israel verständnisvoll relativieren und voll des Wegsehens sind, wenn es um den aktuellen, sich allem voran von bereitwillig willkommen geheißener islamischer Seite neu ausbreitenden Antisemitismus gegen lebende Juden geht.

Links-sozialisierte Gesellschaft schaut weg

Wir müssen Zeuge werden, wie sich heute nicht einmal 80 Jahre nach der Shoah, neben dem tradierten ewig gestrigen, christlich basierten Antisemitismus aus der Mitte und vom rechten Rand unserer Gesellschaft, besonders durch den von linker politischer Seite geförderten und fortdauernden Neuimport abgrundtiefer Judenfeindschaft, besonders der gewalttätige islamische Judenhass in unseren und in den Städten Westeuropas ausbreitet.

Wachsende No-Go-Areas für Juden auch und vor allem in heute bereits Migranten-dominierten Bezirken der ehemaligen Hauptstadt der Nazi-Barbarei Berlin verunmöglichen zusehends offenes jüdisches Leben ohne entwürdigende Identitäts-Mimikry.

Jüdische Kinder werden von immer zahlreicher werdenden Schulen mit vor allem hohen Anteil islamischer Schüler, nahezu ohne jede Konsequenz für die jugendlichen muslimischen Täter, vor den Augen einer zumeist untätigen oder nicht selten links sozialisierten sympathisierenden Lehrerschaft, der Elternvertretung und der Schulbehörde gemobbt oder geprügelt.

Unsere linke politische Betroffenheits-Schickeria und ihre Gesinnungs-Journaille sieht weg oder schweigt ohrenbetäubend, während ihre Antisemitismus-Beauftragten mit linken Antisemiten und dem Islam fraternisieren, dabei aber nie versäumen, sinnentleerte Gedenktags-Alibirituale zu zelebrieren, "Nie Wieder" zu heucheln und natürlich vorsätzlich einseitig erblindet vor der ganz sicher nicht zu negierenden aber in unserer heutigen weit nach links und grün gerutschten Republik doch nicht mehr auf dem ersten Rang stehenden Gefahr von rechts zu warnen.

Untergrabung der Singularität der Shoa

Dabei bringt – wie auch die heutige Rede der Bundestagspräsidentin zeigte – unsere links-grün-durchseelte Politik es nicht einmal mehr fertig, selbst am Holocaust-Gedenktag die Singularität des jüdischen Martyriums ohne Relativierung der Shoah gelten zu lassen. Juden als nahezu alleinige Opfer der Nazis gehen in diesem Lande offensichtlich gar nicht mehr. Der mörderische Antisemitismus geht besonders der linken und grünen politischen Seite nur noch in Vergesellschaftung mit allgemeinen Begriffen wie Menschenfeindlichkeit oder „Islamophobie“ über die Lippen.

Nein liebe Grüne und liebe Linke, die Nazis waren nicht einfach nur allgemeine Menschenfeinde. Sie waren allem voran Judenhasser und Judenmörder, die als ihr Kernanliegen einen systematischen und industriellen Genozid am jüdischen Volk begangen haben. Ansonsten mochten sie einige Menschen sogar besonders gern –

▶▶ Fortsetzung auf Seite 7

Islamischer Lobbyismus: Auch der Dschihad entwickelt sich weiter

Der Islam hat gelernt auf der Klaviatur des Gutmenschentums zu spielen. Seine menschenverachtende Agenda installiert er heute weniger mit Selbstmordanschlägen als mit taktischem Marsch durch die europäischen Institutionen.

Von Jakob Kreuz

HAZEM BADER/AFP

Ganze 31 europäische Staaten werden von 37 islamischen bzw. islamophilen Akademikern unter die Lupe genommen. Die überwiegend in englischer Sprache hingehauene Wehklage aus einem Thinktank im Dunstkreis des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, erfüllt die Erwartung seiner Auftraggeber: Es ist völlig frei von akademischen Standards, dafür aber mit viel Verve.

Die Autoren um den Herausgeber Farid Hafez - kein unbekannter in legalistisch islamistischen Kreisen - geben zwar vor, auf Seiten der als Opfer dargestellten Akteure, also der Muslime und des Islam, rechtswidrige Angriffe auf ebendiese durch Bekanntmachung abwehren und eine bestimmte „anti-rassistische" Sensibilisierung erreichen zu wollen, vollbringen mit ihrem Werk jedoch einen Angriff gegen die westliche Gesellschaft ganz im Sinne des Islam, im Wege des Legalismus.

Nun ist tatsächlich die Ablehnung des Islam und der ihren Glauben stets per Gebetsfleck und Kopftuch auf der Stirn tragenden Muslime in Deutschland wie in ganz Europa nicht völlig aus der Luft gegriffen - aber doch regelmäßig berechtigt und aus freiheitlich-demokratischer Perspektive zu selten. Obacht, das soeben Gesagte bezieht sich natürlich nicht auf körperliche Angriffe, Attentate und Selbstmordanschläge.

Den Leser erschleicht bei der Lektüre des mit Wiederholungen aufgeblähten Prospekts, welcher mit 127.000 € von der EU gefördert wurde, ein seltsames Gefühl. Es fällt zunächst einmal schwer, das Gelesene mit der Realität zu erfassen. Man sieht die Protagonisten versetzt in die Jagdszenen aus Hollywood, etwa aus dem Film „The Purge" - und das nicht nur einmal im Jahr, sondern an 365 Tagen des Jahres 2020. Schon unterdrückt man den Gedanken, die armen Opfer zu fragen, warum es sie auf diesen schrecklichen Kontinent drängt, um sich nicht selbst als rechtsextrem zu brandmarken.

Angenehmer Dschihad

Ist das Leben in Europa vielleicht doch etwas besser als in der islamischen Heimat? Hier gibt es jedenfalls mehr Möglichkeiten in den islamischen Himmel zu gelangen als in der islamischen Welt. Hier kann man die Ungläubigen angreifen, ohne sich strafbar zu machen. Das fängt an mit der Verweigerung der Integration in den Arbeitsmarkt und dem Versuch diese zu islamisieren, in dem man sich per Kopftuch durch die Instanzen klagt. Hier kann man als Berliner Staatssekretärin das Kopftuch ablegen, während man mit ausgestrecktem Zeigefinger, auf die einem andernfalls bevorstehende Diskriminierung hinweist und gleichzeitig mit der Position die man ausfüllt, eine Art Wiedergutmachung leistet, etwa durch die Stärkung der Muslime und des islamischen Standings, der sog. Integrationsarbeit. Hier kann man die Ablehnung des Islam als „Islamophobie" unter dem Deckmantel der Wissenschaft brandmarken und ganze Gesellschaften anklagen, sich für diese Anklage fürstlich bezahlen und applaudieren lassen. Hier kann man weit mehr Menschen zur Konversion einladen, während man in der Heimat bestenfalls einzelne Abtrünnige zu steinigen - im wörtlichen und im übertragenen Sinn - befugt ist. Hier in Europa kosten die Anstrengungen die Welt im Sinne des Islam zu gestalten, die Welt zu „retten" und dem Islam der ihm vermeintlich zustehenden Macht zu verhelfen, seltener den Anblick von Schmerz, Blut und Tod. Hier gibt es Applaus und Lohn schon im Diesseits. Welch´ ein angenehmer Dschihad!

> Wehklage aus einem Thinktank im Dunstkreis des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan

Das Spiel mit dem institutionellen Rassismus

Um den nichtwissenschaftlichen, aber dafür doch ergebnisorientierten Schwung der Dunciade noch einmal exemplarisch aufzugreifen, sei auf folgende Inhalte hingewiesen. Der Bericht zu „Germany" bringt es doch tatsächlich fertig, die sog. Islamophobie mit der Corona-Pandemie in Verbindung zu bringen. Gleich zu Anfang wird einem ein Amuse-Gueule der besonderen Art serviert: Obgleich das Land mit hohen Inzidenzen, vielen Todesfällen und strengen Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen anlässlich einer noch unbekannten Erkrankung, anlässlich eines gefährlichen Virus, gestraft ist, lässt sich der Deutsche nicht von politisch motivierter Gewalt gegen Muslime abbringen! Der Hass auf Muslime scheint damit unaufhaltsam. Erschwerend käme hinzu, dass 901 islamfeindliche Straftaten im Jahr 2020 registriert, aber nur eine einzige Person zunächst festgenommen worden wäre, die Festnahme jedoch zu keinem Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts geführt habe. Und schon befinden wir uns beim Thema institutioneller Rassismus in Verwaltung, Gesellschaft und Medien, auf dem Arbeitsmarkt und überall sonst. Interessant ist auch der Hinweis auf die Mehrzahl der Verstorbenen im deutschen Polizeigewahrsam: Die Mehrheit seien Muslime und Schwarze. Fälle nach dem Muster George Floyd scheinen in Deutschland üblicher zu sein als in den USA. Selbstverständlich entblößen die Autoren sich nicht selbst, indem sie auf die Gründe der verschiedenen Inhaftierungen oder die Verteilung der Identitäten in deutschen Justizvollzugsanstalten eingehen. Nicht, dass am Ende diese Dinge nicht nur mit Clan- oder Straßenkriminalität, sondern sogar etwas mit dem Islam zu tun haben.

Verdrehen und Verschweigen

Und doch hängt all das mit dem zusammen. So sehr sich die Autoren um die Reinwaschung der eigenen Anhänger und Ideologie bemühen, offenbaren sie ungewollt, dass es zuweilen der Muslim ist, der Anlass zur „Islamophobie" gibt. Eine Großrazzia in der Mevlana Moschee aus 2020 wird als Beispiel für „Islamophobie" angeführt. Zwar wird die Moschee als einfaches Gebetshaus dargestellt, ohne die Anbindung an die islamistische Milli Görüs-Bewegung (igmg). Jedoch kann offenbar nicht unerwähnt bleiben, dass der Anlass zur polizeilichen Durchsuchung ein Betrug zwecks Erschleichung von staatlichen Hilfen, namentlich der Corona-Nothilfe, in Höhe von 70.000 € gewesen ist. Bei einem Schaden in dieser Höhe, Täter rechtgläubig, Opfer ungläubig, ist doch die Forderung nach Samthandschuhen etwas vermessen - es sei denn, es ist Teil des Dschihad.

Wenig akademisch ist die Aneinanderreihung von Buchstaben auf über 800 Seiten auch dann, wenn aus der in einem deutschen Gerichtsgebäude aufhältigen Rechtsreferendarin, die das Symbol ihrer Ideologie und ihre durch die Entscheidung zum Kopftuch kundgetane Selbstüberhöhung gegenüber anderen Frauen, im Englischen eine Richterin wird. Ungenau wird es immer dort, wo es etwas bringt. So wirft man Muslime und Schwarze in einen Topf, um die Rassismus-Karte zu ziehen und übergeht dabei bewusst, dass es auch jüdische, wie christliche Menschen schwarzer Hautfarbe gibt. Selbstverständlich wird auch der Antisemitismus der deutschen, in einem Atemzug mit der sog. Islamophobie an den Pranger gestellt - nicht nur, um einen Nutzen aus Deutschlands dunkelster Geschichte zu ziehen, sondern mit der Chuzpe, dem Leser vorzugaukeln, weder der Muslim, geschweige denn der Islam, habe ein Problem mit den Juden.

Wo sehen die Autoren eigentlich den Unterschied zwischen „Islamophobie" in Europa und der facettenreichen Verfolgung von Juden und Christen in der islamischen Welt? Es bleibt zu befürchten, dass diese „Wissenschaftler" den Unterschied in Quantität und Qualität der zu Tage geförderten Hetzte und der angewandten Gewalt durchaus sehen, sich aber berufen fühlen, die aggressive Auslöschung, die ethnischen Säuberungen und die Völkermorde in der religiösen Heimat zu rechtfertigen, gar gutzuheißen. Warum auch sollten sie das Ausleben des Islams arte legis anklagen und riskieren im Jenseits auf die 72 beglückenden Damen verzichten zu müssen?

Es gibt keine Biden-Administration

Das Regierungsumfeld des US-Präsidenten Joe Biden setzt sich aus ehemaligen Obama-Mitarbeitern zusammen, einen echten Anführer gibt es aber nicht im Weißen Haus. Dieses Vakuum füllt seine machthungrige und linksideologisierte Machtlobby aus und schiebt der nominellen Regierung ihre Agenden unter.

Von Daniel Greenfield

CHIP SOMODEVILLA/GETTYIMAGES NORTH AMERICA/Getty Images via AFP

In der Biden-Harris-Administration kommt der politische Impuls von Nancy Pelosi (R)

In den letzten Monaten der Trump-Regierung stimmten die Demokraten des Hauses in großer Einstimmigkeit dafür, die verfassungswidrige Anwendung des 25. Verfassungszusatzes zu fordern, um Präsident Trump aus dem Amt zu entfernen.

Der 25. Verfassungszusatz sollte Präsidenten, die ihre Pflichten nicht erfüllen können, absetzen. Präsident Trump war eindeutig dazu in der Lage, aber Biden könnte genau das katastrophale Szenario sein, zu dessen Vermeidung der 25. Verfassungszusatz geschaffen wurde. Und er könnte sein schlimmster Testfall sein.

Ein grundlegendes Problem der Biden-Regierung ist, dass es de facto keine gibt. Wie die meisten Journalisten verwende ich den Begriff als Formalität, aber die Website des Weißen Hauses nennt es die Biden-Harris-Regierung. Es ist nicht ungewöhnlich, dass sich jüngere Präsidenten wie George W. Bush auf erfahrenere Vizepräsidenten stützen, doch ein Politiker, der 46 Jahre in öffentlichen Ämtern verbracht hat und einen Neuling wie Kamala Harris die meisten Telefonate mit ausländischen Führern erledigen lässt, ist das Gegenteil von diesem Szenario.

Die Biden-Kampagne machte kein Geheimnis daraus, dass Kamala Harris darauf trainiert wurde, in Bidens Fußstapfen zu treten, weil sie nicht erwartete, dass er sich zur Wiederwahl bewirbt oder überhaupt eine Amtszeit übersteht. Nur dass Präsidenten nicht als Galionsfiguren oder Strohmänner kandidieren sollen.

Kamala Harris spricht nicht mit ausländischen Führungskräften, weil sie mehr Erfahrung hat, sondern weil der Typ, dessen Job es eigentlich wäre, nichts Herausforderndes zu bewältigen vermag außer ein paar Fototermine, durch eine Teleprompterrede zu stolpern und dann übers Wochenende eine Reise nach Hause zu machen. Bitten Sie ihn nicht, eine Pressekonferenz durchzuführen oder eine echte Rede zur Lage der Nation abzuhalten. Obama war der Chef-Teleprompter, doch Biden ist auch der Chef-Telearbeiter.

Biden als Marionette seiner eigenen Politkaste

Bidens Gesicht ist überall, aber es gibt kein echtes Anzeichen dafür, dass er tatsächlich etwas leitet. Stattdessen scheint die Biden-Regierung genau das Chaos zu sein, das der 25. Verfassungszusatz verhindern sollte: Ein nicht funktionierender Präsident ist das Aushängeschild für die Kabinettsmitglieder und die Sonderinteressen, die tatsächlich das Sagen haben.

Das potemkinsche Dorf, das die Biden-Regierung ist, wurde auf zwei Ebenen erbaut, wobei Mitglieder des etablierten Kabinetts, die moderater erscheinen, dem Senat zur Zustimmung vorgelegt wurden, während Extremisten in Schlüsselpositionen eingesetzt wurden, um die Politik in allen Bereichen, von den Bürgerrechten bis zum Iran, festzulegen. Der große politische Impuls kommt jedoch nicht von der Biden-Regierung, sondern von Pelosi.

Die Obama-Regierung hatte das Sagen, nicht Nancy Pelosi oder Harry Reid. Die Biden-Regierung ist voll von Obamas alten Leuten, doch es gibt keinen Führer im Weißen Haus, der eine Agenda vorantreibt. Deshalb ist der mächtigste gewählte Beamte des Landes nicht Joe Biden oder Kamala Harris: Nancy Pelosi ist die dem POTUS (President of the United States) am nächsten kommende Person.

Pelosi hat vielleicht nicht alle ihre Murmeln, aber sie hat genug davon, um eine Agenda voranzutreiben. Und sie kann auch unglaubliche Kunststücke vollbringen, wie sich den Namen des Verteidigungsministers zu merken. Das ist mehr, als Biden schafft.

> Bidens Amtszeit wird die Frage auf den Prüfstand stellen, ob es besser ist, einen schlechten oder gar keinen Präsidenten zu haben.

Das Problem ist nicht nur die geistige Leistungsfähigkeit. Biden kann offensichtlich darauf vorbereitet werden, in der Öffentlichkeit aufzutreten. Er muss vielleicht noch eine Pressekonferenz abhalten, was selbst bei gutmütigen Fragen entmutigend sein kann, und es ist keine Rede zur Lage der Nation in Sicht, aber das Land zu führen ist viel mehr als Reden zu halten. Es erfordert einen Fokus und Antrieb, den Biden während der Kampagne nicht hatte. Und das fehlt ihm ganz klar nach wie vor. Was der Typ im Oval Office mehr als alles andere tut, ist, sein Urteilsvermögen auszuüben.

Der Präsident der Vereinigten Staaten muss nationale und internationale Probleme sortieren, Input von seinem Team und seinen Beratern einholen, zwischen den verschiedenen Parteien um ihn herum auswählen und die endgültige Entscheidung über eine Vorgehensweise treffen. So regiert der Präsident das Land, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass Biden das tut oder überhaupt dazu in der Lage ist. Die Rolle des Vorsitzenden existiert, weil jemand diese Entscheidungen treffen muss.

Es ist eine Strohmannregierung

In Bidens geistiger Abwesenheit führen einige seiner Kumpels, Denkfabriken, Spender oder ausgewählte Beauftragte ihre eigene Politik aus und treffen ihre eigenen Entscheidungen für eine Strohmannregierung. Es ist der „Ich habe die Kontrolle"-Moment des Attentats auf Reagan, der großgeschrieben wird und von dem kein Ende in Sicht ist.

Bidens Amtszeit wird die Frage auf den Prüfstand stellen, ob es besser ist, einen schlechten oder gar keinen Präsidenten zu haben.

Der 25. Verfassungszusatz wurde geschaffen, um den Übergang von einem Präsidenten zum nächsten zu schützen. Die Biden-Regierung gibt uns einen Feldtest darüber, was ohne einen Präsidentenwechsel passieren würde. Stattdessen bauen eine unerfahrene Vizepräsidentin, verschiedene Kabinettsmitglieder und Ernannte ihre eigenen Territorien auf und führen Teile der Regierung auf ihre eigene Weise, während sie versuchen, Zusammenstöße zu vermeiden. Der einzige Mann, der die Zusammenstöße, wenn es dazu kommt, entscheidend beilegen könnte, ist abwesend.

Monarchien haben mit wahnsinnigen und senilen Königen funktioniert, doch Amerika hat keinen Premierminister. Stattdessen ist die Biden-Regierung da, um alles abzusegnen, was Pelosi vorschlägt und Schumer durchzubringen schafft, während ihre Kabinettsfunktionäre um sich schlagen und die Radikalen hinter den Kulissen das Land ruinieren, was dies zu einer absurden Wiederholung der Obama-Regierung ohne Obama macht.

Bidens alter Chef hätte die Verwaltung zu dominieren versuchen können, doch er verachtete Biden bis zur allerletzten Sekunde zu sehr, um mit an Bord zu kommen. Obamas selbst gewählte Kandidaten, einschließlich eines urkomischen Fehlschlags wie Deval Patrick, stürzten ab und verbrannten und gaben ihm nur sehr wenig Einfluss. Die Linke hatte sich um Bernie zusammengeschlossen, und niemand rechnet Obama den Wahlsieg an. Diese Rolle ging stattdessen an Stacey Abrams.

Die einzige Möglichkeit, wie Obama seine zentrale Rolle hätte behalten können, wäre gewesen, einen Clinton durchzuziehen und darauf zu hoffen, dass Michelle kandidieren würde. Doch Michelle wollte nicht kandidieren, und ohne einen potenziellen valablen Präsidentschaftskandidaten in seiner Tasche gab es für niemanden einen Grund, auf Obama zu hören. Deals mit Netflix und Spotify

sind die perfekten Pfründe für den faulsten Mann im Weißen Haus seit Jimmy Carter, aber es bringt nicht genug Geld ein, um die alte Clinton-Maschine duplizieren zu können.

Die Biden-Regierung wurde aus den Trümmern der Kampagnen von Obama und Sanders aufgebaut, aber Mitarbeiter und Beauftragte sind nur loyal gegenüber dem, der ihnen ihren nächsten Job verschaffen kann. Das ist nicht Obama und nicht Biden, der nicht mal seinen eigenen Verteidigungsminister beim Namen nennen kann. Es sind die Denkfabriken und NGOs, die die Obama-Regierung und eine noch radikalere Biden-Regierung aufgebaut haben.

NGOs und Denkfabriken können keine Regierung führen. Biden auch nicht

Deshalb gibt es keine Biden-Regierung. Es gibt eine laufende Netroots-Konferenz über Regierungseigentum. Deshalb kann Jen Psaki keine wirklichen Fragen beantworten. Die Pressesprecherin soll für das Weiße Haus sprechen, doch es gibt niemanden, für den sie sprechen könnte. Wie ein Flugzeug ohne Flughafen dreht sie immer wieder im Kreis, weil es keine Regierungsposition gibt.

Das ist auch der Grund, warum die Biden-Regierung immer wieder in Kulturkriege gerät. Sie sind ein bequemes Territorium und eine gute Ablenkung von der Tatsache, dass die Lichter an sind, aber niemand zu Hause ist. Einen Kampf mit Tucker Carlson anzuzetteln, verschafft jedem etwas mehr Zeit, um herauszufinden, wie eine Regierung ohne endgültigen Entscheidungsträger an der Spitze funktionieren kann.

Vergessen Sie Harry Trumans „The Buck Stops Here“ ("Der Dollar bleibt hier stehen"). Es gibt gar keinen Ort, wo der Dollar stehenbleiben könnte.

Kombinieren wir dazu einen drohenden 25. Verfassungszusatz mit einer Führung, die trotz des Anscheins tatsächlich tief zerstritten ist, und wir haben eine explosive Situation. Äußerlich, wenn Sie sich die Medien ansehen, scheint alles normal zu sein. Doch das tut es üblicherweise.

In der Krise führungslos

Der alte Journalismus ist größtenteils durch Reporter ersetzt worden, die nur wissen, wie man über Fragen der sozialen Gerechtigkeit berichtet. Sie können die Biden-Regierung durch die Linse von Rasse oder Geschlecht beobachten und abdecken, aber bitten Sie sie nicht, grundlegende Dinge zu tun, wie herauszufinden, wer die Entscheidungen im Weißen Haus trifft.

Die Fassade von Normalität, die die Leser der New York Times oder die Zuschauer von CNN bekommen, bricht in einer Krise auseinander. Eine gespaltene Regierung kann ihre eigenen Einflussbereiche verwalten, aber wenn sie mit etwas Größerem konfrontiert wird, sei es die Pandemie oder die Grenzkrise, bricht alles zusammen.

Die Biden-Regierung ist das Äquivalent zu einem dieser Cartoons mit einer Gruppe von Kindern, die übereinander auf den Schultern des anderen stehen, während sie in einen Regenmantel gehüllt sind, damit sie alle so tun können, als wären sie ein Erwachsener. Die Illusion hält an, bis sie versuchen zu gehen.

Die Biden-Illusion hält an, solange alle verschiedenen Teile der Regierungsverwaltung damit beschäftigt sind, sich mit ihren eigenen Problemen zu befassen, aber wenn es eine nationale oder internationale Krise gibt, dann wird es offensichtlich, dass niemand die Gesamtentscheidungen trifft und dass auch niemand weiß, wie das geht.

> Die Biden-Regierung ist eine Katastrophe, weil sie die Herrschaft einer radikalisierten linken Maschinerie wiederherstellt. Doch es könnte möglicherweise eine noch größere Katastrophe werden, weil sie einen Strohmann an der Spitze eines Kartenhauses hat, das leicht zusammenbrechen oder der in einer großen Krise einen Bürgerkrieg auslösen könnte.

Bidens Leute richten durch Anordnungen viel Schaden an, aber wenn eine tatsächliche Krise ausbricht, wie ein Krieg oder ein wirtschaftlicher Zusammenbruch, werden sie durch Unterlassen noch mehr Schaden anrichten. Und das ist die tickende Zeitbombe, für die der 25. Verfassungszusatz konzipiert wurde, in dieser Regierung.

Doch es ist eine Biden-Harris-Regierung. Der Biden-Teil davon managt die Dinge mehr oder weniger in Bidens geistiger Abwesenheit. Und dieser innere Kreis von Bidens Beratern und Loyalisten in D.C. wird sich dagegen wehren, die Macht an Kamalas Schwester und die Leute aus Kalifornien abzugeben. Das ist ein Hauptgrund, warum Bidens führende Kabinettsmitglieder gemäßigter sind als viele ihrer Untergebenen.

Eine Schlüsselrolle von Bidens Kabinettsmitgliedern besteht darin, einen Putsch nach dem 25. Verfassungszusatz durch Kamala zu blockieren.

Jeder Versuch, sich auf den 25. Verfassungszusatz zu berufen, würde zu rechtlichen Herausforderungen führen, die unter anderem erfordern würden, zu definieren, welche Kabinettsmitglieder überhaupt legal über Bidens Absetzung abstimmen können.

Die Frage an Roberts Gericht zu schicken, würde sie nur weiter ins Stocken bringen. Dasselbe Gericht, das nicht bereit war, zur Wahl Stellung zu nehmen, wird nicht entscheiden, wer Präsident werden soll.

Die Biden-Regierung ist eine Katastrophe, weil sie die Herrschaft einer radikalisierten linken Maschinerie wiederherstellt. Doch es könnte möglicherweise eine noch größere Katastrophe werden, weil sie einen Strohmann an der Spitze eines Kartenhauses hat, das leicht zusammenbrechen oder der in einer großen Krise einen Bürgerkrieg auslösen könnte.

aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Daniel Greenfield ist ein Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel ist zuvor im Front Page Magazine des Centers erschienen.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51 , (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion) • per Fax: **(03222) 13 24 601** (Aboverwaltung)
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(03222) 13 24 601

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ☒ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

„I am Jewish“ – Zum Attentat auf Daniel Pearl

Die Ermordung des amerikanisch-jüdisch-israelischen Journalisten Daniel Pearl durch Dschihadisten in Pakistan jährt sich dieser Tage zum 20. Mal – von den Medien eher unbeachtet.

Von Julius Marius Plutz

Manche Bilder entfalten erst ihre volle Aussagekraft, wenn man den Kontext kennt. Ein Mann sitzt im Schneidersitz vor der Kamera. Er trägt einen Trainingsanzug und blickt mit müden Augen in die Linse. Ein weiteres Bild: Die gleiche Person hält eine Zeitung in den Händen, um das aktuelle Datum zu belegen. Nächstes Bild: Eine Hand mit einer Pistole zielt auf den Kopf des Mannes, der den Trainingsanzug trägt.

Es handelt sich um den US-amerikanischen-israelischen Juden Daniel Pearl, der am 23. Januar 2002 von islamischen Terroristen entführt und sechs Tage später enthauptet wurde. Der 38-jährige angehende Familienvater war als Journalist in Pakistan, um über den Fall des britischen „Schuhbombers“ zu recherchieren. So nannte man Richard Reid, der Ende 2001 in einem Linienflug versuchte, einen Anschlag zu verüben. Ein Terrorakt, der nur durch eine mutige Stewardess, geistesgegenwärtige Passagiere und nicht zuletzt den Zufall, nämlich das Wetter, verhindert werden konnte.

Mit der „gesegneten rechten Hand“ den Kopf abgeschlagen

Zunächst galt Pearl als verschollen; keiner wusste, wo er sich aufhielt. Je länger man nach ihm fahndete, desto wahrscheinlicher war eine Entführung, und je länger das letzte Lebenszeichen zurücklag, desto wahrscheinlicher wurde sein Tod.

Und so kam es auch. Am 21. Februar 2002 wurde Medien ein Video zugespielt, das seine Ermordung zeigt. Der Schlächter war niemand Geringerer als Chalid Scheich Mohammed, der die Tat 2007 im Gefangenenlager Guantanamo gestand. So habe er mit seiner „gesegneten rechten Hand den Kopf des amerikanischen Juden Daniel Pearl in Karachi abgeschlagen“. Die Täter mussten bereits vor Jahren jede Art von Menschlichkeit abgelegt haben. Anders ist eine solche Tat nicht erklärbar.

Chalid Mohammed gilt als einer der Chefplaner der Anschläge vom 11. September 2001 und soll sich um die Bezahlung der restlichen Terroristen, wie zum Beispiel die von Mohammed Atta, gekümmert haben.

Beste internationale Buchverfilmung

Einer der Attentäter, Omar Said Sheikh, der zunächst als Mörder von Pearl verurteilt wurde, kam im Januar 2021 frei. Von einem Justizirrtum sei die Rede gewesen, er sei nur Mittäter gewesen. Die Familie Pearl äußerte scharfe Kritik an dem Urteil und sprach von einer „Farce“. Die Freilassung der vier Männer bringe Journalisten weltweit und die Bevölkerung Pakistans in Gefahr. Die Familie rief die US-Regierung dazu auf, „alle nötigen Schritte“ zu unternehmen, um „diese Ungerechtigkeit zu korrigieren“. Der Vater von Daniel ist der bekannte Informatiker und Philosoph Judea Pearl.

Daniels Ehefrau Mariane Pearl, die zum Zeitpunkt der Ermordung im fünften Monat schwanger ist, verarbeitete die Tat in dem Buch „A Mighty Heart“, das ein Jahr später erschien. Es war der ausdrückliche Wunsch der Witwe, dass Angelina Jolie in der Buchverfilmung ihre Rolle übernimmt. Vermutlich war es der beste Film mit der besten darstellerischen Leistung der Schauspielerin – bis heute. Und immerhin: Die Adaption als Drehbuch wurde bei der Frankfurter Buchmesse 2009 als „beste internationale Buchverfilmung“ ausgezeichnet.

Gefahren für kritische Journalisten

Obwohl diese Tat 20 Jahre her ist, berichten kaum Medien über den Fall. Im Geschäft um die heißeste und neueste Schlagzeile gehen Morde, die noch dazu so lange her sind, unter. Dabei umfasst der Fall zwei Dimensionen, die bis heute aktuell sind: Lebensgefahren, denen Journalisten ausgesetzt sind, und Antisemitismus.

Wo immer Rechercheure Geschichten ausgraben, die aus extremen Milieus entstammen, agieren sie am Rande der Lebensgefahr. So wurden in den vergangenen Jahren, zum Beispiel von Islamisten, immer wieder persönliche Daten von kritischen Journalisten veröffentlicht. „Wir besitzen eine Menge an Daten von dir, zum Beispiel wissen wir, wo du wohnst“, hieß es in einer Videobotschaft aus dem Jahr 2012, in denen nicht nur Artikel von Journalisten, sondern auch private Informationen und Bilder gezeigt wurden. Ihr Vergehen: Sie berichteten kritisch über die Koranverteilung in Fußgängerzonen deutscher Großstädte.

Reporter ohne Grenzen sieht die Situation für Kollegen in vielen Ländern kritisch. So verkündeten im vergangenen Jahr die Taliban ihre „elf Regeln für den Journalismus“. So darf unter anderem weder kritisch über den Islam berichtet noch dürfen Führer in Afghanistan überhaupt kritisiert werden. Zuwiderhandlung wird mit Berufsverbot und Gefängnis bestraft.

Nackter, blinder Antisemitismus

Die andere Dimension der Tat ist Antisemitismus. Judenhass ist Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dieses Planeten. Eine Welt ohne Antisemitismus ist so unvorstellbar geworden wie eine Welt ohne Schwerkraft. Je dunkler und geschlossener eine Ideologie ist und je entkoppelter von Menschlichkeit die Protagonisten handeln, desto besser kann der Hass auf Juden gedeihen. Karatschi Ende Januar 2002, als Daniel Pearl enthauptet wurde, war von Humanismus ganz weit weg. Ein Moment, in dem nichts Gutes war und alles Böse Raum und Zeit dominierte. Wenn das Entsetzliche zum Standard wird und das Grauenhafte zum Gewöhnlichen, entgleitet die Welt in einen seelenlosen und bis zur Unkenntlichkeit entkernten Ort.

Die letzten Worte von Daniel Pearl sollen gewesen sein: „I am Jewish“. Michael Dickson, Schriftsteller und Geschäftsführer der NGO „StandwithUs“ in Jerusalem, beschrieb es so:

„Ich bin jüdisch.“ Die letzten Worte des amerikanischen Journalisten Daniel Pearl – nachdem er vor 20 Jahren von Dschihad-Terroristen entführt wurde. Vielleicht dachten sie, Danny Pearl würde „gestehen“, aber tatsächlich bekräftigte er seinen Stolz auf sein Volk. So sage auch ich mit Stolz: „Ich bin jüdisch.“

Über den Autor:

Julian Marius Plutz ist 1987 geboren und betreibt seinen eigenen Blog neomarius.blog.

„Nie wieder!“ aus israelischer und deutscher Perspektive

Am 20. Januar 1942 kamen in einer Villa am Großen Wannsee in Berlin 15 NS-Funktionäre zusammen, um Details der sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ zu erörtern. 80 Jahre später haben Deutsche und Israelis unterschiedliche Lehren gezogen.

Von Carmen Shamsianpur/ Israelnetz

Nie wieder!“ – so lautet die bedeutungsschwere, oft aber zur leeren Worthülse verkommene Parole beim Gedenken an die Zeit des Nationalsozialismus. Auch im Gästebuch der Bildungs- und Gedenkstätte „Haus der Wannseekonferenz“ hat sie ihren festen Platz.

Sie wollten elf Millionen Juden ermorden

An dem idyllischen Ort befasste sich 1942 ein gutes Dutzend hochgebildeter Männer bei einer Arbeitsbesprechung mit der Vernichtung der Juden. Elf Millionen Menschen seien zu ermorden, Männer, Frauen und Kinder. Der Massenmord war bereits in vollem Gange und musste weder beschlossen noch geplant, nur noch präzisiert werden.

Der rangniedrigste Teilnehmer, Obersturmbannführer Adolf Eichmann, fertigte das Protokoll an und schönte darin die Sprache. Jahre später sagte er bei seinem Verhör in Jerusalem aus, dass die Herren bei ihrem Treffen unverblümt die Worte „töten, eliminieren und vernichten“ benutzten. Im Anschluss gab es ein Frühstück.

Ein Ort, der Illusionen raubt

Die Villa am Wannsee ist ein Ort, der Illusionen raubt. Er zeigt, wie das abgrundtief Böse sich hinter Schönheit, Geselligkeit und Doktortiteln verbergen kann. Und er verdeutlicht, dass Kultur, Bildung und Aufklärung allein kein wirksames Mittel gegen Antisemitismus sind.

Deutsche und Israelis ziehen daraus die gleiche Schlussfolgerung: „Nie wieder“. Sie füllen die Worte jedoch mit sehr unterschiedlichem Inhalt. Aya Zarfati, eine Mitarbeiterin der Gedenkstätte, schrieb ihre Masterarbeit zur Erinnerungskultur und der Bedeutung der Wannsee-Konferenz in der israelischen Gesellschaft. Dazu wertete sie Besucherbefragungen und Einträge im Gästebuch aus.

Für Israelis bedeutet das „Nie wieder“ vor allem, einen wehrhaften Staat zu haben. Die Antworten der Befragten ähneln einander: „Solange der Staat Israel existiert, wird dies nie wieder geschehen“; „Wir werden nie wieder unseren unabhängigen Staat Israel verlieren“; „Nie wieder, solange das jüdische Volk über einen starken Staat und militärische Mittel verfügt“; „Nie wieder – der Staat Israel wurde gegründet“.

Pazifismus um jeden Preis

Diese vorrangige, einleuchtende Bedeutung des „Nie wieder“ kommt im deutschen Gedenken so gut wie gar nicht vor. Denn „Nie wieder“ heißt hierzulande vor allem „Nie wieder Krieg“:

Auschwitz-Birkenau, Aufnahme kurz nach der Befreiung 1945.

Pazifismus um jeden Preis, so erweckt es manchmal den Eindruck, auch auf Kosten des jüdischen Staates. Konsequentes Vorgehen gegen modernen Vernichtungsantisemitismus in Form von Hamas oder Iran ist kein Bestandteil des deutschen „Nie wieder“. Noch immer schreien Hisbollah-Anhänger beim jährlichen Al-Quds-Tag in Berlin ungehindert antisemitische Slogans.

Es bedeutet außerdem „Nie wieder Diskriminierung“, verfeinert zu: „Nie wieder Denken in Gruppenzugehörigkeiten“. Diesem Credo entspricht zum Beispiel eine Abkehr von der Begegnungspädagogik. Sogar vor einem Schüleraustausch mit Israel raten Pädagogen vermehrt ab oder warnen zumindest vor „Differenzkonstruktionen“. Israelische und deutsche Jugendliche würden sich dann nämlich als Vertreter ihrer Nationen begreifen und zwangsläufig als „anders“ wahrnehmen. Das will man vermeiden, um jeden Preis, selbst wenn dabei das vielleicht wirksamste Mittel gegen Antisemitismus geopfert wird.

Eine leere Parole mit Bedeutung füllen

Die Mehrheit der Deutschen glaubt, selbst Opfer des Nationalsozialismus in der Familie gehabt zu haben – oder sogar Menschen, die Juden halfen. Dabei erreicht die tatsächliche Zahl solcher Personen nicht einmal den einstelligen Promillebereich. Vor 35 Jahren, am 29. Januar 1987, starb der letzte Teilnehmer der Wannseekonferenz, SS-Gruppenführer Gerhard Klopfer, in Ulm „nach einem erfüllten Leben“, wie es in seiner Todesanzeige hieß. Mit dem Zusatz: „zum Wohle aller, die in seinem Einflussbereich waren“.

Deutschland könnte derartigem Hohn und den genannten Fehlentwicklungen entgegenwirken, wenn es sich die israelische Lesart des „Nie wieder“ zu eigen machte. Auch der internationale Holocaust-Gedenktag am 27. Januar war eine Gelegenheit, die Worte wieder mit Bedeutung zu füllen.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

beispielsweise den Mufti von Jerusalem sowie den Islam und viele seiner Anhänger, was durchaus auf Gegenseitigkeit beruhte und nicht selten bis heute beruht.

In dem ganz im Sinne der Nazis "judenreinen" Gaza beispielsweise gibt es gerade heute für alle sichtbar ein Bekleidungsgeschäft mit dem plakativen Namen "Hitler 2", als Zeichen der Beliebtheit und Verehrung: "I like Hitler because he was the most anti-jewish person", wie stolz und mit schwärmerischem Wohlgefallen durch den Ladeneigentümer verkündet wird. Das stört aber ganz offensichtlich weder dort noch hier jemanden und stellt auch keinerlei Grund für unsere politischen Exponenten dar, etwa die Finanzierung des dortigen Judenhasses einzustellen oder diese antisemitische Ungeheuerlichkeit wenigstens zu thematisieren und Anstoß daran zu nehmen.

Warum auch, kann man sich doch statt dessen Medien-wirksam betroffen mit Shoah-Überlebenden abbilden, vor einem Weltpublikum ein wohlfeiles "Nie wieder" verkünden, um sich dann umso tiefer vor dem toten Terroristen Arafat zu verbeugen, sich mit den Judenmördern von der Fatah zu verbrüdern, die Mord-Mullahs, Holocaustleugner und atomaren Holocaust-Neubereiter des Iran zu hofieren oder dem mutmaßlichen Olympia-Mord-Finanzierer und Holocaustleugner Abbas freundschaftliche Besuchsaufwartungen zu machen und ihm Unterstützung bei seinem Dauer-Krieg gegen die historische Wahrheit, gegen die Moral sowie gegen das jüdische Volk und seinen Staat zu versichern.

Mickey Levy (links), Präsident der israelischen Knesset, und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier geleiten die Holocaust-Überlebende Frau Inge Auerbacher zum Rednerpult am Holocaust Gedenktag im Deutschen Bundestag am 27. Januar.

Mangelnde Kritik des Zentralrats

Da auch der Zentralrat der Juden 77 Jahre nach der Befreiung der Hölle von Auschwitz nicht die geeigneten Worte der Kritik an der entseelten links-grünen Politik dieses Staates zu finden scheint, ist besonders dem Vorsitzenden der Europäischen Rabbinerkonferenz Pinchas Goldschmidt zu danken, dass er sinngemäß folgende Worte in Richtung auf die EU und ihren deutschen Vorsitz richtete:

"Die Lippenbekenntnisse der EU für die jüdischen Opfer des Holocaust sind absolut wertlos und hypokritisch. Die Einwanderung von Millionen Muslimen aus dem Nahen Osten stellen Europa wieder auf die Probe. Die Welle des fundamentalistischen Islamischen Terrors und die unkontrollierten Einwanderungswellen haben Europa im Kern erschüttert… Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Werden wir wieder dieselben Fehler machen, die Europa vor einhundert Jahren gemacht hat?" (Rabbiner Pinchas Goldschmidt)

Vielleicht noch so viel von dieser Seite: Wenn der große enthistorisierende und entkulturisierende Systemchange und das Migrationsanliegen der heute links und grün jeder Vernunft und jeden Anstands angesiedelten, Israel- und Judenaversen Politik unseres Landes fortschreitet, werden dieses Land und Westeuropa für Juden bald so unbewohnbar sein wie der Mond. Den Himmler-Freund und Mufti von Jerusalem hätte es sicher gefreut.

Im Jahre 2022, nur 77 Jahre später, sollten eine weltweite, angstfreie, unbehinderte Entfaltung jüdischen Lebens, das Existenzrecht des jüdischen Staates Israel und seiner historisch legitimierten, ungeteilten Hauptstadt Jerusalem in gesicherten Grenzen, frei von Terror und territorialer Bedrohung nicht zuletzt vor dem Hintergrund des angesichts der Nazi-Barbarei unvorstellbaren geschichtlichen Versagens der nicht-jüdischen Umwelt längst zum unverrückbaren Axiom politischen Handelns unseres Landes und aller Staaten des freiheitlich-demokratischen Abendlandes geworden sein.

Leider weicht die tägliche Wirklichkeit erheblich davon ab. Zwischenzeitlich haben die Geschehnisse mit ihrer Wirklichkeit selbst die schlimmsten von uns geäußerten Befürchtungen zur Politik und Berichterstattung in diesem Lande und ganz Westeuropa weit in den Schatten gestellt und die Richtigkeit unserer Kritik mehr als bestätigt.

Gewissenlose Beihilfe am atomaren Genozid

Ungeachtet aller „We Remember"- Holocaust-Gedenk-Heuchelei befürwortet ausgerechnet die sonst und hier auf Atomausstieg plädierende Heuchel-Politik Deutschlands US-Sanktionen zu unterlaufen, um Geschäfte mit den Antisemiten, Israelhassern, Holocaust-Leugnern und Holocaust-Vorbereitern aus dem Iran zu machen.

Und selbst die vermeintlich bürgerlich-konservativen und liberalen Parteien CDU und FDP unterstützen --- welch ein politisches Armutszeugnis -- einen linken Bundespräsidenten, der neben der unsäglichen Obama-Administration und ihrem Außenminister John Kerry, zu den geistigen Protagonisten des iranischen Atom-Abkommens zählt.

Ganz abgesehen davon, dass es so gar nicht zu dem hiesigen Atomausstiegs-Theater passt, das von unserer klimahysterischen Politik in unserem ach so schrecklich Tsunami- und Vulkanausbruch-bedrohten Lande veranstaltet wurde und trotz aller anderslautenden Stimmen immer noch wird, ist es eine gewissenlose Beihilfe zu einem von den iranischen Mullahs erklärten atomaren Genozid gegen Israel und das jüdische Volk.

Politik und Exekutive überbieten sich in gegenseitigen Schuldzuweisungen für das Anwachsen der Judenfeindschaft in unserem Lande und dokumentieren doch alle gemeinsam nur den nahezu totalen Bankrott der bisherigen Islam-Appeasement-Politik, natürlich ohne auch nur ansatzweise wirklich konsequente Schlüsse daraus ziehen zu wollen.

Oft bleibt islamische Gewalt und Frauenentrechtung ebenso ungesühnt wie die, in Anwesenheit der Polizei, durch vornehmlich islamische Judenhasser auf unseren bundesrepublikanischen Straßen skandierten „Juden-ins-Gas"- Hass-Tiraden.

> „Wirkliche Freunde Israels findet man in der deutschen Politik eher weniger. Die findet man heutzutage auch kaum noch in Westeuropa. Dort findet man nicht einmal wirkliche Freunde Europas und seiner abendländischen Kultur."

Peinliche und brandgefährliche Außenpolitik

Es ist schon ein desaströses Bild, das die gegenwärtige suizidale, unsere hart und opferreich erkämpfte freiheitlich demokratische Rechtsordnung zumindest fahrlässig zerstörende, von den links-grünen Welt-Verschlechterern beklatschte Politik unseres Landes ihren fassungslos verunsicherten Bürgern liefert. Von der außenpolitischen Begabung unseres neuen Kabinetts, sich zwischen die Stühle der Parteien des in Osteuropa schwelenden Konflikts zu setzen oder sich sogar lächerlich zu machen ganz zu schweigen. Dabei kann man zu den Konflikt-Parteien des dortigen Geschehens durchaus differenzierte Ansichten haben. Aber es sich mit beiden Konflikt-Beteiligten zu verscherzen und mit NATO und der EU dazu, dafür bedarf es schon der politischen Qualität unseres neuen Hochleistungskabinetts.

Nun ist allerdings -- und auch das sollte gesagt werden -- die Israel-hostile westeuropäische Islam-Appeasement und Entdemokratisierungs-Institution EU nun wirklich nicht das Objekt unserer Begierden.

Wirkliche Freunde Israels findet man da eher weniger. Die findet man heutzutage auch kaum noch in Westeuropa. Dort findet man nicht einmal wirkliche Freunde Europas und seiner abendländischen Kultur.

Auf eine echte Anerkennung der großen Entspannungsleistung des jüdischen Staates im Verhältnis zu seinen arabischen Nachbarn -- der israelische Präsident stattet gerade den Vereinigten Emiraten einen historischen Besuch ab -- werden wir sowohl seitens der EU und besonders unserer deutschen Politik samt ihres Präsidenten lange warten dürfen. Besonders Letzterer gratuliert stattdessen lieber alljährlich den Mullahs im Iran zum -zigsten Jahrestag der erfolgreichen Entrechtung und Abstrafung von Frauen und Homosexuellen in ihrem ach so menschenfreundlichen Traumstaat.

Unsere Redaktion und ich wünschen uns allen ein schnelles Ende der pandemischen Bedrohung und ungeachtet all des politischen links-grünen und Israel-aversen Irrsinns, dessen Zeuge wir hier täglich werden müssen, dem Staat Israel, dem ganzen jüdischen Volk und allen unseren Lesern und Freunden Gesundheit, Frieden und alles erdenklich Beste!

Am Israel Chai!

Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

Niederlande kürzen Mittel für „palästinensische“ NGO mit Terrorismus- Verbindungen

Ende der Geduld: Niederlande entziehen „palästinensischer“ NGO Finanzierung. Israel hatte vergangenes Jahr sechs NGOs als terroristische Vereinigung eingestuft.

Von Redaktion Audiatur

Die niederländische Regierung gab im Januar bekannt, dass sie einer palästinensischen Nichtregierungsorganisation, die im Agrarsektor tätig ist, wegen ihrer Verbindungen zur Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), die von den USA, der Europäischen Union, Israel, Australien, Kanada und Japan als terroristische Organisation eingestuft wird, die Mittel kürzt.

Die Entscheidung bedeutet, dass die Niederlande die nächste Tranche eines Zuschusses an die Union of Agricultural Work Committees (UAWC), eine palästinensische NGO, die bisher rund 25 Millionen Dollar aus niederländischen Steuergeldern erhalten hat, nicht auszahlen werden.

In einer ausführlichen gemeinsamen Erklärung erklärten der niederländische Außenminister Ben Knapen und der niederländische Minister für Außenhandel und Entwicklung Tom De Bruijn, dass die vom niederländischen Kabinett bei einer unabhängigen Beratungsfirma in Auftrag gegebenen Untersuchungen „ausreichende Beweise dafür geliefert haben, dass es auf individueller Ebene über einen beträchtlichen Zeitraum hinweg Verbindungen zwischen Mitarbeitern und Vorstandsmitgliedern der UAWC und der PFLP gab“.

In der Erklärung heißt es unter anderem: „Für die Regierung sind die Erkenntnisse über einzelne Verbindungen zwischen der UAWC und der PFLP und die mangelnde Offenheit der UAWC in dieser Frage, auch während der Untersuchung, Grund genug, die Finanzierung der Aktivitäten der UAWC einzustellen. Die Niederlande werden den letzten Teil des finanziellen Beitrags im Rahmen des Programms zur Bewirtschaftung der Land- und Wasserressourcen nicht an die UAWC auszahlen.“

Im vergangenen Oktober war die UAWC eine von sechs palästinensischen Organisationen, die von der israelischen Regierung wegen ihrer Verbindungen zur PFLP verboten wurden. Die PFLP wurde 1967 als ideologische Verschmelzung von Marxismus und arabischem Nationalismus gegründet. Ihr übergeordnetes Ziel ist die gewaltsame Zerschlagung des Staates Israel und dessen Ersetzung durch einen palästinensischen Staat, der sich von der Mittelmeerküste bis zum Jordan erstreckt.

Die PFLP hat im Laufe der Jahre zahlreiche blutige Anschläge verübt, darunter fünf Selbstmordattentate während der palästinensischen Intifada Anfang der 2000er Jahre und das Massaker an fünf Mitgliedern einer jüdischen Familie, die in der Siedlung Itamar im Westjordanland lebte, im Jahr 2011.

Wopke Bastiaan Hoekstra, ein niederländischer Politiker der Partei CDA. Seit Januar 2022 leitet er das Außenministerium.

NGO Monitor, ein unabhängiges israelisches Forschungsinstitut, das sich auf Spenden an palästinensische Gruppen durch nationale Regierungen und Stiftungen konzentriert, begrüßte die Ankündigung der Niederlande und forderte andere Regierungen auf, „diesem Beispiel zu folgen“. In einer Erklärung hob NGO Monitor die beträchtlichen Finanzmittel hervor, die das UAWC in den letzten fünf Jahren von einer Vielzahl internationaler Organisationen erhalten hat, darunter 12 Millionen Dollar von der kanadischen Regierung, 25 Millionen Dollar von der Europäischen Union und 8 Millionen Dollar vom norwegischen Außenministerium.

Gedenken an die Opfer des Terroranschlags auf koscheren Markt in Paris 2015

Führende Vertreter der jüdischen Gemeinde und französische Regierungsvertreter versammelten sich am 9. Januar anlässlich des siebten Jahrestags des Terroranschlags auf einen koscheren Supermarkt in Paris, um der Opfer zu gedenken und ihre Solidarität gegen antisemitische Gewalt zu bekunden.

Von Redaktion Audiatur

Die vom Repräsentativrat der jüdischen Institutionen Frankreichs (CRIF) organisierte Zeremonie fand vor dem Hyper Cacher statt, wo ein islamistischer Bewaffneter am 9. Januar 2015 vier jüdische Geiseln erschoss: Yohan Cohen, 20, Yoav Hattab, 21, Philippe Braham, 45, und François-Michel Saada, 63. Einige Tage vor dem Anschlag töteten zwei islamistische Attentäter ein Dutzend Menschen in der Satirezeitschrift Charlie Hebdo.

Mehrere französische Politiker waren bei der Gedenkfeier anwesend, darunter der ehemalige französische Premierminister Manuel Valls, der die Veranstaltung in den sozialen Medien als „wichtige Ehrung“ für die „Opfer des islamistischen Terrorismus“ bezeichnete. Ebenfalls anwesend waren Marlène Schiappa, Ministerin für Staatsbürgerschaft, Sophie Cluzel, Staatssekretärin für Menschen mit Behinderungen, Jean-Michel Blanquer, Minister für Bildung, Jugend und Sport, und Aurore Bergé, Abgeordnete aus der Partei des französischen Präsidenten Emmanuel Macron.

Der damalige Premierminister Frankreichs Manuel Valls (rechts) mit dem Vorsitzenden des Consistoire central israélite Joel Mergui am Tag nach dem Anschlag.

Während der Zeremonie wurden auch Gedenkkerzen für andere französische Juden angezündet, die Opfer antisemitischer Gewalt wurden, darunter Sarah Halimi, eine pensionierte Ärztin, die 2017 verprügelt und aus ihrer Pariser Wohnung im dritten Stock geworfen wurde, und Mireille Knoll, eine ältere Holocaust-Überlebende, die 2018 in ihrer Pariser Wohnung erstochen und angezündet wurde.

Nach der Rezitation von Psalmen und dem Kaddisch, einem jüdischen Gebet für Verstorbene, schloss die Zeremonie mit einem Gebet für Frankreich, einer Schweigeminute und dem Abspielen der französischen Nationalhymne.

Muslimischer Terrorakt und Geiselnahme in texanischer Synagoge

Sogar für US-Präsident Joe Biden war schnell klar: Das war ein Terrorakt! Doch die deutschen Medien suchten noch Stunden später nach dem Tatmotiv. Beim islamischem Judenhass wird hier zu Lande gerne der Kopf in den Sand gesteckt.

Von Miriam Sofin

Emil Lippe / GETTY IMAGES NORTH AMERICA / Getty Images via AFP

Rabbi Charlie Citron-Walker im Gespräch mit Reportern nach dem Gedenkgottesdienst

Ein Islamist mit britischem Pass versuchte Mitte Januar dieses Jahres in den USA eine verurteilte al-Qaida-Terroristin freizupressen, indem er in einer Synagoge vier Personen als Geiseln nahm. Doch trotz der offenbar klaren Motivlage wurde er post mortem als psychisch krank erklärt. Wie konnte es dazu kommen?

Anders, als bei antisemitischer Gewalt, die von Rechtsextremisten ausgeht, übt sich die westliche Politik- und Presselandschaft bei islamisch motivierten Terrorakten gegenüber Juden größtenteils darin, die Täterideologie zu verschleiern oder zumindest unerwähnt zu lassen.

Am Samstagmorgen des 15. Januars drang der 44-jährige gläubige Muslim, Malik Faisal Akram, in die Synagoge der Congregation Beth Israel in Colleyville im US-amerikanischen Bundesstaat Texas ein. Dort nahm er den sich anlässlich des Schabbat-Gottesdienstes befindlichen Rabbi Charlie Cytron-Walker sowie drei weitere Gläubige während des gemeinsamen Gebets als Geiseln.

Aufgrund der Corona-Pandemie zeichnete ein Livestream das Schreckensszenario via Zoom auf, bevor dieser abrupt abbrach. Auf den Aufnahmen ist zu hören, wie der bewaffnete Akram mehrfach droht: "Wenn irgendjemand versucht, das Gebäude zu betreten, ich sage euch, dann werden hier alle sterben!" Außerdem äußerte er wiederholt den Wunsch, selbst sterben zu wollen und forderte seine Familie auf, sie möge in diesem Fall nicht um ihn weinen. Er habe darüber hinaus rund um die Synagoge mehrere Bomben platziert, brüllte er immer wieder. Glücklicherweise stellte sich diese Behauptung bald als leere Drohung heraus. Nichtsdestotrotz wurde das Gelände rund um die Synagoge sofort weiträumig abgesperrt und die Menschen in den umliegenden Häusern vorsorglich evakuiert.

Der Geiselnehmer, welcher schnell als britischer Staatsbürger mit pakistanischen Wurzeln identifiziert werden konnte, forderte daraufhin im Kontakt mit dem FBI, den er über sein Handy hergestellt hatte, die Freilassung der ebenfalls pakistanischen Terroristin Aafia Siddiqui. Aufgrund ihrer Verbindungen zur islamischen Terrorgruppe al-Qaida trägt Siddiqui den Spitznamen "Lady al-Qaida".

Die umstrittene Neurowissenschaftlerin, die im Jahr 2010 in Manhattan wegen versuchten Mordes an US-Soldaten zu 86 Jahren Haft verurteilt wurde, sitzt seit bald 12 Jahren in einem texanischen Gefängnis ihre Strafe ab und das nur unweit von der Synagoge entfernt, in der sich die dramatischen Szenen der vierfachen Geiselnahme abgespielt haben.

Nach Angaben der US-Regierung wurde sie im Jahr 2008 vom US-Militär aufgrund des Terrorverdachts in Afghanistan festgenommen. Bei dem darauffolgenden Verhör konnte sie ein Sturmgewehr ergreifen und damit mindestens zwei Mal auf US-amerikanische Soldaten schießen. Diese Tat leugnen Siddiqui und ihre Familie jedoch bis heute und schaffen es immer wieder, Unterstützer aus dem islamistischen Milieu für sich zu mobilisieren. In diesem gilt die Pakistanerin bis heute als Opfer, dem unrechtmäßig ein Verbrechen angehängt wurde. Diese Ansicht äußerte auch Akram während seinen Verhandlungen mit dem FBI während seiner Geiselnahme.

Solidarität unter Terroristen

Der Freipressungsversuch der pakistanischen Akademikerin am 15. Januar war nicht der erste seiner Art. Bereits im Jahr 2013 forderten die Geiselnehmer von Ain Aménas in Algerien ihre sowie die Freilassung des ebenfalls in den Vereinigten Staaten inhaftierten ägyptischen Islamisten Omar Abd al-Rahman im Austausch gegen zwei US-Geiseln. Und auch im darauffolgendem Jahr 2014 versuchten Mitglieder der Terrorgruppe "Islamischer Staat" ihre Haftentlassung im Austausch gegen die damals 26-jährige Menschenrechtsaktivistin Kayla Mueller zu erzwingen, die leider ein Jahr später in der Gefangenschaft der Terrororganisation verstarb.

Die erste Geisel von Colleyville konnte nach sechs Stunden und reichlich Überzeugungsarbeit des FBIs unverletzt in die Freiheit entlassen werden. Nach weiteren fünf Stunden warf der Rabbiner in einer günstigen Gelegenheit einen Stuhl auf den Mann, in dessen Gewalt er sich befand und floh unmittelbar darauf mit den zwei weiteren verbliebenen Geiseln aus dem Gebäude. Ein SWAT Team (taktische Spezialeinheit der Polizei) stürmte daraufhin die Synagoge und erschoss den Attentäter. Alle Opfer der Geiselnahme blieben zumindest körperlich unversehrt.

Selbst einen Tag nach dem Verbrechen, als sowohl die Motivlage wie auch die Identität des Täters längst bekannt waren, berichtete die durch Zwangsgebühren finanzierte Tagesschau noch immer, das Motiv des Geiselnehmers, der Juden in einer Synagoge mit Gewalt festgehalten und bedroht hatte, um eine al-Qaida-Terroristin freizupressen, sei "unklar" und identifizierte ihn lediglich als "britischen Staatsbürger". Seinen pakistanischen Migrationshintergrund und Zugehörigkeit zum Islam empfand die wohl berühmteste Nachrichtensendung Deutschlands offenbar nicht als erwähnenswert.

Diagnose an einem Toten

Und es kommt noch dicker: Nach neuestem Erkenntnisstand der ermittelnden US-Behörden gilt der liquidierte Attentäter heute offiziell als psychisch gestört. So habe der 44-Jährige ca. zehn Tage vor der Geiselnahme in der texanischen Synagoge die Moschee im nahe gelegenen Irving besucht und dort "einen seltsamen Eindruck gemacht". Das berichteten zumindest Mitarbeiter und Besucher der dort ansässigen islamischen Gemeinde gegenüber US-Medien. Er sei auffällig "aggressiv und provokant" aufgetreten, habe sich am Folgetag jedoch für sein Verhalten entschuldigt. Was genau er gegenüber seinen Glaubensbrüdern in der Moschee geäußert oder getan hat, ist nicht bekannt.

Die US-Ermittlungsbehörden haben mittlerweile einen genauen Zeitplan über die Bewegungsabläufe Akrams vor seiner Geiselnahme erstellt. Demnach sei er als britischer Staatsbürger mit einem Touristenvisum Ende Dezember 2021 legal in die USA eingereist und habe dort einige Zeit in Obdachlosenunterkünften verbracht. Sein Name stand auf keiner Beobachtungsliste, obgleich er im Jahr 2020 kurzzeitig ins Visier britischer Sicherheitsdienste geraten war. Am Morgen des 15. Januars habe er sich dann von einem Mitarbeiter einer Obdachlosenunterkunft mit dem Auto zur Synagoge bringen lassen. Rabbi Charlie Cytron-Walker gab nach seiner Flucht an: "Er wurde von jemandem abgesetzt, der aussah, als hätte er eine Beziehung zu ihm. Ich habe ihn in die Synagoge gelassen, da er offenbar Schutz suchte." Akram habe anfangs nicht bedrohlich gewirkt. Erst im Gebet habe er dann plötzlich eine Waffe gezogen.

Jüdische US-Gemeinden sind seit der Geiselnahme in Texas in erhöhter Alarmbereitschaft. Auch die Organisation "Anti-Defamation League", die sich gegen die Diskriminierung und Diffamierung von Juden einsetzt, warnte vor zunehmenden Angriffen auf US-amerikanische Juden und deren Versammlungsräume.

Der Bruder des Attentäters teilte via Facebook mit, seine Familie sei "absolut am Boden zerstört" und entschuldigte sich bei den Opfern. Er bestätigte außerdem, dass dieser unter "psychischen Problemen" gelitten habe, auf die er aber nicht näher einging. Warum diese ihn ausgerechnet Juden angreifen und sich für die Befreiung einer verurteilten islamischen Terroristin einsetzen ließ, konnte er sich offenbar auch nicht erklären.

Erinnerung an die Shoah und jüdisches Leben in Aserbaidschan

Aserbaidschan pflegt seine Freundschaft zu Israel und ist reich an lebendiger jüdischer Kultur. Als eines der wenigen Länder mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung begeht es den Internationalen Holocaust Gedenktag.

Von Urs Unkauf

Am 27. Januar beging Aserbaidschan als eines der wenigen Länder mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit den Internationalen Holocaust-Gedenktag. Bei einem Treffen mit Rabbiner Marc Schneier aus New York, der sich seit Langem für die jüdisch-muslimischen Beziehungen engagiert, erklärte Aserbaidschans Präsident Ilham Aliyev im Dezember 2021 diesen Schritt und kündigte im gleichen Zuge die Förderung der wachsenden jüdischen Schule „Chabad Ohr Avner“ in der Hauptstadt Baku an. Die Entscheidung des aserbaidschanischen Staatsoberhauptes, ein klares Signal der Verbundenheit mit dem jüdischen Volk und für die Förderung der jüdischen Gemeinde des zehn Millionen Einwohner zählenden Landes zu setzen, ist umso bemerkenswerter, da sich Aserbaidschan in einem geopolitisch brisanten Umfeld zwischen Russland, dem Iran und der Türkei befindet. Dies wird auch an der Frage der regionalen Zugehörigkeit des Landes deutlich: Aserbaidschan gehört zusammen mit Armenien und Georgien zum Südkaukasus, gleichzeitig teilt es die Grenze zum Kaspischen Meer mit Russland, Kasachstan, Turkmenistan und dem Iran. Als Mitglied der Östlichen Partnerschaft partizipiert Aserbaidschan an der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union. Durch das Land verlaufen zentrale Verkehrswege der historischen wie der Neuen Seidenstraße; insbesondere seit der Wiederherstellung der territorialen Integrität im 44-Tage-Krieg von 2020 gegen Armenien und der perspektivischen Öffnung der Korridore von Lachin und Zangezur kommt diesem Aspekt eine wachsende Bedeutung zu. Aserbaidschan ist zugleich einer der Nachfolgestaaten der Sowjetunion und als solches Mitglied in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Die Liste der Einbindungen, welche die Identität des Landes beschreiben und prägen, ließe sich fortführen. Bei einem Blick in die aserbaidschanische Gesellschaft kommt zwei Elementen eine besondere Bedeutung zu, die von fundamentaler Bedeutung für die jüdische Minderheit des Landes sind: Die Verbindung von Nationalismus und Multikulturalismus als Grundkonstante einer Identität, die auf ein tolerantes Zusammenleben und staatliche Stabilität orientiert.

Aschkenasische Synagoge in Guba.

Prägende Geschichte

Die Ursprünge des Judentums im Kaukasus und auf dem heutigen Staatsgebiet Aserbaidschans lassen sich bis in die Antike zurückverfolgen. Aus den bereits genannten geopolitischen Gegebenheiten ergab sich eine periphere Lage zwischen den imperialen Zentren des Russischen, des Osmanischen und des Persischen Reiches, die alle in variierendem Ausmaß die kulturellen Einflüsse auf das heutige Aserbaidschan prägen. Aus dieser Verbindung entstand eine große Heterogenität bei der Genese einer eigenständigen Identität, die stets auch die kaukasischen Bergjuden einschloss. Die heutige Nation blickt auf eine kurze Vorgeschichte republikanischer Tradition im 20. Jahrhundert zurück, der jedoch eine wichtige Bedeutung im historischen Selbstverständnis Aserbaidschans zukommt. Die von 1918-1920 zwar nur kurz bestehende Aserbaidschanische Demokratische Republik (ADR) war zur damaligen Zeit in vielen Bereichen ein Vorreiter nicht nur für muslimisch geprägte Länder: Ethnische Minderheiten waren in ihren Rechten und Pflichten weitestgehend gleichgestellt, Frauen verfügten über das Wahlrecht und Juden waren in der Person des Gesundheitsministers Yevsey Gindes in der Regierung der ADR vertreten. Während der darauffolgenden 70 Jahre der Sowjetherrschaft wurde die Ausübung der jüdischen Kultur und Tradition stark reglementiert. Nach der Unabhängigkeit 1991 und der Übernahme des Präsidentenamtes durch Heydar Aliyev 1993 entwickelten sich die Konstanten des gesellschaftlichen und politischen Lebens, die das Land und die Lebensbedingungen seiner zahlreichen ethnischen wie religiösen Minderheiten bis heute prägen.

Lebendiges Judentum

Die Jüdische Gemeinde Aserbaidschans zählt gegenwärtig etwa 47.000 Mitglieder, wovon etwa 37.000 der Bergjuden sephardischer Tradition angehören. Die meisten Bergjuden leben in Baku sowie in und um die Städte Guba und Oghuz im Norden des Landes. Die „Rote Siedlung“ (russ. Krasnaja Sloboda) im Gebiet Guba wird mehrheitlich von Bergjuden bewohnt, die in friedlicher Nachbarschaft mit ihren sunnitischen, schiitischen und christlichen Nachbarn leben. Die übrigen Angehörigen der Gemeinde setzen sich aus aschkenasischen Juden verschiedener Abstammung zusammen, die seit der der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf aserbaidschanischem Territorium leben. In Aserbaidschan werden acht Synagogen, zwei Kindergärten und fünf jüdische Schulen betrieben, letztere werden von etwa 1.500 Schülern besucht. Anders als in vielen anderen europäischen Ländern müssen diese Einrichtungen nicht durch eine permanente Polizeipräsenz geschützt werden.

Am 9. März 2003 wurde die restaurierte Synagoge der europäischen und georgischen Juden aschkenasischer Abstammung in Baku eröffnet. Diese ist als eine der größten Synagogen im postsowjetischen Raum international bekannt. Im Oktober 2010 öffnete die über 200 Jahre alte Synagoge der Bergjuden nach einer vollständigen Renovierung wieder ihre Türen. Auf Initiative von Präsident Ilham Aliyev wurde dieses Projekt von staatlicher Seite umfassend unterstützt. Die Vitalität und historische Verwurzelung des Judentums in Aserbaidschan ist darauf zurückzuführen, dass es in der Geschichte Aserbaidschans nicht zu Pogromen, Vertreibungen oder antisemitischen Gewaltausschreitungen kam.

In der Erinnerungskultur Aserbaidschans nimmt der Kampf für die territoriale Integrität des Landes und besonders die Region Karabach sowie die Stadt Shusha, die als Hauptstadt des kulturellen Erbes Aserbaidschans gilt, eine zentrale Rolle ein. Auch hier finden sich jüdische Spuren, so beispielsweise im Gedenken an den jüdischen Nationalhelden Albert Aqarunov, der bei der Verteidigung Shushas im Jahr 1992 gefallen ist. Sein Andenken findet sich heute in zahlreichen Orten und Straßen Aserbaidschans.

Friedlicher Multikulturalismus

Aserbaidschan, dessen Bevölkerung sich zu über 90 % zum Islam bekennt, verfolgt eine auf friedliches Zusammenleben verschiedener Kulturen, Traditionen und Glaubensbekenntnisse orientierte Politik. Dieses sich aus historischen, sozialen, kulturellen und politischen Faktoren speisende Modell des Multikulturalismus ist gerade vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich das Land in der Kontakt- und Konfrontationszone zwischen drei regionalen Mächten befindet, umso bemerkenswerter. Der moderne aserbaidschanische Staat fördert Toleranz als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Den religiösen Gemeinschaften ist es möglich, ihre Traditionen frei zu leben und gleichzeitig von der staatlichen Förderung zu profitieren.

Israel hat als eines der ersten Länder die Unabhängigkeit Aserbaidschans am 25. Dezember 1991 anerkannt und am 6. April 1992 die diplomatischen Beziehungen aufgenommen. Die israelisch-aserbaidschanischen Beziehungen sind heute von großem wechselseitigem Vertrauen und einer engen Zusammenarbeit in Fragen der Wirtschaftsentwicklung, Energiepolitik sowie in Bezug auf die regionale Sicherheit geprägt. Trotz starker Proteste aus dem Iran, wo 20-30 Millionen ethnischer Aserbaidschaner leben, werden die politischen Beziehungen mit Israel von Aserbaidschan aktiv gepflegt. Diese Partnerschaft bietet für beide Seiten noch zahlreiche Möglichkeiten, sie zu intensivieren. Als fester Bestandteil des kulturellen und sozialen Lebens bildet Aserbaidschans jüdische Gemeinde ein wichtiges Fundament für diese besondere Freundschaft zwischen der Republik am Kaspischen Meer und Israel.

Über den Autor:

Urs Unkauf studierte Geschichte und Soziologie in Tübingen, Aix-en-Provence/Marseille und Berlin. Seit seiner Teilnahme an der internationalen Sommerakademie der Ben-Gurion-Universität in Beer Sheva 2016 verfolgt er die Entwicklungen in Israel und dem Mittleren Osten.

GETTR

Schreib, was Du denkst.
Es ist Dein Recht.

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Eine Zensur findet nicht statt.

Grundgesetz Artikel 5

www.gettr.com

Download on the App Store

Available on the Google Play

Die Online-Plattform mit
100%
Meinungsfreiheit

Vom Westen geduldet: Iran steigert Aggressivität gegenüber Israel und im gesamten Nahen Osten

Trotz Warnungen aus Israel kann Teheran seine gefährlichen Tentakel weiter ausbreiten. Das Ziel ist die Vernichtung Israels. Dabei leugnen die Mullahs nicht nur die Shoa an den Juden, sie bereiten nun auch mit Hilfe ihrer westlichen Unterstützer einen atomaren Holocaust gegen den Staat Israel und seinem Volk vor.

Von Yochanan Visser/Israel Heute

Hussein FALEH / AFP

Gedenkkundgebung zum 2. Todestag des Kommandeurs der Quds-Brigaden der iranischen Revolutionsgarde Qasem Soleimani

Iraner begehen den Jahrestag der Ermordung des Kommandeurs der Revolutionsgarden, Qassem Soleimani, was vom Regime als Rechtfertigung für neue Aggressionen benutzt wird. Während die Verhandlungen über das iranische Atomprogramm im Januar in Wien wieder aufgenommen wurden, hat es den Anschein, dass die Islamische Republik ihre kriegerischen Aktivitäten im Nahen Osten weiter ausweitet.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Ereignisse zwischen dem Iran und Israel im letzten Monat.

Der Raketenangriff auf Tel Aviv

Der Abschuss von zwei Raketen auf Tel Aviv am frühen Neujahrstag wurde von den israelischen Medien mit internen Entwicklungen in Israel und den von der Palästinensischen Autonomiebehörde und der Hamas (Gaza) verwalteten Gebieten in Verbindung gebracht.

Die Hamas und der Palästinensische Islamische Dschihad (PIJ) behaupteten, der Raketenabschuss sei ein Unfall gewesen, verursacht durch „schlechtes Wetter“ oder einen „Blitzeinschlag“, je nachdem, wen man fragt.

Später gab der PIJ zu, dass der Abschuss der Langstreckenraketen, die im Meer vor der Küste von Tel Aviv und dem IAF-Stützpunkt in Palmachim explodierten, eine Warnung an Israel gewesen sei.

Angeblich geschah dies aus Solidarität mit dem inhaftierten palästinensischen Hungerstreikenden Hisham Abu Hawash, der Mitglied des PIJ ist.

Letzte Woche erklärten Ärzte, Abu Hawash befinde sich in einem kritischen Zustand. Der PIJ drohte Israel, Tel Aviv zu bombardieren, sollte er sterben. Die vom Iran gegründete und unterstützte Terrororganisation verlangte von Israel die Freilassung von Hawash.

Hungerstreik

Hungerstreiks haben sich in der Vergangenheit als wirksames Erpressungsinstrument erwiesen, um Israel zu Zugeständnissen zu zwingen. Einige Hungerstreikende wurden von Israel freigelassen, während die palästinensischen Gefangenen in anderen Fällen bessere Haftbedingungen durchsetzen konnten. Hungerstreiks für bessere Haftbedingungen sind jedoch eine Farce, wenn man die reale Situation in den israelischen Gefängnissen betrachtet.

Die palästinensischen Terroristen in israelischen Gefängnissen erhalten nicht nur ein „Gehalt“ von der Palästinensischen Autonomiebehörde (das je nach Schwere der Strafe bis zu 12.000 NIS pro Monat betragen kann), sondern dürfen auch 1.600 NIS von Dritten für Einkäufe im Gefängniskiosk erhalten.

Letztes Jahr wurde bekannt, dass die israelische Post Konten für die palästinensischen Gefangenen eröffnet und verwaltet hat. Seit 2008 wurden auf diese Konten sage und schreibe 100 Millionen NIS überwiesen. In diesem Betrag sind die von der Palästinensischen Autonomiebehörde an die inhaftierten Terroristen gezahlten Gehälter nicht enthalten. Die palästinensischen Gefangenen haben außerdem freien Zugang zu Kabelfernsehen in ihren Zellen und können in der Küche der Abteilung, in der sie festgehalten werden, Essen zubereiten.

Verglichen mit der Situation in anderen Ländern des Nahen Ostens führen die Häftlinge in israelischen Gefängnissen ein luxuriöses Leben. Es gab also keinen Grund für die Hamas und den PIJ, wegen dieser Frage einen Krieg gegen Israel zu riskieren. Am Ende war es Israel, das dem Druck nachgab, und am Dienstagabend wurde bekannt, dass der jüdische Staat Hawash Ende Februar freilassen würde. Der Terrorist wurde kurz darauf mit einem breiten Lächeln fotografiert. Sein Zustand war also weniger „kritisch“ als behauptet.

Zermürbungskrieg wird fortgesetzt

Hamas und PIJ haben also einen Grund weniger, neue Anschläge auf Israel zu verüben, sollte man meinen. Doch leider verhält sich die Sachlage ganz anders. Der Zermürbungskrieg wird weitergehen, denn der wahre Grund, warum die Hamas und der PIJ regelmäßig neue Angriffe auf Israel verüben, ist in Teheran zu suchen.

Das fanatische Regime von Ayatollah Ali Khamenei und Präsident Ebrahim Raisi gibt der Hamas und dem PIJ alle notwendige Unterstützung, um den Zermürbungskrieg gegen Israel fortzusetzen. Dies wurde bereits von verschiedenen Hamas- und PIJ-Anführern bestätigt.

Iran hilft den beiden Terrorgruppen unter anderem, militärisch voranzukommen, und hat eine Strategie entwickelt, die Hamas und PIJ schon seit einiger Zeit verfolgen.

Hamas-Chef Ismail Haniyeh hat dies im Januar in einem Interview mit dem in Katar ansässigen Fernsehsender Al-Jazeera offen zugegeben. Haniyeh sagte, die Hamas habe 70 Millionen Dollar vom Iran erhalten, um die palästinensische Strategie nach dem ersten Krieg mit Israel 2008/2009 zu ändern. Haniyeh behauptete auch, dass Israel aufgrund dieser geänderten Strategie während des 11-tägigen Krieges im Mai letzten Jahres durch die aus dem Gazastreifen abgefeuerten Raketensalven „völlig gelähmt“ gewesen sei. Haniyeh zufolge hätten die israelischen Abwehrsysteme gegen die Raketen aus dem Gazastreifen nicht den gewünschten Schutz für die Zivilbevölkerung geboten. Auch der Iran habe den Terrorbewegungen im Gazastreifen geholfen, bessere Raketen zu entwickeln, sagte Haniyeh und fügte hinzu, dass Hamas und PIJ die Abschreckung im Kampf gegen die israelische Armee wiederhergestellt hätten.

Die Befehlshaber von Hamas und PIJ arbeiten seit kurzem intensiv zusammen und führen regelmäßig groß angelegte Militärübungen nach dem Vorbild des Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRCG) im Iran durch.

Iranische Cyberangriffe auf Israel

Der Iran ist auch im Bereich der Cyberangriffe auf Israel sehr aktiv. Nach der Abschaltung von Webseiten israelischer Regierungsbehörden wurde im Januar ein weiterer iranischer Cyberangriff auf die englischsprachige israelische Zeitung The Jerusalem Post und ihre Tochtergesellschaft Ma’ariv gemeldet. Die Homepages von JPost und Ma’ariv verschwanden und wurden durch Bilder eines explodierenden Atomreaktors in der israelischen Stadt Dimona ersetzt.

Das Bild zeigte eine Hand, die angeblich Qassem Soleimani, dem ermordeten Kommandeur der Quds-Truppe der IRGC, gehört, wie er eine Rakete auf Dimona abfeuert. Auf dem Bild war ein Spruchband in gebrochenem Englisch und Hebräisch zu sehen, auf dem stand: „Wir sind euch näher als ihr ahnt, denkt einmal darüber nach“.

Die Jerusalem Post bestätigte später, dass es sich um eine iranische Cyber-Attacke handelte, und schrieb, der Angriff habe auch dem Staat Israel gegolten.

Iran gedenkt der Ermordung von Qassem Soleimani

Zum Jahresanfang gedachte der Iran der Ermordung von Qassem Soleimani, der am 3. Januar 2020 von einer amerikanischen Killerdrohne in der Nähe von Bagdad, Irak, getötet wurde. Zunächst wurden Raketen aus iranischer Produktion auf US-Militärstützpunkte abgefeuert. Gleichzeitig schossen irakische Militärangehörige unbemannte Kamikaze-Flugzeuge in der Nähe des Flughafens von Bagdad im Irak ab. Auf einem der unbemannten Flugzeuge war der Schriftzug „Soleimanis Rache“ aufgemalt.

Die Drohnenangriffe setzten sich tags darauf fort, als mit Sprengstoff beladene Drohnen in der Nähe des großen Stützpunkts Ayn al-Assad bei Bagdad abgeschossen wurden. Der Stützpunkt beherbergt ein großes Kontingent der US-Armee. Auch wurde ein aus den Vereinigten Arabischen Emiraten kommendes Schiff in der Nähe der jemenitischen Hafenstadt Hodeida von der vom Iran unterstützten Ansar Allah oder Houthi-Miliz gekapert. Ansar Allah behauptete, Saudi-Arabien benutze das Schiff, um Waffen in den Jemen zu schmuggeln, was das Königreich vehement bestritt. Die Entführung des Schiffes wurde später auch mit dem Gedenken an Soleimanis Tod in Verbindung gebracht.

Hisbollah und Iran in Syrien

Auch in Syrien ist der Iran weiterhin sehr aktiv und baut gemeinsam mit seinem Verbündeten Hisbollah alte syrische Armee- und Luftstützpunkte wieder auf. Der Iran hat zudem seine Truppenaufstockung in der Nähe von Damaskus verstärkt und plant, den so genannten T-4-Luftwaffenstützpunkt in der Nähe der Stadt Homs auf einen wieder hergerichteten syrischen Luftwaffenstützpunkt in der Nähe von Damaskus zu verlegen. Dies geschieht wahrscheinlich, um israelische Luftangriffe auf die Basen zu erschweren, da die russische Armee für die Luftsicherheit von Damaskus zuständig ist.

Die israelische Luftwaffe (IAF) hat dieses Gebiet um die syrische Hauptstadt wiederholt bombardiert, um die iranische Truppenaufstockung zu verhindern und ausgeklügelte Waffenlieferungen aus dem Iran für die Hisbollah zu unterbinden. Anfang Januar hat die israelische Luftwaffe bei einem weiteren Angriff auf iranische Einrichtungen in Syrien Raketen eingesetzt, die von israelischen Kampfflugzeugen vom Mittelmeer aus abgefeuert wurden. Die Raketen zerstörten eine Reihe von Containern mit modernen Waffen, die von einem iranischen Schiff in die westsyrische Hafenstadt Latakia geliefert wurden.

Hebräisch als psychologische Waffe

Die Medien und das iranische Regime nutzen die hebräische Sprache zunehmend, um Israel zu bedrohen. Drohungen mit einem Angriff auf Dimona wurden in hebräischer Sprache auf Webseiten veröffentlicht, die dem Regime nahestehen. So eröffnete die Khamenei-nahe Nachrichtenseite Tasnim eine neue Seite in hebräischer Sprache. Die Seite zielt eindeutig darauf ab, die öffentliche Meinung in Israel zu beeinflussen und den psychologischen Druck auf den jüdischen Staat zu erhöhen.

Israel warnt seine Nachbarn vor dem Iran

Israels Verteidigungsminister Benny Gantz warnte die arabischen Länder in der Nähe des Iran davor, zuzulassen, dass ihr Territorium für den Transport von Waffen an dessen Stellvertreter genutzt wird, die Israel bedrohen. Israel werde weiterhin den Transport von Waffen blockieren, die „die Spielregeln verändern“, warnte Gantz.

„Der Iran ist der größte Feind meiner Nation und der Menschen im Nahen Osten“, fügte Gantz hinzu.

Kein Platz für den Zionismus in der Welt

Israels Außenminister Jair Lapid wurde in eine Art Twitter-Krieg mit seinem iranischen Amtskollegen Hossein Amirabdollahian verwickelt, der schrieb, dass „es in der Zukunft der Welt keinen Platz für den Zionismus gibt“. In seiner Antwort sagte Lapid, dass das Regime in Teheran letztendlich den Kampf mit Israel verlieren werde. Das extremistische iranische Regime droht Israel mit der Vernichtung, wird diesen Kampf aber weiterhin verlieren. Ihre gescheiterte Führung zerstört den Iran von innen heraus. Um es mit den Worten des iranischen Dichters Saadi zu sagen: „Derjenige, dessen Wesen das Böse ist, wird es für immer bleiben.“

Das israelische Militär bereitet sich unterdessen weiter auf eine Militäraktion gegen den Iran vor und hat sich nun mit den Amerikanern auf die baldige Lieferung von zwei Boeing K-64-Tankflugzeugen geeinigt, die für einen Luftangriff auf den Iran benötigt werden.

USA: Kongressmitglieder starten Arbeitsgruppe zu Abraham-Abkommen

Das Abraham-Abkommen soll die Beziehungen Israels zu seinen arabischen Nachbarn normalisieren. Überparteilich wollen Senatoren und Abgeordnete des Repräsentantenhauses in den USA das Abkommen fördern. Wegen der Apathie der Biden-Administration droht das Anliegen im Außenministerium zu versickern! Das wäre fatal! Ein Friedensfortschritt im Nahen Osten hätte nämlich auch eine Signalwirkung für andere muslimische Länder.

Von Israelnetz

Republikaner und Demokraten arbeiten zusammen am Erfolg des Abraham-Abkommens

Mitglieder des US-Senats und des Repräsentantenhauses haben eine Arbeitsgruppe zu den Abraham-Abkommen gestartet. Unter diesem Namen haben Israel und einige arabische Länder, darunter die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain, seit September 2020 ihre Beziehungen normalisiert. Der Gruppe gehören sowohl Republikaner als auch Demokraten an. Laut Auskunft der Initiatoren vom Montag soll sie mithelfen, die Abraham-Abkommen auf weitere Länder auszuweiten. Zudem will sie dazu beitragen, auch europäische Verbündete dafür zu gewinnen, die Normalisierungen zu fördern. Die Gruppe versteht sich darüber hinaus als Forum für politische Anführer aus den Ländern der Abraham-Abkommen, in dem sie sich über ihre weitere Zusammenarbeit austauschen können.

„Chearleading-Gruppe“ für Abraham-Abkommen

„Die Einrichtung der Arbeitsgruppe zu den Abraham-Abkommen stellt einen wichtigen Schritt zur Erreichung des Ziels dar, Frieden voranzutreiben und lebendige Partnerschaften unter den Nationen des Nahen Ostens zu vermitteln“, erklärte der Demokrat David Trone, Mitglied des Repräsentantenhauses. „Die Gruppe wird als ein Modell dafür dienen, wie der Kongress zusammenarbeiten kann, um einige der größten Probleme der Welt zu lösen.“ Seine Kollegin Ann Wagner von den Republikanern fügte hinzu, die Gruppe sei „eine unglaublich wichtige Initiative, die die Verpflichtungen der USA auf Frieden im Nahen Osten stärken wird“. Der republikanische Senator James Lankford beschrieb den Ausschuss gegenüber dem „Jewish Insider“ als „Cheerleading-Gruppe“ für die Abraham-Abkommen. Er wolle nicht, dass dieses Anliegen im Außenministerium versickere.

Lobende Worte aus Israel und arabischen Ländern

Dem Bericht zufolge denkt die Gruppe unter anderem darüber nach, in Länder der Abraham-Abkommen zu reisen und gemeinsame Konferenzen zu veranstalten. Lankford zufolge sei es auch denkbar, dass die Parlamentarier Unternehmen zu wirtschaftlicher Kooperation mit diesen Ländern anregen. Die Initiative wird von mehreren jüdischen Lobbygruppen unterstützt. Lobende Worte für die Arbeitsgruppe kamen auch aus Israel, den Emiraten, Bahrain und Marokko. Israels UN-Botschafter Gilad Erdan bezeichnete die Einrichtung des Ausschusses als „wichtigen Schritt, um Frieden zu fördern und Extremismus zu bekämpfen“. Überparteiliche Unterstützung im Streben nach Frieden sei stets willkommen.

Komoren und Malediven als nächstes?

In der israelischen Knesset gibt es bereits seit Oktober eine Arbeitsgruppe zu den Abraham-Abkommen. Deren Vorsitzender Ofir Akunis (Likud) lobte das US-Pendant und zeigte sich zuversichtlich, „dass viele weitere Parlamente in der ganzen Welt ähnliche Gremien einrichten“. Die Knesset-Gruppe habe „ein enormes Momentum unter Abgeordneten weltweit geschaffen“. Seit September 2020 hat Israel zu vier arabischen Ländern Beziehungen aufgenommen: zu den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Marokko und dem Sudan. Der Austausch ist dabei von unterschiedlicher Intensität. Dass schon in absehbarer Zeit weitere islamisch geprägte Länder hinzukommen, ist durchaus vorstellbar. In Spekulationen israelischer Medien sind bereits die Namen vieler Länder für eine etwaige Normalisierung gefallen, darunter zuletzt die Komoren und die Malediven.

Baden-Württembergs Antisemitismusbeauftragter Dr. Michael Blume auf Wiesenthal-Liste

Die mehr als fragwürdige und skandalöse Nähe Blumes zu notorischen Israel- und Judenfeinden ist durch die Veröffentlichung der jüngsten Antisemitismus-Liste des renommierten Simon Wiesenthal Centers in den Fokus gerückt.

Von Marcus Ermler/ Redaktion Audiatur

WIKIPEDIA

Michael Blume beim Europarat in Straßburg 2017

Die Antisemitismusjäger aus Los Angeles rund um den Zentrumsleiter Rabbiner Marvin Hier und seinen Stellvertreter Rabbi Abraham Cooper schrieben dem von der grün geführten baden-württembergischen Landesregierung eingesetzten Blume zu, sich „an antisemitischen und antiisraelischen Aktivitäten in den sozialen Medien zu beteiligen“, indem er beispielsweise „Vergleiche zwischen Israel und Nazis“ in Sozialen Medien „liken“ würde.

Doch nichts nur das. Überdies mahnte das Wiesenthal Center an, dass Blume es in seiner Funktion als Antisemitismusbeauftragter Baden-Württembergs versäumt habe, die „baden-württembergische Metropole Freiburg zur Beendigung ihrer Städtepartnerschaft mit Isfahan aufzufordern, einer Stadt des iranischen Regimes, deren Verwaltung jedes Jahr bei ihrer jährlichen Al-Quds-Demonstration zur Zerstörung des jüdischen Staates aufruft.“ Und schließlich habe Blume es ebenso „versäumt, die teilweise landeseigene Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zur Schließung des Kontos von Baden-Württembergs wie Deutschlands stärkster anti-israelischer Boykott-, Desinvestitions- und Sanktions-Organisation (BDS), dem Palästinakomitee Stuttgart, zu drängen.“

Der so kritisierte Blume sprach in einer ersten Reaktion auf diese Einordnung von einer „Kampagne“ des „sogenannten“ Wiesenthal Centers, das ein „[sehr] dubioser Pro-Trump-Laden“ sei. Diese „Trolling-Kampagne“ würde überdies „nur Rechtsaußen inklusive Teile [der] AfD unterstützen“, darunter auch „Rechtsaußen-Blogs wie achgut“, also die unter Anderem vom Publizisten Henryk M. Broder herausgegebene „Achse des Guten“. Auf dem offiziellen Twitter-Account des baden-württembergischen Antisemitismusbeauftragten wird so ebenfalls weiter von einem „rechtsextremen Trolling“ gegen Blume gesprochen. Was bis hierhin jedoch die privaten wie offiziellen Stellungnahmen einte: Zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen schwieg sich Blume dabei aus.

Alljährliche Aufregung im Politik- und Medienbetrieb ob der Wiesenthal-Liste

Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk Baden-Württembergs, dem SWR, hieß es, dass die „Anschuldigungen gegen Blume […] krude“ seien. Der Chefredakteur der Schwäbischen Zeitung, eine der größten regionalen Abonnementzeitungen in Baden-Württemberg, kommentierte unisono, das Wiesenthal Center habe „schlecht recherchiert“. Die Stuttgarter Zeitung bemerkte sogar, dass ihre „Überprüfung der Vorwürfe gegen den baden-württembergischen Antisemitismusbeauftragten Michael Blume zeig[e]“, dass da „nicht viel dran“ sei. Und schließlich fragte die Südwest Presse, ob „Internet-Fakes als Grundlage für Vorwürfe gegen Michael Blume“ gedient hätten, so beispielsweise „Fake-Screenshots“.

Unterstützung erhielt Blume obendrein von unerwarteter Seite. So von den Hardcore-Stalinisten der vom Verfassungsschutz beobachteten Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (kurz MLPD), in deren Parteiorgan „Rote Fahne“ es heißt, dass „Simon-Wiesenthal-Zentrum hetzt gegen Michael Blume“, womit es dem Kampf gegen Antisemitismus einen „Bärendienst“ erweisen würde. Pikanterweise sieht sich gleichfalls die MLPD einer „Hetzkampagne“ von Weinthal ausgesetzt. Und im ehemaligen Propagandaorgan der SED, der sozialistischen Tageszeitung „Neues Deutschland“, schreibt Gerhard Hanloser, dass die Nennung Blumes in der Wiesenthal-Liste „ihre politische Strategie“ verdeutliche, „die einer neokonservativen und rechtszionistischen politischen Position folgt“.

Ein Antisemitismusbeauftragter, der nicht schützt?

Und was ist heute? Ist die scharfe Kritik in der diesjährigen Liste des Simon Wiesenthal Centers an Blumes Wirken als Antisemitismusbeauftragter nun schlicht aus der Luft gegriffen, wie Blume es selbst und auch seine Verteidiger behaupten? Bezüglich Blumes Agieren in sozialen Medien schreibt das Wiesenthal Center zunächst weiter, dass Blume einen Facebook-Post „geliked“ habe, „in dem Zionisten mit Nazis verglichen wurden“ sowie „antijüdische, antiisraelische und konspirative Twitter-Accounts ‚geliked‘ und retweetet“ habe.

Die deutsch-jüdische Anti-BDS-Aktivistin Malca Goldstein-Wolf hat einen Teil dieser Vorfälle mit Hilfe von Screenshots in einem Offenen Brief an Blume dokumentiert. So einen „Like“ Blumes für einen Facebook-Post vom Oktober 2019, in dem ein User schrieb, dass „Zionisten, Nazis und Radikale […] sich schnell von meiner Freundschaftsliste verabschieden“ sollten. Auf Nachfrage des Publizisten Gerd Buurmann äußerte Blume seinerzeit, dass der Facebook-Post nachträglich verändert worden sei; heute behauptet er gegenüber der „Neuen Zürcher Zeitung“ (siehe oben) sogar, dass „er seinen Facebook-Account bereits 2019 gelöscht habe“. Was von beidem stimmt nun?

Auch im Fall des Offenen Briefs von Goldstein-Wolf sorgt Blume nicht für Klarheit, hat er diesen doch bis heute nicht einer Antwort gewürdigt. Ein wesentlicher Grund für sein Schweigen: Die Auseinandersetzung von Goldstein-Wolf mit Blumes Arbeit währt schon länger. So kam es im Jahr 2019 nach einer damaligen Stellungnahme der WerteInitiative – eines Vereins, der sich als zivilgesellschaftliche, jüdische Stimme in Deutschland versteht – zu einem ersten Eklat zwischen beiden.

Nachdem Goldstein-Wolf die Kooperation Blumes mit einem mutmaßlich Muslimbruderschaft-nahen Islamverein kritisierte, brachte dieser Goldstein-Wolf nicht nur mit „bezahlten rechten Trolls“ sowie „Verschwörungstheoretikern“ in Verbindung, sondern bedachte einen Tweet, der „[das] Jüdischsein von Frau Goldstein-Wolf“ mit dem Begriff „Kostümjude“ infrage gestellt hatte, sogar mit einem „Gefällt mir“. Die WerteInitiative mahnte daher an, dass „das Amt des baden-württembergischen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus als auch das Vertrauensverhältnis zur jüdischen Community“ so Schaden nehmen würde.

Doch damit nicht genug. Wie der Autor dieser Zeilen erst im September 2021 bei der Achse des Guten in seinem Artikel „Der Antisemitismusbeauftragte und die Mullahs“ schilderte, wurde Malca Goldstein-Wolf im September 2021 in sozialen Medien in einem Gesprächsverlauf, in den Blume ebenfalls involviert war, mit Adolf Eichmann verglichen. Blume beantwortete diesen offensichtlichen Schuldabwehr-Antisemitismus trotz mehrfacher Hinweise und Nachfragen nicht.

Rücktrittsforderung an Blume vom „letzten Nazi-Jäger“

Der Hintergrund ist hier ebenso evident. In seinem Artikel „Eichmann, Breivik, Spencer und der Terrorangriff von Christchurch – Der Ethnonationalismus als Verbindung aus Antisemitismus und Rassismus“ aus dem März 2019, der für den von der WerteInitiative beschriebenen Eklat erst den Anstoß gab, brachte Blume Goldstein-Wolf in Verbindung mit „Verschwörungsgläubigen und Rassisten“; ob der im Text insinuierte Zusammenhang zu Eichmann und Breivik dabei Absicht war, ist bis heute offen.

Gerd Buurmann kommentierte damals auf seinem antisemitismuskritischen Blog „Tapfer im Nirgendwo“, dass es nicht zu den Aufgaben eines Antisemitismusbeauftragten gehöre, „das Leben einer Jüdin, die gegen Antisemitismus kämpft, schwerer zu machen und in einen Sinnzusammenhang mit rechten Verschwörungstheoretikern und nationalsozialistischen Mördern zu

bringen.“ Und Dr. Efraim Zuroff, Direktor des Standorts Jerusalem des Simon Wiesenthal Centers und als „Der letzte Nazi-Jäger“ bekannt, sparte seinerzeit gegenüber der Jerusalem Post ebenfalls nicht mit Kritik an Blume. So solle dieser „erst seinen Rücktritt einreichen und sich dann bei Frau Goldstein-Wolf entschuldigen“, so Zuroff.

Und im Juli 2021 war Blume auf Twitter mit einer antisemitischen Karikatur konfrontiert, in der der israelische Journalist Benjamin Weinthal bildhaft in die unterste Schublade gesteckt wird, aus der bereits eine Flagge Israels hervorlugt. Obwohl Blume die Twitter-Diskussion angestoßen hatte, der die Karikatur später folgte, verlor er auch seinerzeit kein Wort dazu.

Iranische Dissidenten fordern Blume auf, einzuschreiten

Wie steht Blume nun zum staatlich sanktionierten Vernichtungsantisemitismus des iranischen Mullah-Regimes? So konkret in Bezug auf den Fall des baden-württembergischen Freiburg im Breisgau, den die Wiesenthal-Liste anführt. Freiburg ist nämlich die einzige Stadt Deutschlands, die eine Städtepartnerschaft mit einer iranischen Stadt pflegt: Dem zwei Millionen Einwohner zählenden Isfahan. Im Achgut.com-Artikel „Der Antisemitismusbeauftragte und die Mullahs“ hat der Autor dieser Zeilen im September des vergangenen Jahres Blumes Einlassungen und die seiner Kritiker diesbezüglich ausführlich analysiert.

Damals manifestierte sich, dass insbesondere Exiliraner eine klare Positionierung von Blume in der Causa dieser Städtepartnerschaft erwarten. So äußerte Dr. Kazem Moussavi, ein prominenter iranischer Dissident in Deutschland, erst im August des letzten Jahres, dass „Herr Blume […] die Freiburger Stadtverwaltung auffordern [sollte], die Städtepartnerschaft mit Isfahan zu beenden“, da die Mullahs „diese Städtepartnerschaft [nutzen], um ihre Ideologie und ihren Antisemitismus zu verbreiten“. Sie stelle demnach eine „Gefahr nicht nur für Baden-Württemberg, sondern auch für die Sicherheit und Demokratie Deutschlands“ dar.

Denn, so Moussavi in einem im September 2021 in sozialen Medien verbreiteten „Offenen Brief“ an Blume weiter, diese Städtepartnerschaft diene der Diktatur der Mullahs dazu, „die Gräueltaten und Gefahren des klerikal faschistischen Systems zu verharmlosen“, dabei vordringlich deren „Antisemitismus, Holocaustleugnung, Holocaust-Karikaturen-Wettbewerb, […] die Atomraketenprogramme, mit dem Ziel Israel zu vernichten, [deren] Alquds-Marsch in Berlin und die gefährlichen antisemitischen Aktivitäten des IZH [Islamische Zentrum Hamburg] und der IGS [Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden] in Deutschland“.

Und wie reagierte Blume nun darauf? So sagte er im Gespräch mit dem Washington Outsider im September 2021, dass „Stadtprogramme […] allein von den direkt gewählten Stadträten beschlossen [werden]. Weder […] Präsident noch ein ernsthafter Ministerpräsident würden versuchen, die lokale Demokratie zu demontieren.“ Und dazu, warum er nicht selbst einschreitet: „[Ich] muss akzeptieren, dass mein jetziges Amt Teil einer Landesregierung in einer föderalen Demokratie ist“, die er „schätze und verteidige“.

Einen in Isfahan aufgewachsenen Twitter-Nutzer, der „diese Städtepartnerschaft für [eine] Schande“ hält, wies Blume darauf hin, dass in Deutschland „die gewählten Gemeinderäte selbst über Städtepartnerschaften“ entscheiden. Blume erklärte dem Exiliraner weiter, dass Deutschland nämlich „im Gegensatz zum Iran [] eine echte und föderale Demokratie“ sei. Blume zog sich hier also auf einen bürokratischen Standpunkt der Nicht-Zuständigkeit zurück. Moussavi beklagte jedoch in seinem Offenen Brief in Richtung von Blume weiterhin, dass „die freundschaftliche Kooperation mit den offiziellen iranischen Stellen auf die deutsche Gesellschaft zurück[wirkt]“ und „grundsätzlich Ihren Aufgaben als Antisemitismusbeauftragter“ widerspricht.

Blume bezeichnet Kritiker seiner Arbeit als Rechtsextreme

Als Sheina Vojoudi, eine vor den Mullahs geflohenen und im Exil lebenden Iranerin, Blume ebenfalls zum Handeln bezüglich der Städtepartnerschaft aufforderte, ordnete dieser sie öffentlich in eine Phalanx von „[korrupten] Nationalisten“ ein und unterstellte Vojoudi weiterhin, dass sie „unsere freiheitlichen Demokratien verhöhnen und sich mit rechtsextremen Trollen verbünden“ würde. Sheina Vojoudi lässt sich hiervon jedoch nicht einschüchtern. So schrieb sie Ende Dezember 2021 als Reaktion auf die Veröffentlichung der Wiesenthal-Liste an Blume: „Wir, die Iraner im Exil, verteidigen das Recht unseres Volkes, das unter dem Mullah-Regime leidet und ermordet wird, auch wenn uns Herr Michael Blume beleidigt und uns ‚korrupte Exil-Nationalisten’ nennt.“

Diese Qualifizierung als „Nationalisten“ und „Rechtsextreme“ kennen andere Kritiker von Blumes Arbeit, wie der Exiliraner Moussavi oder auch der Iran-Experte Benjamin Weinthal, bereits. Selbst das Simon Wiesenthal Center wird, wie eingangs erwähnt, als „nach rechts radikalisiert“ markiert. Ebenso spricht Blume in sozialen Medien davon, dass „der Rechtsextremist Weinthal […] für arabische und iranische Nationalisten [arbeiten würde], die viel Lust auf Herrschaft und Korruption, aber keine echte Sorge für die Rechte religiöser und ethnischer Minderheiten haben“. Andernorts konstatierte Blume obendrein, dass Weinthal so mit dessen „iranischen und arabischen Exil-Nationalisten gegen westliche Demokratien“ kämpfe.

Während Blume heute also Weinthal einen „Rufmord“ attestiert, stellt er Weinthal als Rechtsextremisten und Demokratiefeind dar. Wohlwissend, dass diese Qualifizierung als „Rechtsextremist“ in Deutschland im polit-medialen Diskurs zumeist ausschließlich mit dem Nationalsozialismus assoziiert wird.

In die aufgespannte, nationalistisch aufgeladene Konspiration reiht Blume ebenfalls den bereits genannten Moussavi ein, der „von einer sogenannten ‚Green Party of Iran‘ mit einem US-Rechtsextremisten und Troll wie Weinthal zusammenarbeiten“ würde. Blume schreibt weiterhin, dass Moussavi mit dieser Kooperation „den Eindruck von korruptem Nationalismus [erwecke], der unsere Demokratie verachtet und unsere Soldaten verheizen will“. Denn Ziel wäre schließlich, dass Weinthal und die iranischen und arabischen Nationalisten „hoffen, den Westen in den Krieg zu ziehen“, so Blume.

Michael Blume ist kein Antisemit

Während sich Blume also in Bezug auf die Städtepartnerschaft zwischen Freiburg und Isfahan in beredtes Schweigen hüllt und dies bürokratisch mit seiner Nicht-Zuständigkeit begründet, stellt er Kritiker dieser Passivität gegenüber dem Vernichtungsantisemitismus der Mullahs als „Rechtsextremisten“ beziehungsweise „korrupte Nationalisten“ dar. Einen Vorwurf, den mittlerweile selbst das Wiesenthal Center treffen kann, wenn es Blumes Inaktivität gegenüber dieser Städtepartnerschaft kritisiert.

Dass Blume qua Amt diese Partnerschaft nicht beenden kann, sieht sicherlich jeder ein; und niemand würde dies ernstlich von ihm erwarten. Dass er indes stillschweigend an der Seite steht, ist ein Kontrast zum staatlich sanktionierten „Kampf gegen Antisemitismus“ Baden-Württembergs als „Gebot der Verantwortung für unsere Demokratie“, wie es in Blumes Aufgabenbeschreibung von Kretschmanns Landesregierung selbst festgehalten worden ist. Noch rätselhafter wird es, wenn es dort weiter heißt, dass es „Teil seiner Aufgabe ist […], die Gesellschaft für aktuelle und historische Formen des Antisemitismus zu sensibilisieren“. Wenn die deutsche Partnerschaft mit einer Stadt eines vernichtungsantisemitischen Regimes eben nicht gerade diese Sensibilisierung der hiesigen Stadtoberen diesbezüglich verlangt, was dann?

Der deutsch-jüdische Historiker und emeritierte Hochschulprofessor Dr. Michael Wolffsohn sprach dann in seiner Reflexion der Causa gegenüber der „Neuen Zürcher Zeitung“ daher wohl davon, dass Blume „objektiv […] die Sache von Antisemiten“ fördere, wenn er auch „[subjektiv] […] kein Antisemit“ sei. Henryk M. Broder stimmte in seiner Einschätzung mit Wolffsohn überein: „Ein ‚klassischer Antisemit’ ist er [Blume] jedenfalls nicht, er hat weder den Holocaust geleugnet noch stellt er das Existenzrecht Israels infrage. Man kann ihm allenfalls vorwerfen, dass er sehr krude, ungewollt witzige bis aberwitzige Ansichten über den Antisemitismus vertritt, die den Antisemitismus relativieren. Nicht verharmlosen, aber neu ‚kontextualisieren’“.

Und PD Dr. Ingo Elbe attestierte Blume schon 2019 in einem Artikel für den Nahost-Thinktank Mena-Watch „einen missratenen Antisemitismusbegriff“, wobei Blume „Kritik an seiner Praxis als Antisemitismusbeauftragter und seiner Vorstellung von Antisemitismus mit haltlosen Rassismusvorwürfen abkanzelt“, wie es sich beispielsweise in dem hier skizzierten und auch von Elbe referenzierten Fall von Malca Goldstein-Wolf zeigt.

Über den Autor:

Dr. Dr. Marcus Ermler, ist Mathematiker sowie Informatiker und beschäftigt sich in seiner Forschung mit Logik, Graph Rewriting und Topologie. Darüber hinaus publiziert er über Antisemitismus und Antiamerikanismus jeder politischen Färbung.

Überraschende Töne vor der UNO: Gemeinsame Resolution von Deutschland und Israel

Trotz der bekannten antiisraelischen Haltung der deutschen Außenpolitik und der zahlreichen Verurteilungen Israels, hat Israel gemeinsam mit Deutschland eine Resolution gegen die Holocaust-Leugnung vor die UN-Generalversammlung eingebracht. Die Nachhaltigkeit einer längst überfälligen israelfreundlicheren Politik des deutschen Außenministeriums bleibt abzuwarten.

Von Elisabeth Lahusen

Hauptquartier der UNO in New York City

Zum 80. Jahrestag der Wannseekonferenz haben Deutschland und Israel eine gemeinsame Resolution gegen die Holocaust- Leugnung vor die Generalversammlung der UNO gebracht. „Diese Resolution soll ein Zeichen der Hoffnung und der Inspiration für alle Staaten und Gesellschaften sein, die für Vielfalt und Toleranz einstehen, nach Versöhnung streben und verstehen, dass die Erinnerung an den Holocaust unabdingbar dafür ist, dass sich derartige Verbrechen nicht wiederholen“ schrieben der israelische Botschafter in Deutschland und die deutsche Botschafterin in Israel. Und mehr noch: die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock erinnerte an die Mitschuld des Auswärtigen Amts am Holocaust.

Deutschland über lange Jahre „zuverlässig passiv aggressiv“ gegen Israel

Wir erinnern uns: 14 Anti-Israel-Resolutionen der UNO allein im Jahre 2021, 17 im Jahre 2020. Die Vorjahre sehen kaum besser aus. Es ist kein Geheimnis, dass die UNO über Jahre gegen Israel mehr Resolutionen verabschiedete als gegen alle anderen Staaten zusammen. Und oft geschah dies mit deutscher Duldung oder gar Unterstützung unter Federführung des SPD- geführten Amtes. Nur einmal war bisher eine UN- Resolution Israels angenommen worden. Im Jahre 2005, als der 27. Januar zum internationalen Holocaust- Gedenktag erklärt wurde.

Selbst der am 30. Juni 2021 aus dem Auswärtigen Dienst ausgeschiedene UN-Botschafter Deutschlands, Christoph Heusgen (CDU) hat sich im Nahostkonflikt immer wieder so positioniert, dass man eine israelfreundliche Haltung Deutschlands beim besten Willen kaum wahrnehmen konnte. Noch 2019 scheiterte ein Antrag der FDP gegen diese fortgesetzte Verdammung Israels. Und in einem im diplomatischen Diskurs zwischen Verbündeten wohl einmaligen Vorgang sah sich sogar Jason Greenblatt, Sondergesandter des Weißen Hauses für internationale Verhandlungen, dazu genötigt, sich öffentlich in der deutschen Presse zu Wort zu melden, um die ständigen Querschüsse der Deutschen gegen die neuen Friedensbemühungen zu adressieren, die dann später in die Abraham – Abkommen mündeten. In einem Gastkommentar in der WELT am 8. August 2019 schreibt Greenblatt:

„Um jedes Missverständnis auszuräumen, sehe ich mich daher gezwungen, öffentlich zu einer aus Sicht der Vereinigten Staaten schwerwiegenden und schädigenden Fehlinterpretation unserer Bemerkungen bei der monatlichen Debatte über den Nahen Osten am 23. Juli im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Stellung zu beziehen. Meine im Weißen Haus für Friedensverhandlungen zuständigen Kollegen und ich waren insbesondere deswegen zutiefst besorgt, weil der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland die Vereinigten Staaten als ein Land darstellte, das an das Recht des Stärkeren glaubt. Nach den Ausführungen der Vereinigten Staaten sagte Botschafter Heusgen unseren Kolleginnen und Kollegen im UN-Sicherheitsrat, dass Deutschland „nicht an das Recht des Stärkeren glaubt“. Mit Verlaub, Herr Botschafter, das tun die Vereinigten Staaten auch nicht. Wir haben in unseren Ausführungen klar zum Ausdruck gebracht, dass man den Parteien keine Lösung aufzwingen kann und dass direkte Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern der einzig gangbare Weg sind. (...) Darüber hinaus ist es, offen gesagt, unaufrichtig, auf den Vereinten Nationen als Bezugspunkt für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu bestehen, ohne die tiefe, allgegenwärtige Voreingenommenheit des UN-Systems gegenüber Israel anzuerkennen.“

> 14 Anti-Israel-Resolutionen der UNO allein im Jahre 2021, 17 im Jahre 2020. (...) oft geschah dies mit deutscher Duldung oder gar Unterstützung unter Federführung des SPD- geführten Amtes. Nur einmal war bisher eine UN- Resolution Israels angenommen worden. Im Jahre 2005, als der 27. Januar zum internationalen Holocaust- Gedenktag erklärt wurde.

Wird Annalena Baerbock die Arbeit Joschka Fischers zu Ende bringen?

Schon einmal zeichnete ein Grüner verantwortlich im Außenministerium. Joschka Fischer war von 1998 bis 2005 Außenminister und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland in einer rot-grünen Regierung. Und mit Fischer beteiligten sich erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg deutsche Bodentruppen an einen Kriegseinsatz der Nato. Fischer wurde damals in der eigenen Partei massiv angegriffen. „Kriegshetzer“ brüllte man ihm entgegen und der Parteitag musste durch Polizei gesichert werden. Ob sein Hinweis auf Auschwitz bei Fischers Begründung dieses Einsatzes richtig war, darüber lässt sich streiten. Dass man mit dem Diktator Slobodan Milošević nicht wie mit einem Demokraten verhandeln konnte, ist dennoch wahr und ein Satz seiner Rede bleibt zeitlos gültig: „Frieden setzt die Analyse der Ursachen des Kriegs voraus“.

Im Nahostkonflikt blieb Fischer allerdings auch als Außenminister oft genug die Analyse schuldig. Die Tatsache, dass man mit der Hamas nicht verhandeln kann, verschwand so selbst bei dem Realo Fischer oft hinter Friedensfloskeln, die den Fakten nicht gerecht wurden. "Es müsse ein 'dauerhaftes Übereinkommen für eine Waffenruhe' mit der islamistischen Hamas-Bewegung und anderen Gruppen erreicht werden", erklärte er noch Ende Juni 2003 in Kairo. Die US-Regierung reagierte deshalb auch prompt: "Wie kann eine Gruppe, die entschlossen ist, Israel auszulöschen, je ein Partner in dem Friedensprozess sein?"

5 Jahre nach seiner Zeit im Auswärtigen Amt machte Fischer selbst in einem Artikel klar, um was es wirklich

ging. Wobei er allerdings so tat, als sei 2010 diese Entwicklung neu und nicht schon lange zuvor eine ständige Konstante:

„Durch den Raketenbeschuss von Haifa, der drittgrößten Stadt Israels, wurde eine Grenze überschritten, die weit reichende Konsequenzen haben wird. Es geht ab sofort nicht mehr überwiegend um Territorium, um Rückgabe oder Besetzung, um ein oder zwei Staaten im Nahostkonflikt, sondern nun wird die strategische Bedrohung Israels (und das heißt: seine Existenz als solche) im Vordergrund stehen. Die Ablehnungsfront hat die israelische Entschlossenheit und Abschreckungsfähigkeit unterschätzt. Sie hat die Unmöglichkeit einer Rückkehr zum Status quo im Libanon bewiesen. Und sie hat die hegemonialen Ansprüche, vor allem Teherans, sichtbar gemacht. Diese Fehlkalkulation wird vor allem dann sichtbar werden, wenn erstens Israel bei dem begrenzten Ziel massiver Abschreckung bleibt und sich nicht in einen Bodenkrieg im Libanon hineinziehen lässt.

Wie wird die neue Außenministerin Annalena Baerbock die deutsche Außenpolitik prägen?

Das Amt – und sein blinder Fleck im Nahen Osten

Noch interessanter ist die Lücke in der Arbeit der Historiker – Kommission, die Fischer einsetzte, um die Rolle der einzelnen Beamten des Außenamts während der Nazizeit zu beleuchten. Wir erinnern uns: Marga Henseler, ehemalige Übersetzerin im Auswärtigen Amt, hatte in der Zeitschrift des Amtes "Intern AA" einen Nachruf auf den Diplomaten Franz Nüßlein entdeckt, in dem seine Rolle in der NS-Zeit verschwiegen wurde. Henseler schrieb im Mai 2003 einen Brief an den damaligen Minister Fischer. Das Schreiben wurde ihm im Amt nicht weitergereicht. Erst als sie das Bundeskanzleramt informierte und Gerhard Schröder seinen Vize auf den Fall aufmerksam machte, landete der Brief beim Adressaten. Gegen den erbitterten Widerstand vieler Alt- Diplomaten verfügte Fischer kategorisch eine Nachrufsperre für jeden Diplomaten, der vor 1928 geboren war und ließ eine Historikerkommission die Biografien aufarbeiten. Allerdings geriet das knapp 900 Seiten starke Opus selbst in die Kritik, weil es aus jedem Mitläufer einen Verbrecher machte. Unter Westerwelle waren später einzelne biografische Ehrungen wieder möglich, sofern es für die Anfänge der jeweiligen Karrieren keine klar bewiesene Schuld gab. Doch auch das gewichtige Buch:“ Das Amt und die Vergangenheit“ das nach der 5-jährigen Recherchearbeit 2010 erschienen war, ist nicht nur ein Holzschnitt, zu dem einzelne Korrekturen nötig wurden, sondern enthält auch eine auffallende Lücke, auf die Ulrich Sahm 2017 anlässlich seiner Besprechung der Arbeit des israelischen Historikers Edy Cohen hingewiesen hat: Man erfährt in dem Wälzer nichts über die Zusammenarbeit der Nazis mit dem Mufti von Jerusalem und von der palästinensischen Traditionslinie vom Mufti über Arafat bis hin zu Mahmoud Abbas.

Wie ein arabisch- jüdischer Israeli deutsche Vergangenheit aufarbeitet

Edy Cohen wurde 1972 in Beirut geboren. Er floh 1990 nach der Ermordung seines Vaters aus dem Libanon nach Frankreich, um dem eliminatorischen Judenhass der Hisbollah-Miliz zu entkommen. Seine Muttersprache ist arabisch. Cohen untersuchte historische Dokumente und aktuelle arabische Veröffentlichungen, die vor ihm kein israelischer oder europäischer Wissenschaftler anrührte und so deckte er schonungslos auf, was die deutsche Politik gerne verdrängt. Cohen übersetzte die Bücher von Präsident Abbas auszugsweise ins Hebräische, insbesondere dessen in Moskau verfasste Doktorarbeit. In seiner Doktorarbeit leugnet Abbas den Holocaust und behauptet, dass „bestenfalls“ zwei Millionen Juden von den Nazis umgebracht worden seien. Gaskammern habe es in Auschwitz nicht gegeben. In einem weiteren Buch schrieb Abbas über die geheime „Kooperation der Juden mit den Nazis“. Dass Juden an den Verfolgungen und ihrem Tod selber schuld seien, ist Teil des palästinensischen Narrativ, wenn sie ihre mörderischen Terroranschläge gegen Israelis/Zionisten rechtfertigen.

> In seiner Doktorarbeit leugnet Abbas den Holocaust und behauptet, dass „bestenfalls“ zwei Millionen Juden von den Nazis umgebracht worden seien. Gaskammern habe es in Auschwitz nicht gegeben.

Amin el-Husseini, Spross einer angesehenen Familie Palästinas, wurde vom britischen Gouverneur Herbert Samuel zum Großmufti von Jerusalem ernannt. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs provozierte Husseini schwere Pogrome gegen Juden in Jerusalem und anderswo. Nach 3.000 Jahren ununterbrochener Präsenz vertrieb er die Juden 1929 aus Hebron, während die Engländer wegschauten. Im Jahr 1939 floh Husseini in den Irak. Dort löste er im Juni 1941 den Farhud aus, das große Pogrom gegen Juden. Das war der Anfang vom Ende der jüdischen Präsenz im Irak seit dem babylonischen Exil. Nach einem gescheiterten Umsturzversuch gegen die Briten setzte sich der Mufti über Griechenland nach Berlin ab. Nur drei Wochen nach seiner Ankunft am 5. November 1941 empfing ihn Adolf Hitler. Die Nazis beauftragten ihn mit Propagandasendungen auf Arabisch, stellten ihm ein Büro mit vielen Mitarbeitern und einem Gehalt in Höhe Zehntausender Dollar zur Verfügung, bezahlt vom Auswärtigen Amt. Seine rechte Hand war Hassan Salameh, Vater von Ali Salameh, der 1972 am Massaker an israelischen Athleten bei den olympischen Spielen in München beteiligt war. Mit „Radio Berlin auf Arabisch“ wurde die Nazi-Ideologie des Judenmordes in die arabische Welt getragen. Gleichzeitig wurde gegen Engländer und Franzosen gehetzt. In seinen Memoiren behauptete der Mufti, nationalistische Ziele verfolgt zu haben. Er habe nur die „Nationale Heimstätte“ für Juden in Palästina verhindern wollen. Doch tatsächlich, so Edy Cohen, habe der Mufti unermüdlich an der Vernichtung der Juden in Palästina und in den arabischen Ländern gearbeitet. Immer wieder rief er per Rundfunk die Araber auf: „Tötet die Juden an jedem Ort, wo ihr sie findet.“ Viele Juden in der arabischen Welt haben damals die Sendungen mitgeschrieben und die Aufzeichnungen bewahrt.

Besuch in Auschwitz

Am 2. November 1943, dem Jahrestag der britischen Balfour-Deklaration, hetzte er in Berlin selbst vor Tausenden muslimischen Immigranten: „Der Jude ist ein egoistisches Wesen … Die Deutschen wissen, wie man sich der Juden entledigt … Sie begannen mit der Endlösung des Judenproblems.“ Die Wortwahl war kein Zufall. Der Mufti wusste schon seit Sommer 1943 von der geplanten „Endlösung“. Husseini besuchte zusammen mit Heinrich Himmler das Vernichtungslager Auschwitz in Polen.

Das bekannteste Arabisch- Wörterbuch hatte auch seinen Ursprung in Hitlers Expansionspropaganda. Als man Ende 1938 im Auswärtigen Amt – im Zusammenhang mit einer Übertragung von Hitlers Mein Kampf ins Arabische – ein Arabisch-Deutsches Wörterbuch der Gegenwartssprache herausbringen wollte, bekam der Arabist Hans Wehr den Auftrag und er versuchte damals, weil es nicht „genug arische Arabisten“ gab, auch die deutsch-jüdische Forscherin Hedwig Klein für diese Arbeit zu engagieren, nachdem ihr Doktorvater, ihr alter Professor Arthur Schaade, für die unerhört begabte junge Frau geworben hatte, um sie vor der Deportation zu bewahren. Wehrs Wörterbuch erschien dann 1952. Er dankt im Vorwort auch dem Fräulein H. Klein. Über ihre Deportation und Ermordung in Auschwitz liest man nichts.

Das Amt und seine Vergangenheit im Nahen Osten ist bis heute noch nicht im Bewusstsein der deutschen Politik präsent. Wenn die neue deutsche Außenministerin Annalena Baerbock jetzt wieder an die Rolle des deutschen Außenamtes in der Nazizeit erinnert, so sollte auch diese Lücke in der Aufarbeitung endlich geschlossen werden.

Helfen könnte dabei ein alter Bekannter Fischers, der Spitzendiplomat Andreas Michaelis, den Ministerin Baerbock sich jetzt extra zurück aus London geholt hat. Michaelis kennt Israel seit 1992, er war schon zur Amtszeit Fischers bekannt für seine Umsicht, Klugheit und Integrität und seinen klaren Kompass im Konfliktfall Nahost und dann ab 2011 Botschafter Deutschlands in Israel. Michaelis ist jetzt also seit dem 3. Januar 2022 wieder Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Die andere ist Susanne Baumann. Seit Jahren bekannt für ihren Einsatz für Rüstungskontrolle. Die beiden beamteten Staatssekretäre stehen traditionell an der Spitze der Diplomatenhierarchie direkt unter dem jeweiligen Minister. Ein Bonmot sagt jedoch, dass es ziemlich egal sei, wer unter den Staatssekretären aktuell Minister ist. Es wird interessant sein, das weiter zu beobachten.

Berliner Senat startet Antisemitismus Kampagne: Ob die Botschaften auch an die muslimischen Judenhasser gerichtet sind?

Die Berliner Innensenatsverwaltung hat Plakate gegen Antisemitismus vorgestellt. Die Kampagne arbeitet vielfach mit höchst problematischen Akteuren. Ihre Nähe zur BDS-Szene erschüttert zwar ihre Glaubwürdigkeit, scheint aber nicht wirklich zu besorgen.

Von Paul Möllers

„Hinsehen, Erkennen und Handeln“ – so lautet das Motto einer Plakatkampagne gegen Antisemitismus der Senatsinnenverwaltung. Vorgestellt wurde zunächst die Kampagne „Das ist Antisemitismus“, mit der nicht Betroffene, sondern Zeugen angesprochen werden sollen. Die Ziele sind Sensibilisierung und Dunkelfelderhellung.

„Die Kampagne ruft anhand von vier vermeintlich alltäglichen Szenen dazu auf, auf Antisemitismus in jeder Form zu achten und Vorfälle zu melden“, heißt es in der Pressemitteilung und schon die Formulierung wirft Fragen auf: Was ist gemeint mit „vermeintlich alltäglichen Szenen“? Die vier Plakatmotive zeigen verschiedene Situationen: Einen älteren Mann, lachend beim Kartenspiel, einen bärtigen Rapper vor einem Mikrofon und einen Lehrer vor Schülern. Dazu liest man „Das ist Antisemitismus. Und kein Witz.“ und „Das ist Antisemitismus. Und kein Reim“. Im Filmclip zum Motiv mit der Unterrichtsszene liest man „Das ist Antisemitismus. Und keine These.“. Eine kleine Nachlässigkeit nur, aber hinweisend auf die insgesamt etwas verunglückte Konzeption der Kampagne. Dazu kommt die denkbar ungünstige Wahl an Partnern, die zu Prävention und Beratung eher ungeeignet scheinen. Davon später mehr.

Ein viertes Motiv zeigt in Nahaufnahme zwei Jungen beim Sport mit der Überschrift „Das ist kein Streit. Das ist Antisemitismus.“ Antisemitische Gewalt zu erkennen und anzuzeigen, dürfte auch für bislang nicht Sensibilisierte möglich sein, antisemitische Aussagen jedoch, oder Thesen, die Schülern u.U. im Unterricht präsentiert werden, hieb- und stichfest zu identifizieren, dürfte etwas schwieriger sein, wie die Diskussion etwa um die IHRA-Definition zeigt, der Arbeitsdefinition der „International Holocaust Remembrance Alliance“, oder die Diskussion um den BDS-Beschluss des Bundestages. Die Plakate versprechen immerhin vollmundig: „Antisemitismus hat viele Formen. Alle können erkannt werden!“

Berliner Antisemitismuskampagne soll auch in alltäglichen Situationen sensibilisieren.

Antisemitische Übergriffe an Schulen

Und wie ist die Aufforderung, Vorfälle zu melden, zu verstehen? Die Jüdische Allgemeine zitiert den Antisemitismusbeauftragten der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Sigmount Königsberg, der beklagt, dass viele Vorfälle nicht gemeldet würden. Er hat in seiner Funktion schon mit gravierenden Fällen von Antisemitismus an Berliner Schulen zu tun gehabt, konnte, wenn er dann von Lehrern, Eltern oder Schulleitung, was nicht immer selbstverständlich ist, mit einbezogen wurde, praktisch intervenieren und helfen, auch weiter sensibilisieren für dieses drängende Thema. Er lenkte auch den Fokus auf die Lehrerausbildung, die die Prävention von Antisemitismus noch vernachlässigt, oftmals auch ein Bewusstsein für das Problem vermissen lässt. Königsberg sagte auch, Antisemitismus fange nicht erst an, wenn es strafrechtlich relevant werde. Antisemitische Witze in der Kneipe oder im Sportverein zu erkennen, fällt unter Umständen schon schwerer, wie die Debatte etwa um die Kabarettistin Lisa Eckhart zeigt. Und würde man sie dann bei einer Behörde oder Meldestelle melden? Von einem „solidarischen Informationsverhalten zum Erfassen und Beobachten aller Formen von Antisemitismus“ ist die Rede. Eine Diskussion dürften die Plakatmotive aber in jedem Fall anstoßen.

„Expertinnen und Experten aus der Zivilgesellschaft“ und problematische Beratungsstellen

Die von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt angegebenen Beratungsstellen offenbaren dann allerdings ein strukturelles Problem, das sich leider nicht nur auf Berlin beschränkt: Man hat „Expertinnen und Experten“ aus „der Zivilgesellschaft“ zu Rate gezogen, auch „einen Fachbeirat aus der jüdischen Community“, Sigmount Königsberg gehört dazu, um dann ausgerechnet problematische Vereine miteinzubeziehen wie „ReachOut“ und „OPRA“. „OPRA - Psychologische Beratung für Opfer von antimuslimischem Rassismus, rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ und „ReachOut“ mit ähnlicher Selbstbeschreibung werden von Sanchita und Biplab Basu geleitet. Sanchita Basu ist Geschäftsführerin des Trägervereins der beiden Projekte und gründete den Migrationsrat Berlin mit. Biplab Basu berät wie sie bei „ReachOut“ und gründete die „Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt“ (KOP). Viele der Mitarbeiter von „ReachOut“ sind bei KOP aktiv. Außerdem gründete Biplab Basu das Bündnis „Death in Custody. Aufklärung der Todesumstände in Gewahrsamssituationen jetzt!“, bestehend aus u.a. der „Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland“ (ISD), „ReachOut“, EOTO e.V. und KOP.

Diffamierende Slogans

Die genannten Akteure und Organisationen sind bereits bekannt. So kommt es z.B. dazu, dass auf von Tahir Della (ISD) mit organisierten Demos eine Hamas-nahe Gruppe wie die PGD mitmarschiert oder eine „Aktivistin“ wie Fereshta Ludin bei „Unteilbar“. Sie verlor übrigens den Prozess, den sie angestrengt hatte, weil sie jemand eine Islamistin genannt hatte (die Jüdische Rundschau berichtete über den Anlass 2019). Der o.g. Migrationsrat Berlin wirbt mit Ludin. Antirassismus dient u.a. als Deckmantel, um z.B. für die Israel-Boykott-Bewegung BDS tätige Anwälte wie Nadija Samour und Ahmed Abed zu KOP einzuladen, Thema: „racial profiling“ der angeblich rassistischen Polizei. Samour war auch die Anwältin von Rasmea Odeh, deren geplanter Auftritt in Berlin schließlich jedoch abgesagt wurde. Ein Biplab Basu kommentiert auch bei der verwandten Initiative „Palästina spricht“ und teilt auf Twitter Beiträge über den „demografischen Krieg Israels gegen Palästina“ oder den „Amoklauf der israelischen Regierungsmaschinerie“.

Man fragt sich dabei, wie das alles mit der IHRA-Definition zusammengehen kann, die sich auch auf der Seite des Antisemitismusbeauftragten der Polizei zur Orientierung findet. Basu zeigt ebenfalls „Haltung“, wenn es etwa um den Polizeieinsatz in der Kölner Silvesternacht 2016 geht: „Das war purer Rassismus“, „Die Polizei lügt“. „Belltower News“, die journalistische Plattform der Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS), präsentierte die Kampagnen von KOP und „Death in Custody“ unkritisch. Mit „Migrantifa Berlin“ veranstaltete KOP/„Death in Custody“ Podiumsdiskussionen zu „Flucht“ und „rassistische Polizeigewalt“. „Migrantifa Berlin“ wurde von der Amadeu-Antonio-Stiftung verlinkt, rief auch schon für „Palästina spricht“ und „Samidoun“ auf, einer der PFLP nahestehenden „Palästinenserbefreiungsorganisation“. Ein weiteres Thema von Biplab Basus KOP ist „das Konstrukt der ‚Clankriminalität‘“, dazu sprechen o.g. Ahmed Abed und dessen Verbündeter Mohammed Chahrour. Vanessa E. Thompson, Rassismusforscherin und verbunden mit KOP und dem „Center for Intersectional Justice“, über das die JR ebenfalls schon berichtete, nahm auch schon teil an Israel-Boykott-Demonstrationen; sie zitierte Biplab Basu und seine Kampagne mehrfach in einem Beitrag für die Bundeszentrale für politische Bildung.

Die Basus sind nun mit ihren Beratungsstellen nicht nur aufgeführt bei der Dunkelfeldkampagne Antisemitismus, sondern auch bei der Kampagne gegen „antimuslimischen Rassismus“ - die sich unverzüglich anschloss an die Kampagne gegen Antisemitismus. Und hier hat die Senatsinnenverwaltung wohl kaum zufällig einen Partner wie „CLAIM-Allianz gegen Muslimfeindlichkeit“ gewählt. Denn bei „CLAIM“ handelt es sich um ein Bündnis, dass personelle Bezüge zu Akteuren des politischen Islam hat. Am prominentesten ist dabei wohl Farid Hafez, der für die Meldestelle von „CLAIM“, „I-Report“, eine Arbeitsdefinition des „antimuslimischen Rassismus“ beitrug. Er denunziert regelmäßig Forscher und Kritiker als „islamophob“, auch Susanne Schröter oder Seyran Ates sind betroffen, und verglich die Durchsuchungen bei österreichischen Akteuren mit mutmaßlicher Verbindung zur Muslimbruderschaft, er war Teil der Ermittlungen, mit der „Kristallnacht“.

Sollte das der Senatsinnenverwaltung wirklich unbekannt sein? Oder ist es die „starke Antirassismusfraktion“, die mitbestimmt, und von der auch Anetta Kahane, wenn auch nicht öffentlich, in ihrer Stiftung spricht?

„Yallah! Antimuslimischem Rassismus entgegentreten“ - Transaidency e.V.

Die Kampagne besteht ebenfalls aus vier Plakaten, Überschriften lauten: „Nach dem Freitagsgebet. Direkt bedroht. Jetzt Solidarität zeigen“ oder „Zum ersten Mal im Hörsaal. Jemand zieht am Kopftuch. Da gibt es was zu hören.“ Ein Motiv bringt Berliner Lokalkolorit hinein: „Samstag Abend im Späti. Ein Muslim wird angeschrien. Jetzt mutig widersprechen.“

Die angegebene Meldestelle ist „REDAR“, ein Projekt von Transaidency e. V.. Es arbeitet ebenfalls „rassismuskritisch“, es ist also von „Macht“, „Privilegien“ und dem „Anderen“ die Rede, der Rassismusbegriff ist mehr als unscharf zu nennen. Rassismus „versteckt sich unbewusst und unsichtbar in unser aller Handeln und Sprechen“. Fragen wie „Wo kommst du EIGENTLICH her?“ oder „Du machst Ramadan? Ist das nicht ungesund, den ganzen Tag nichts zu essen?“ sollen den „strukturellen AMR“ illustrieren. „Struktureller AMR“ sei auch, „aufgrund eines Kopftuches nicht in bestimmten Bereichen arbeiten [zu] dürfen“ - das ist auch zu lesen als eine Kritik am Berliner Neutralitätsgesetz. „REDAR“ verweist ebenfalls auf die problematischen Beratungsstellen „ReachOut“ und „ADAS“.

Natürlich gibt es auch rassistische Übergriffe auf Muslime, das ist keine Frage – nur ob da Erklämuster wie die von „REDAR“ weiterhelfen?

„Antimuslimischer Rassismus hat in Folge des 11. Septembers stark zugenommen. Durch die Thematisierung der Ereignisse in Medien wurden islamfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft geschürt.“

Die Kampagne der Innensenatorin und der Kommission Berlin gegen Gewalt überzeugt insgesamt mit ihrer Konzeption und den ausgewählten Partnern nicht. Was eventuell aufgebaut wurde im Bereich Antisemitismusprävention, wird mutwillig, so scheint es, wieder eingerissen. Von einer glaubwürdigen Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus kann man unter diesen Umständen kaum sprechen.

Deutsches Geld für die Taliban: Die Ampelregierung will Cannabis legalisieren

„Wo jetzt Opium angebaut wird, könnte künftig Hanf wachsen", ließ sich der Geschäftsführer des Cannabis Unternehmens CPharm Werner Zimmermann zitieren. Am 24. November 2021 haben die Taliban einen Vertrag mit der deutschen Firma abgeschlossen. Der Umstand, dass das Geld aus Deutschland in Zukunft direkt oder über Umwege zum Machterhalt der Taliban oder für den Terror gegen das eigene Volk in Afghanistan eingesetzt wird, scheint weder das Unternehmen noch unsere Politik zu bekümmern.

Von Vincent Steinkohl

NICOLAS ASFOURI / AFP

US-Soldaten befragen einen afghanischen Bauern, nachdem sie bei einer Suche nach Taliban ein Feld voller Marihuana-Pflanzen gefunden hatten.

Wer nach 16 Jahren unter der Ägide Angela Merkels und fast zwei Jahren "flattern the curve" vermutet hat, dieses Land hätte in Puncto Selbstsabotage langsam seinen Zenit erreicht, wurde einmal mehr eines Besseren belehrt. Die neue Ampelkoalition ließ in ihrem Ende November letzten Jahres veröffentlichten Koalitionsvertrag verlautbaren, man wolle eine "kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizensierten Geschäften" ermöglichen.

Prinzipiell kann ich die Gründe dafür durchaus nachvollziehen. Die Gefährlichkeit der berauschenden Pflanze ist im Vergleich zu Alkohol quasi nichtexistent, eine Legalisierung bei starker Besteuerung ähnlich wie bei Tabak und Alkohol würde die Staatskassen füllen und hunderttausende Konsumenten entkriminalisieren. Zudem könnte ein staatlich verordnetes "Reinheitsgebot", wie es auch für Bier gilt, die gesundheitlichen Risiken für die Konsumenten reduzieren und damit das dieser Tage viel diskutierte Gesundheitssystem entlasten.

Logistische Probleme und skurrile Lösungen

Weil Deutschland jedoch ein dicht besiedeltes Land mit großem Landwirtschaftssektor ist, offenbart sich bei der Umsetzung der Legalisierung zugleich ein Problem: Die Deutschen kiffen mehr, als sie selbst anbauen können und sind dementsprechend auf Importe angewiesen.

Wo lässt sich die begehrte Pflanze anbauen, welche Erdregion käme in Frage? Die Antwort auf diese Frage ist schnell gefunden: Überall und jede. Mit einer Stromversorgung und einem Gewächshaus ließe sich überall auf der Welt vergleichsweise unkompliziert das begehrte Grün züchten und ernten. Welches Land von allen Ländern dieser Welt hat man sich also ausgesucht? Ausgerechnet das von den Taliban beherrschte Afghanistan.

Am 24. November 2021 verkündete der Sprecher des Taliban-Innenministeriums Qari Saeed Khosti, der im Gegensatz zum ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump unbehelligt auf Twitter aktiv sein kann, man habe mit Vertretern der deutschen Firma CPharm einen Vertrag geschlossen. Und dies sogar am selben Tag, an dem die Ampelkoalition ihren Koalitionsvertrag inklusive der geplanten Cannabislegalisierung veröffentlicht hatte.

Zunächst sieht die Vereinbarung mit CPharm laut Khosti allerdings vor, dass das deutsche Unternehmen am Hindukusch eine Fabrik zur Verarbeitung von Cannabispflanzen „in Arzneimitteln und Cremes" errichten und dafür 450 Millionen Dollar investieren soll. Cannabis für den Rauch-Konsum solle später dazukommen.

Für CPharm könnte dies einen regelrechten Geldsegen bedeuten. Taliban-Sprecher Khosti schrieb, nach erfolgreichem Vertragsabschluss solle „das Cannabis des Landes nur an diese Firma gegeben werden".

Haschisch als Exportprodukt

Rauschgift hat in Afghanistan bereits eine lange Tradition: Bis zum sowjetischen Einmarsch 1978 war das Land ein beliebtes Reiseziel für Weltenbummler und Hippies, Haschisch war überall und ist es bis heute.

Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) berichtete zuletzt im November 2021, dass zwischen 2015 und 2019 Afghanistan weltweit den zweiten Platz hinter Marokko hinsichtlich der Herkunftsländer von beschlagnahmtem Haschisch belegt hatte. Schätzungen zufolge rauchten 2012 immerhin 8% der Bevölkerung des streng islamischen Landes regelmäßig Haschisch.

Da Haschisch allgemein weniger geächtet ist als der andere afghanische Export Schlager Heroin und eine sorgfältige Beobachtung in dem gefährlichen und weitläufigen Land kaum gewährleistet werden kann, sind die Zahlen internationaler Institutionen wie der UNO mit Vorsicht zu genießen.

Obwohl man sich über genaue Mengenangaben nicht sicher sein kann, wird gemeinhin vermutet, dass der Cannabisanbau in den letzten Jahren stark zugenommen hat.

Dass im Volksmund als "schwarzer Afghane" bekannte Haschisch vom Hindukusch gelangte bisher eher selten nach Europa, sondern wurde innerhalb der Region exportiert. Zu den größten Importeuren zählen aktuell Länder wie Indien, Pakistan, Iran, Russland und andere Staaten in Zentralasien.

Westeuropa hingegen wird aufgrund der geografischen Lage vornehmlich aus Marokko beliefert.

Geld stinkt nicht

Noch zu Beginn des Jahres 2020 hatten die Taliban in jenen Regionen, die sie damals schon beherrschten, ein Anbauverbot für Cannabis erlassen. Da jegliche bewusstseinsverändernden Substanzen in der islamischen Religion streng verboten sind, erhoffte man sich dadurch, den Konsum im eigenen Land im Sinne der allgemeinen Moral dezimieren zu können.

Da der Kampf gegen die Ungläubigen jedoch finanziert werden will und hungernde Menschen dazu tendieren, gegen ihre Regierung aufzubegehren, scheint man mittlerweile flexibler bezüglich der eigenen Dogmen geworden zu sein.

Innenministeriums-Sprecher Khosti äußerte sich optimistisch, dass mit der Investition aus Deutschland Arbeitsplätze entstehen würden und man mit den erhofften Cannabis Einnahmen der eigenen Bevölkerung unter die Arme greifen könne. Schätzungen zufolge leiden derzeit 80 Prozent aller Afghanen unter Armut, Tendenz steigend.

„Wo jetzt Opium angebaut wird, könnte künftig Hanf wachsen", ließ sich CPharm Geschäftsführer Werner Zimmermann zitieren.

Kritische Geister fühlen sich angesichts dieser öffentlich zur Schau gestellten Darstellung von Altruismus wohl an die zynischen Verlautbarungen der rot-grünen Bundesregierung jener Tage erinnert, die Deutschland in einen zwanzig Jahre andauernden Krieg geschickt hatte, um am Ende die Taliban durch die Taliban ersetzt zu wissen.

Die internationalen Sanktionen dürften es nach aktueller Rechtslage CPharm schwer machen, Gewinne aus Afghanistan zu verbuchen. Hierfür bräuchte es nämlich Ausnahmegenehmigungen vom US-Finanzministerium, und die US-Regierung hat aktuell wenig Interesse, die Taliban-Regierung zu unterstützen. Es bleibt spannend, ob das US- Mantra, wonach man nicht mit Terroristen verhandele sich gegen das ebenfalls beliebte Ideal der internationalen Wirtschaftshilfe für arme Länder durchsetzen kann, oder ob die Straßen von Berlin Friedrichshain in Zukunft völlig legal um den Duft afghanischen Haschischs bereichert werden.

Kopflose Außenpolitik

Dass Afghanistan wirtschaftlichen Aufschwung bitter nötig hat und der durchschnittliche Afghane durch Kooperationen dieser Art aus der Armut geführt werden kann, ist einleuchtend. Klar ist allerdings auch, dass die afghanische Regierung keine Regierung wie jede andere ist. Die Taliban sind Terroristen, die vor grausamen und barbarischen Bestrafungen ihrer Gegner nicht zurückschrecken. Mit Geld aus Deutschland festigt man ihre Position als unbestrittene Machthaber des Landes. Wer sich seit Jahren weigert, selbst verurteilte Gewalttäter nach Afghanistan abzuschieben, weil das Land nicht sicher sei, kann nicht auf der anderen Seite proaktiv dabei mitwirken, genau diese Zustände zu festigen. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Bundesregierung diesem Projekt einen Riegel vorschiebt, oder aber von der US-Regierung an der Durchführung gehindert wird. Eine Kooperation mit diesen Leuten wäre ein fatales Signal, gerade gegenüber oppositionellen Afghanen, Angehörigen von Opfern islamischen Terrors und auch den deutschen Sicherheitsbehörden, die sich seit 2015 regelmäßig mit den Folgen solch fragwürdiger Interaktionen herumschlagen müssen.

„Der Holocaust in den Augen der Künstler – der Schmerz bleibt“

Der Holocaust ist in tonnenschweren Akten dokumentiert, die Emotionen der Opfer und das Schrecken dieses Krieges haben Überlebende der Shoa in ihren Bildern festgehalten. Die Ausstellung im Russischen Haus in Berlin zeigt zum Andenken an die Opfer des Holocaust eine Sammlung von Werken, die teilweise auch Belege des Widerstands sind.

Von Filip Gašpar

Im Russischen Haus in Berlin wurde anlässlich des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust die Ausstellung „Der Holocaust in den Augen der Künstler – der Schmerz bleibt“ am 28. Januar eröffnet.

Organisiert wurde die Ausstellung von der Berliner Vereinigung „Lebendige Erinnerung“ in Zusammenarbeit mit dem Russischen Haus und dem Club Dialog e.V.

Der russische Botschafter in Deutschland Sergei Netschajew eröffnete die Ausstellung mit einer Ansprache. Anwesend waren auch Mitglieder der Berliner Vereinigung „Lebendige Erinnerung“.

In seiner Begrüßungsrede zur Eröffnung der Ausstellung zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust und zum Tag der vollständigen Befreiung Leningrads von der Belagerung sagte der Botschafter: „Es ist unmöglich, diese tragischen Ereignisse für unser Volk in Vergessenheit geraten zu lassen, und wir verteidigen konsequent diese historische Wahrheit, die nicht vergessen und schon gar nicht anders interpretiert werden kann“.

Danach wurden die Werke und ihre ausgestellten Künstler kurz vorgestellt. Man erfährt die Geschichte hinter den Bildern, die teils unter unmenschlichsten Bedingungen zustande gekommen sind.

Nach der feierlichen Eröffnung der Vernissage wurde der aus dem Jahre 1957 stammende Spielfilm „Leningrader Symphonie“ des Regisseurs Sachar Markowitsch Agranenko im Filmtheater des Russischen Hauses gezeigt.

Kunst als Beleg des Widerstands

Die Ausstellung zeigt die Werke von Künstlern, die die Shoa überlebt haben oder in den Konzentrationslagern ermordet worden sind, und darüber hinaus auch Arbeiten von zeitgenössischen Künstlern. Was ihnen angetan worden ist, haben sie versucht, in ihren Bildern darzustellen. Den Besucher erwarten rund 50 Gemälde und Zeichnungen von Künstlern aus sieben verschiedenen Ländern. Viele von ihnen aus Osteuropa. Darunter ist zum Beispiel der aus Weißrussland stammende Sinowi Schenderowitsch Tolkatschow (1903 – 1977), der selbst das Glück hatte kein KZ-Insasse zu sein. Als Soldat der Roten Armee kam er kurz nach der Befreiung von Auschwitz ins Lager und war vom Anblick schockiert. Als Absolvent und späterer Professor der Kunsthochschule in Kiew versuchte er alles in Auschwitz Gesehene zu Papier zu bringen. Entstanden sind Radierungen, die den Wahnsinn und den Schrecken der Shoa erahnen, aber niemals verständlich werden, lassen.

Eine ehemalige KZ-Insassin, die ihre Leiden künstlerisch verarbeitet hat und es auch in die Ausstellung geschafft, ist die tschechische Jüdin Helga Hošková-Weissová. Sie überlebte Auschwitz. Nach der Befreiung ging sie mit ihrer Mutter zurück nach Prag und wurde akademische Malerin. Ihre ausgestellten Werke sind in dunklen Farben gehalten. Ausgestellt werden auch die Bilder Felix Nussbaum, der in Auschwitz ermordet wurde und sein Hauptwerk in seinen letzten Lebensjahren vor seiner Verhaftung und Deportierung im Exil in Brüssel anfertigte. Sein Stil wird der Neuen Sachlichkeit zugeordnet und ist seinen belgischen Bekannten zu verdanken, die seine Werke vor der Vernichtung retteten.

Die Idee zur Ausstellung hatte Lea Sorina von der jüdischen Gemeinde Göttingen, die als Kind die Belagerung Leningrads, dem heutigen St. Petersburg, durch die deutsche Wehrmacht, überlebte. Sie hat die Werke zusammengetragen. Die Ausarbeitung der Ausstellung wurde von der Jüdischen Gemeinde Göttingen im Rahmen des Projekts „Spurensuche“ zum 80. Jahrestag der Reichskristallnacht vom 9. und 10. November 1938 erarbeitet. Das Computerdesign übernahm Mikhail Kobrin von der Hannoveraner Gesellschaft der Überlebenden der Leningrader Blockade.

Die eigenen Leidensgeschichten, die sich in den Werken manifestierten, sind zugleich auch Belege des Widerstands gegen den unmenschlichen Umgang mit den Lagerinsassen. Die Ausstellung will Material zum anschaulichen Verständnis des Holocausts bieten und das historische Gedenken bewahren.

Die Ausstellung ist noch bis Montag, den 14. Februar 2022, während der Öffnungszeiten des russischen Hauses in der Friedrichstraße 176-179 in Berlin zu sehen. Der Eintritt zur Ausstellung ist kostenlos.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Demokratie nach Art der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde – bezahlt aus Europa

Am 9. Januar 2005 fand in der sogenannten „Palästinensischen“ Autonomiebehörde die bislang letzte Wahl für das Amt des Präsidenten statt. Ungerügt von unserer westlichen Politik, regiert der Terrorfreund und mutmaßliche Mitfinanzierer des München-Attentats Mahmoud Abbas seither im 18. Jahr seiner zulässigen 4-jährigen Amtszeit. Die EU duldet diese Schmierenkomödie von Demokratie nicht nur, sie finanziert sie auch noch.

Von Maurice Hirsch (Redaktion Audiatur)

In Abschnitt 3(2) des Gesetzes der Palästinensischen Autonomiebehörde von 2007 über die allgemeinen Wahlen heißt es: „Die Amtszeit des Präsidenten beträgt vier Jahre. Er/sie darf nicht für mehr als zwei Amtszeiten gewählt werden“. Trotz des angeblichen Gesetzes der Palästinensischen Autonomiebehörde konnte Mahmoud Abbas im Januar den Beginn des 18. Jahres seiner ersten vierjährigen Amtszeit als Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde feiern.

In Vorbereitung der Wahlen 2005 gab der Zentrale Wahlausschuss der Palästinensischen Autonomiebehörde an, dass 1.760.481 Wähler registriert seien. Da die Hamas die Wahlen boykottierte, gaben in der Praxis nur 802.077 Wähler ihre Stimme ab. Von denjenigen, die ihre Stimme abgaben, stimmten wiederum nur 501.448 für Abbas. Mit anderen Worten: Abbas wurde von nur 28 % der wahlberechtigten Palästinenser gewählt.

Seit 2006 haben keine Wahlen für das Parlament der Palästinensischen Autonomiebehörde mehr stattgefunden. Obwohl Abbas im Dezember 2018 beschloss, das damals gewählte Parlament der Palästinensischen Autonomiebehörde aufzulösen und Neuwahlen innerhalb von sechs Monaten versprach, wurden innerhalb des von Abbas gesetzten Zeitrahmens keine solchen Wahlen abgehalten.

Im Januar 2021 kündigte Abbas schließlich an, dass im Mai 2021 Parlamentswahlen in der Palästinensischen Autonomiebehörde stattfinden würden. Als der Wahltermin jedoch näher rückte und Abbas klar wurde, dass seine zersplitterte Fatah-Partei gegen die Hamas verlieren würde, sagte er die Wahlen wieder ab.

Während die EU in ihrer eigenen „Gemeinsamen Strategie 2017 – 2020 für einen demokratischen und rechenschaftspflichtigen palästinensischen Staat“ die Einhaltung der „demokratischen Grundsätze“ und die „Abhaltung von Wahlen“ als „nicht verhandelbare Grundsätze“ bezeichnete, waren diese Forderungen in der Praxis nicht nur verhandelbar, sondern sogar völlig irrelevant.

Ungeachtet der Tatsache, dass seit über einem Jahrzehnt keine Wahlen mehr stattgefunden haben und das Parlament seit Mitte 2006 weder getagt noch gearbeitet hat, zeigen die Finanzunterlagen der Palästinensischen Autonomiebehörde, dass in den Jahren 2011 bis 2018 die Ausgaben für das „Zentrale Wahlkomitee“ rund 33 Millionen US-Dollar ausmachten. Ebenso gab die Palästinensische Autonomiebehörde nicht weniger als 108 US-Dollar für den „Legislativrat“, also das Parlament der PA, aus.

Im November 2021 weihten die Palästinensische Autonomiebehörde und die EU ein neues Gebäude für den zentralen Wahlausschuss der PA ein. Die EU hatte 6 Millionen Euro für das Gebäude gespendet. Angesichts der Tatsache, dass seit Jahren keine Wahlen mehr stattgefunden haben, könnte sich die EU zu Recht fragen, wofür ihr Geld verwendet wird.

Da es keine wirkliche demokratische Kultur gibt, wird die Palästinensische Autonomiebehörde nach dem Ausscheiden von Abbas aus dem Amt des Vorsitzenden höchstwahrscheinlich eine Zeit des Aufruhrs erleben. Palästinensischen Meinungsumfragen zufolge sind die führenden Kandidaten für die Nachfolge von Abbas als Vorsitzender der PA: Marwan Barghouti – ein verurteilter Terrorist, der unter anderem wegen seiner Beteiligung an der Ermordung von fünf Menschen eine lebenslange Haftstrafe in einem israelischen Gefängnis verbüßt – oder Ismail Haniyeh – der Chef der Hamas, die von Israel, den USA und der EU als Terrororganisation eingestuft wird.

Mahmoud Abbas

Würden die Parlamentswahlen auf der Grundlage der zu den später abgesagten Mai-Wahlen eingereichten Wahllisten abgehalten, würde die Hamas wie bei den Wahlen 2006 erneut die Mehrheit der Sitze im Parlament der Palästinensischen Autonomiebehörde erhalten.

Obwohl Robert Kennedy Jr. sagte: „Demokratie ist chaotisch, und sie ist schwierig. Sie ist niemals einfach“, hat sich die Demokratie nach Art der Palästinensischen Autonomiebehörde, in der Wahlen ein seltenes Ereignis sind, für Abbas und seine Mitstreiter in der Fatah-Partei bisher als einfach erwiesen.

70 Jahre diplomatische Beziehungen: Israel und Japan stellen Jubiläumslogo vor

Bereits seit 70 Jahren bestehen diplomatische Beziehungen zwischen Israel und Japan. Das für das Jubiläum geschaffene Logo greift wichtige Symbole der beiden Länder auf. Doch Japans Unterstützung für die „Palästinensische“ Autonomiebehörde trübt das Jubiläum.

Von Israelnetz

Israel und Japan feiern in diesem Jahr das 70-jährige Bestehen ihrer diplomatischen Beziehungen. 1952, vier Jahre nach der israelischen Staatsgründung, erkannte die japanische Regierung Israel an. Im gleichen Jahr eröffneten die Israelis eine offizielle Vertretung in Tokio. Die japanische Mission in Tel Aviv wurde zwei Jahre später eingeweiht. Seit 1963 gelten die beiden Auslandsvertretungen als Botschaften. Anlässlich des Jubiläums haben die Außenministerien von Israel und Japan am Mittwoch das offizielle Logo vorgestellt. „Dieses Logo drückt den gemeinsamen Wunsch aus, die bilateralen Beziehungen in Zukunft weiter zu fördern“, teilten sie mit. Die Beziehungen seien in den vergangenen Jahren auf der Grundlage einer 70-jährigen Freundschaft gediehen. Zur genauen Aussage des Logos gaben die Ministerien nichts bekannt. Es zeigt die Zahl 70 in einer Art Tuschezeichnung, wie sie in Japan verbreitet ist. Darunter steht „Japan-Israel“. Ein sechszackiger blauer Stern und ein roter Kreis runden das Design ab.

Das Logo zum Jubiläumsjahr

Die in den USA publizierte jüdische Nachrichtenseite „Jewish News Syndicate (JNS) zählt auf, was die Beziehungen fördert oder ihnen im Wege steht. Hinderlich ist demnach das japanische Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen. Als es am 29. November 1947 um den Teilungsplan für Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat ging, war Japan noch kein Mitglied der UNO.

Durban-Konferenz und Unterstützung für UNRWA

Doch die Autoren, der amerikanische Rabbiner und Japankenner Abraham Cooper und die japanische Übersetzerin Kinue Tokudome, konzentrieren sich auf die jüngste Vergangenheit. Als ein Beispiel nennen sie die umstrittene Durban-IV-Konferenz Mitte September in New York, die 38 Staaten wegen anti-israelischer und antisemitischer Tendenzen boykottiert hatten – aber nicht Japan. Zudem sei das Land einer der wichtigsten Geldgeber des UN-Hilfswerkes für „Palästina-Flüchtlinge“ in Nahost (UNRWA). Diesem wird unter anderem vorgeworfen, Hetze in palästinensischen Schulbüchern zu dulden. Ferner unterstütze Japan die Palästinensische Autonomiebehörde (PA), ohne deren Praxis der Terrorfinanzierung anzuprangern, heißt es weiter. Auch die freundschaftlichen Beziehungen des ostasiatischen Landes zum Iran werden thematisiert.

Netanjahu über Herzl

Israels früherer Premierminister und jetziger Oppositionsführer Benjamin Netanjahu trifft den Journalisten Gadi Taub zu einem Gespräch abseits der wechselhaften Tagespolitik. Der dienstälteste Regierungschef des jüdischen Staates reflektiert dabei über den von ihm bewunderten Theodor Herzl sowie dessen Weltbild und Vision von einem jüdischen Staat auf dem ureigenen historischen Gebiet des ursprünglichen Königreichs Judäa.

SEBASTIAN SCHEINER / POOL / AFP

Der damalige israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu beim Betrachten von Briefmarken-Postern, die den Stammvater des Zionismus Theodor Herzl abbilden.

Gadi Taub: Ich werde Sie vorstellen, falls die Leute Sie nicht kennen. Das ist Benjamin Netanjahu, ehemaliger Ministerpräsident Israels und jetziger Oppositionsführer. Wir haben uns vor diesem Gespräch darauf geeinigt, dass wir, anstatt uns in aktuellen Themen zu verzetteln, einen Schritt zurücktreten vom Lärm der Tagespolitik. Ich habe Sie gebeten, drei politische Führer zu nennen, die Sie als inspirierend empfinden. Zwei haben mich nicht überrascht, einer hingegen schon. Sie haben Winston Churchill, Theodor Herzl und Aaron Aaronsohn gewählt. Mit wem möchten Sie beginnen?

Benjamin Netanjahu: Mit wem möchten Sie beginnen?

Gadi Taub: Ich bin jederzeit für Churchill, aber die Bühne gehört Ihnen.

Benjamin Netanjahu: Sehen Sie, bis zu einem gewissen Grad ist Herzl wichtiger. Churchill war nicht der Schöpfer der jüdischen Revolution. Er hat sie unterstützt, doch er hat sie nicht kreiert. Herzl hat sie kreiert. Herzl ist ein Phänomen, dessen Einzigartigkeit, dessen Macht, schwer zu fassen ist. Es gibt ein Buch von Stefan Zweig, „Die Welt von gestern“. Kennen Sie dieses Buch?

Gadi Taub: Ja.

Benjamin Netanjahu: Er beschreibt sein Treffen mit Herzl, als Herzl der Herausgeber von ... war.

Gadi Taub: Der „Neuen Freie Presse“.

Benjamin Netanjahu: Er war nicht der Herausgeber der Zeitung, er war...

Gadi Taub: Er war Redakteur des Kulturteils.

Benjamin Netanjahu: Er war verantwortlich für den Kulturteil. Und Zweig beschreibt das Treffen mit Herzl. Und der junge Autor Zweig, der neunzehn oder zwanzig Jahre alt war, bringt Herzl einen großen Artikel, den er geschrieben hatte. Und Herzl liest und liest. Am Ende hebt er den Kopf und sagt zu ihm: „Willkommen, Herr Zweig, bei der Neuen Freien Presse“. Und Zweig fühlte sich, als sei er in den Tempel aufgenommen worden.

Und Zweig beschreibt Herzl. Seine Macht, seine Tiefe und die Art und Weise, wie er die Massen erobert hat. Zweig ist übrigens nicht zum Zionisten geworden. Er floh schließlich nach Lateinamerika, wo er Selbstmord beging. Die „Welt von gestern“ gab es nicht mehr.

> Ein enormer Prozentsatz der italienischen Nationalisten waren Juden.

Gadi Taub: Sie war nicht mehr.

Benjamin Netanjahu: Das war eine Vision von Europa: der wunderbare, liberale, demokratische Ort, an dem die Kultur das Böse besiegen würde? Zweig sah, wie sich alles in Rauch auflöste. Also beging er Selbstmord. Zweig ist kein Zionist geworden. Aber er beschreibt, wie die jüdischen Massen auf den Tod von Herzl reagierten. Herzl starb natürlich sehr jung, im Alter von 44 Jahren. Und die Massen kamen zur Beerdigung. Menschenmassen! Sie kamen aus Bulgarien, sie kamen aus Osteuropa, und einige kamen sogar aus dem Westen. [Sie fürchteten, es sei alles umsonst gewesen, und die Menschen sagten: „Das war‘s. Der Messias ist gestorben. Die Erlösung ist gestorben.“

Gadi Taub: In der Wissenschaft können wir sagen, dass es zwei Herzls gibt. Die Pariser Interpretation und die Wiener Interpretation. Was machte Herzl zu einem Zionisten? War es der Dreyfus-Prozess? Oder war es die Wahl von [dem bekennenden Antisemiten] Karl Lueger [zum Bürgermeister] von Wien? Denn in [Paris] geht es um Antisemitismus in seiner einfachen Form. Aber die Wiener Interpretation besagt, dass die Gesellschaft umso mehr zum Nationalismus neigt, je demokratischer sie wird. Je mehr Rechte die Tschechen bekommen, desto weniger sind sie bereit, ihre Kinder in einer deutschen Schule lernen zu lassen. Der Nationalismus entsteht also aus der Demokratisierung. Und das ist für Herzl bis zu einem gewissen Grad sowohl das Problem als auch die Lösung. Es ist für ihn bedrohlich. Aber er folgert daraus auch, dass der Nationalismus auch die Lösung für die Juden ist. Auf welcher Seite stehen Sie: dem Herzl von Wien oder dem Herzl von Paris?

Benjamin Netanjahu: Ich denke, dass ihn beide Städte, beide Phänomene beeinflusst haben. Im Allgemeinen verstand Herzl, was das jüdische Problem war. Sie hatten ein Problem. Solange sie im Mittelalter in Ghettos eingesperrt waren, waren sie eingeschränkt. Sie konnten verprügelt werden. Und jetzt kommt die neue Welt, mit der Aufklärung, alles ist offen, alles ist in Ordnung. Aber Herzl schrieb ja Stücke über Juden, die tatsächlich im Ghetto blieben, auch wenn sie das Ghetto verließen. Er hat das verstanden.

Und da kam die Frage: Wie geht man mit der Judenfrage um? Die anderen Nationen werden schließlich auch befreit. Der Völkerfrühling 1848, und alles, was im 19. Jahrhundert geschah – der bekannte Aufstieg des europäischen Nationalismus. Und die Juden sagten: „Nun, es gibt zwei Möglichkeiten, das jüdische Problem zu lösen.“ Erstens, den Nationalismus abzuschaffen, was der Ansatz der Sozialisten und vor allem der Kommunisten war, unter denen die Juden sehr dominant waren.

Gadi Taub: Und heute einige der Progressiven und Globalisten.

Benjamin Netanjahu: Es ist Teil der Antwort auf das jüdische Problem. Ich habe keinen Zweifel, dass auch Marx davon beeinflusst wurde. Der Weg, das jüdische Problem zu lösen, besteht darin, nicht nur das Judentum, sondern auch den Nationalismus abzuschaffen, indem man beide ganz allgemein in einer wunderbaren Internationale auflöst. Das ist eine Lösung. Der zweite Weg war die Assimilierung an den Nationalismus der anderen Nationen. Sie sehen zum Beispiel im Risorgimento in Italien eine enorme Anzahl von Juden. Wie viele Juden gab es überhaupt in Italien? Ein enormer Prozentsatz der italienischen Nationalisten jedoch waren Juden. Das Gleiche sehen Sie in anderen Ländern. Mit anderen Worten, wir werden die Judenfrage nicht lösen, indem wir den Nationalismus durch die Kommunistische Internationale

beenden, sondern indem wir uns dem Nationalismus anderer anschließen.

Und Herzl verstand: Das eine wird nicht funktionieren und andere wird auch nicht funktionieren. Man kann den Nationalismus nicht beenden. Man kann seinen eigenen Nationalismus stärken oder wiederbeleben, um – und hier war er einzigartig – die praktischen Werkzeuge zu schaffen, die für einen Wiederaufbau des nationalen Lebens in einem Gebiet sorgen würden. Er wollte es im Land Israel. Er verstand die territoriale Notwendigkeit, die Notwendigkeit der Regierung, die wirtschaftliche Notwendigkeit. All diese Elemente – er war wirklich einzigartig. Es ist schwer zu verstehen, wie außergewöhnlich dieser Mann war.

Aber ich möchte speziell auf Wien eingehen, da Sie es angesprochen haben. Vor ein paar Jahren habe ich etwas entdeckt, das mich begeistert hat. Sie wissen von Herzls Treffen mit Mark Twain? Ich habe diese Geschichte über die „Frau in Gold" [von Gustav Klimt] gelesen. Als ich sie las, entdeckte ich, dass Herzl Mark Twain getroffen hatte! Und sie wurden Freunde. Twain kam Ende des 19. Jahrhunderts nach Wien, da war er schon ein älterer Mann, und Herzl war ein junger Dramatiker.

Gadi Taub: Twains Frau war krank. Sie reisten durch Europa, um Kurorte zu finden.

Benjamin Netanjahu: Ich habe mich immer über diesen Aufsatz von Mark Twain [„Über die Juden" (1899)] gewundert. Ein sehr kraftvoller Aufsatz. Er schrieb darüber, wie es den Juden mit einer Hand auf dem Rücken gelang, alle Reiche zu überwinden und zu überleben: die Griechen, die Römer, die Byzantiner. Und der Jude stand da, und besiegte sie alle. Und was für einen erstaunlichen Beitrag haben sie für die Menschheit geleistet.

Ich habe mich gefragt, woher er das hat? Hat er ein paar jüdische Kaufleute in Missouri getroffen? In Mississippi? Das war mir nicht klar. Und später habe ich herausgefunden, woher es kam. Es kam von seiner Begegnung mit den Juden in Wien, Herzls Wien. Die Juden dort erreichten eine kulturelle Blüte und einen finanziellen und klassenmäßigen Erfolg, der unbeschreiblich war. Innerhalb weniger Jahrzehnte eroberten sie die kulturelle Welt Wiens.

Und als Twain kam, traf er all diese Genies, eines nach dem anderen. Freud. Andere. Sie waren alle da! Und er war fassungslos. Er sah sie, und dann schrieb er über die Juden und ihren Beitrag zur Menschheit. Und er glaubte an diese Macht, die die Zukunft der Juden und damit auch die Zukunft der Menschheit begründen konnte.

Und dann traf er Herzl. Und Herzl hatte eine ganz andere Meinung. Er sagte, dass die Prominenz der Juden auch ihre Schwäche sei. Sie waren prominent und schwach. Sie hatten keinen wirklich unabhängigen Status. Sie hatten keine Möglichkeit, den Antisemitismus zu bekämpfen. Im Gegenteil, ihre Prominenz lud geradezu zu Angriffen ein. Wenn man auffällt, wenn man erfolgreich und schwach ist, zieht man die Schläge förmlich an.

Hier trennten sich ihre Wege. Während Twain den Juden gegenüber optimistisch war, war Herzl sehr pessimistisch. Er betrachtete sie als ein riesiges Kartenhaus: dieses wunderbare, goldene, glänzende Ding, das von den Juden in Wien gebaut wurde. Er sagte, es wird zusammenbrechen. Und er hatte Recht. Er hat es kommen sehen. Und in diesem Sinne sah er, was andere – ich weiß nicht, ob sie es einfach nicht sahen, oder sich weigerten, es zu sehen. Er verstand, dass alles nur heiße Luft war, dass es keine Bedeutung hatte.

Gadi Taub: Das Buch von Shlomo Avineri über Herzl [Theodor Herzl and the Founding of the Jewish State] ist faszinierend. Avineri schreibt Herzl tatsächlich eine weitere Enttäuschung zu, nämlich die Enttäuschung über den Liberalismus. Kaiser Franz Joseph [von Österreich] war alles in allem großzügig zu den Juden gewesen. Und die Wiener Juden dachten, dass es zu einer Liberalisierung kommen würde, dann würde sich ihre Situation verbessern, und sie würden in der Gesellschaft besser akzeptiert werden. Und deshalb war die Wahl [von Lueger zum Bürgermeister von Wien] für Herzl so traumatisch. Denn mit den Rechten kam mehr Antisemitismus.

Benjamin Netanjahu: Ich möchte hier noch etwas hinzufügen. Herzls Verständnis war in erster Linie strukturell. Er verstand, dass die Juden ihr besonderes Problem, ihre Nationalität, nicht dadurch lösen konnten, dass sie sich einem anderen Nationalismus anpassten oder den Nationalismus per se abschafften. (Sie mussten) ihre eigene Nationalität aufbauen. Das verstand er.

Aber er verstand auch, dass eine Zeituhr lief. Er verstand, dass Europa gewaltige Umwälzungen erleben würde – dass dieses antisemitische Feuer sich ausbreiten und sie auslöschen würde. Er sprach von der Katastrophe.

> Er verstand, dass Europa gewaltige Umwälzungen erleben würde – dass dieses antisemitische Feuer sich ausbreiten und sie auslöschen würde. Er sprach von der Katastrophe.

Gadi Taub: Daher der Uganda-Plan (der von Herzl entwickelt wurde, um einen jüdischen Staat in Ostafrika zu gründen)

Benjamin Netanjahu: Er hatte Recht! Es war notwendig, die Juden herauszuholen! Er hat das verstanden. Sehen Sie, viele Leute waren dagegen. Auch mein Großvater war als Delegierter des [zionistischen] Kongresses [wo Herzl den Plan vorschlug] dagegen. Er war in dieser Frage und nur in dieser Frage gegen Herzl. Mein Großvater war nicht der Meinung, dass die Juden im Rahmen des nationalen Projekts, das Herzl gefordert hatte, irgendwo außerhalb des Landes Israel konzentriert werden sollten.

Und hier gibt es schwierige Fragen. Logisch gesehen hatte Herzl recht. Es wurde [in Ostafrika] keine „nächtliche Zwischenstation" eingerichtet; es gab keine Zufluchtsstadt. Und wir wissen, was mit den Juden geschah [infolgedessen]. In diesem Punkt lag er richtig. Aber war es andererseits möglich, den Zionismus zu schaffen, die Juden nach Uganda zu bringen und von dort aus in Richtung Sinai und dann in das Land Israel zu ziehen?

Doch Herzl verstand, dass dafür keine Zeit war. Er wusste, dass diese Kräfte die Juden auslöschen würden. Aber es fiel ihm schwer, die Dringlichkeit zu erklären. Es gelang ihm nicht, die Juden von der Dringlichkeit zu Handeln zu überzeugen. Er wollte es selbst tun. Er sagte, dass das Osmanische Reich zusammenbrechen würde. Er sah es. Er wartete mit einem Zeitmesser, einer Stoppuhr.

Er stand mit einer Stoppuhr da und wartete auf den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches mit dem Plan, auf dessen Trümmern einen souveränen Staat im Land Israel zu errichten. Er war tatsächlich ein Genie mit großer prophetischer Kraft. Und diese Kraft beruhte auf rationalen analytischen Fähigkeiten - vielleicht sogar in gewissem Sinne übermäßig rationalen Fähigkeiten.

Gadi Taub: Und eine sehr seltsame Persönlichkeit. Herzl macht sich aus eigenem Antrieb zum Vertreter des jüdischen Volkes. Und er geht zu Verhandlungen, und verspricht dem Sultan die Schulden des Osmanischen Reiches zu bezahlen – und das zu einer Zeit, in der er ein Telegramm nach Wien schicken muss, in dem er mitteilt, dass er kein Geld für eine Zugfahrkarte hat, um nach Hause zu kommen! Welchen Eindruck haben Sie von seinem Charakter als jemand, der sich selbst in den Status eines Anführers erhoben hat?

Benjamin Netanjahu: Ich glaube, er hat nicht an sich selbst gedacht, sondern an sein Volk. Er hat wirklich an sein Volk gedacht, und zwar in der reinsten Form, die möglich war. Mein Vater [Benzion Netanyahu] gab einige von Herzls Schriften heraus, als er 26 war. Er sammelte Herzls Schriften, seine politische Bibliothek und die von [dem Philosophen und frühen Zionistenführer Max] Nordau. Nordau hatte übrigens großen Einfluss auf Herzl. Die Frage der „Degeneration", wie er sie im Titel seines berühmten Buches nannte. Nordau sah die Prozesse, von denen Sie sprechen, und wie sich der Liberalismus zum Totalitarismus entwickelte. Nordau verstand dies sehr genau.

Und Herzl verstand, was Nordau verstand. Die Partnerschaft zwischen diesen beiden Genies war der Motor des Zionismus. Ich bezweifle, dass es Herzl ohne Nordau gelungen wäre, das aufzubauen, was er tat. Zwei große Kräfte, die sich wirklich für dieses Unternehmen eingesetzt haben. Sie haben gefragt, was Herzl angetrieben hat? Was ihn antrieb, war, nennen wir es „die Vision". Wenn wir Vision sagen, meinen wir immer eine Vision im positiven Sinne. Die positive Vision der Erlösung der Nation, der Souveränität und all das.

Aber Herzl sah die Vision des Albtraums. Und er verstand, dass er die Vision der Wiederherstellung brauchte, um die Vision des Albtraums zu verlassen. Aber er hatte keine Zeit. Er verstand, dass er keine Zeit hatte. Anders als Twain, der die Juden ohne Probleme aufsteigen sah, und anders als die anderen Juden im Westen, die zumeist dachten: Fortschritt, Aufklärung, Liberalismus sind da.

Sie werden uns beschützen. Herzl hat verstanden, Nordau hat verstanden. Im Grunde verstanden sie, was [sein russischer zionistischer Vorläufer Leon] Pinsker verstand, ohne Pinsker zu lesen.

Als er den „Judenstaat" schrieb, hatte er Pinsker nicht gelesen. Und Pinsker ist eine weitere große Persönlichkeit, die von Russland aus auf den Osten blickte und verstand, was mit den Juden geschehen würde – und die wirklich die gleiche Lösung fand. Man kann [Herzl und Pinsker] mit Newton und Leibniz vergleichen, die beide die Infinitesimalrechnung erfanden, ohne vom anderen zu wissen. Aber sie verstanden die Realität und das Leben: Wenn die Juden nicht ihre eigene Souveränität für sich selbst errichten – ihren eigenen Staat auf ihrem eigenen Territorium – werden sie verloren sein.

Nun, solche Dinge am Ende des 19. Jahrhunderts zu sagen – in einer Zeit, in der die ganze Welt blüht und sich ausbreitet und das Gute im Menschen zum Ausdruck kommt – war etwas sehr Extremes. Es gab also einen antisemitischen Prozess in Paris? Ein Antisemit wurde in Wien zum Bürgermeister gewählt? Die meisten Leute sagten: „Es gibt keinen Grund zu übertreiben."

Übersetzung aus dem Englischen von Vincent Steinkohl

Zuerst erschienen im Mosaic Magazine

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau", möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau" bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

ISIS wird erneut zu einer wachsenden Bedrohung für Israel und die Welt

Das Kalifat mag gefallen sein, aber der Krieg gegen ISIS ist offensichtlich noch lange nicht vorbei. Die Dschihadisten erholen sich nahezu ungehindert und verstärken aufs Neue ihre menschenverachtende Aggression.

Von Yochanan Visser/Israel Heute

Tauseef MUSTAFA / AFP

Demonstranten in Kaschmir mit der Fahne des sogenannten „Islamischen Staates"

Die Gruppe Islamischer Staat (Daesh auf Arabisch, gemeinhin als ISIS bezeichnet) ist aus den Schlagzeilen der Medien verschwunden, aber das bedeutet nicht, dass die dschihadistische Organisation selbst auch verschwunden ist. Israel sollte vor allem über eine Entwicklung besorgt sein, die sich in dieser Woche im Libanon ereignet hat, wo Daesh-Terroristen, die aus Syrien kommen, nun versuchen, sich einzunisten.

Der derzeit mächtigste Zweig von ISIS ist Wilayat Khorasan (Islamischer Staat Pakistan, oder ISP), ein Zweig, der in Pakistan gegründet wurde und später seine Aktivitäten auf Afghanistan ausdehnte, wo er nun versucht, das neue Taliban-Regime zu terrorisieren.

Dieser ISIS-Ableger hat im vergangenen Monat Anschläge gegen die Taliban in den Provinzen Logar, Nangarhar und Kunar verübt. Die Taliban ihrerseits griffen ISP-Stellungen in den Städten Kabul, Jalalabad und Kandahar an.

In der Hauptstadt Kabul töteten Taliban-Kräfte am 19. Dezember letzten Jahres einen Selbstmordattentäter der ISP, bevor sich der „Märtyrer" vor der Passbehörde in die Luft sprengen konnte, wo eine große Menschenmenge darauf wartete, Reisedokumente zu erhalten, um aus Afghanistan zu fliehen.

Die Taliban kündigten nun an, sie würden „Märtyrerbrigaden" aufstellen, eine Truppe von Selbstmordattentätern, die in die afghanische Armee integriert und für „Spezialoperationen" eingesetzt werden sollen, so Taliban-Sprecher Zabihullah Mudschahid.

Pakistan und die Bedrohung durch nukleare Dschihadisten

Wilayat Khorasan (ISP) versucht ebenfalls, die pakistanische Regierung durch Terroranschläge zu schwächen, während die Taliban dasselbe versuchen.

Der lokale Taliban-Ableger Tehreek-i-Taliban Pakistan (TTP) hat seine gewalttätigen Aktivitäten wieder aufgenommen, nachdem ein einmonatiges Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung am 9. Dezember 2021 ausgelaufen war.

Die dschihadistischen Aktivitäten in Pakistan sind äußerst besorgniserregend, da das muslimische Land über ein Arsenal an Atomwaffen verfügt.

Eine Übernahme Pakistans durch die TTP oder die ISP wäre für die Welt noch gefährlicher als ein atomar bewaffneter Iran, denn das Regime von Ayatollah Ali Khamenei verhält sich rationaler als diese dschihadistischen Gruppen.

ISIS im Libanon

Inmitten des anhaltenden Chaos im Libanon versucht ISIS, sich im Lande zu etablieren, indem sie Terroristen aus Syrien und dem Irak einschleust und unzufriedene junge Libanesen rekrutiert.

Eine Gruppe von 65 libanesischen Jugendlichen aus Tripoli schloss sich kürzlich den Reihen der ISIS an, die ihre terroristischen Aktivitäten im Nordlibanon verstärkt hat und an einem Schusswechsel mit einem libanesischen Armeeoffizier beteiligt war.

ISIS bietet jedem dieser jungen Libanesen 1.500 Dollar und fordert sie im Gegenzug auf, sich an terroristischen Aktivitäten in Syrien und im Irak zu beteiligen.

Die libanesische Zeitung Al-Akhbar berichtete letzten Monat, dass ISIS eine beträchtliche Menge an leichten und schweren Waffen (Panzerfäuste und Mörser) sowie Munition in den Libanon geschmuggelt hat.

Israel im Visier

Es muss betont werden, dass die Quds-Truppe des Korps der Islamischen Revolutionsgarden Irans nicht der einzige Akteur im Nahen Osten ist, der Israel vernichten will.

Auch ISIS erklärte die Vernichtung des jüdischen Staates zu einem seiner Ziele, wie der getötete Anführer Abu Bakr al-Baghdadi erklärte, als sein Kalifat noch auf dem Vormarsch war.

Die dschihadistische Gruppe hat bereits im Juni 2017 einen Terroranschlag in Israel verübt, als eine palästinensische Terrorzelle in der Altstadt von Jerusalem einen Angriff mit Schusswaffen auf israelische Grenzpolizisten verübte, der zum Hinterhalt und zur Ermordung der Polizistin Hadas Malka führte.

Einige arabische Medien warnen nun, dass die Präsenz von ISIS im Libanon zu einer neuen Bedrohung für Israel werden könnte, da sie versprochen hat, sich dem „Marsch auf al-Quds (Jerusalem) anzuschließen."

Aufruhr im Irak

Nachdem die USA am 9. Dezember letzten Jahres das Ende ihres Kampfeinsatzes im Irak bekannt gegeben hatten, verstärkte ISIS sofort seine terroristischen Aktivitäten in dem vom Krieg zerrütteten Land.

Nach dem Untergang des Kalifats gruppiert sich ISIS sowohl im Irak als auch in Syrien langsam neu, bildet Schläferzellen und führt einen Guerillakrieg (Harb al isabat) gegen irakische und westliche Truppen.

Zwischen Januar 2020 und September 2021 meldete ISIS im Irak durchschnittlich 90 Operationen pro Monat an, was zeigt, dass die Terrororganisation weiterhin eine sehr aktive und tödliche Kraft ist.

Allein in Irakisch-Kurdistan verübte ISIS im Jahr 2021 257 Terroranschläge, bei denen 387 Menschen starben, 518 verletzt und 37 entführt wurden. Die 79 Nationen umfassende US-geführte Koalition gegen ISIS reagierte darauf mit 626 Gegenangriffen.

Der neue ISIS-Anführer Abu Ibrahim al-Qurashi hält sich zwar bedeckt, ist aber für die Umstellung auf den Guerillakrieg und den Anstieg der Terroranschläge verantwortlich, seit die USA ihren Kampfeinsatz im vergangenen Jahr beendet haben.

Beobachter befürchten, dass jetzt das Gleiche geschieht wie 2011, als der damalige US-Präsident Barack Obama sein Versprechen einlöste, das US-Militär vollständig aus dem Irak abzuziehen.

Der Rückzug der US-Armee führte rasch zum Aufstieg von ISIS, das 1999 von dem jordanischen Dschihadisten Abu Musab al-Zarqawi gegründet wurde, als er Al-Qaida die Treue schwor.

Al-Zarqawis Gruppe beteiligte sich am ersten Aufstand nach dem Einmarsch der USA in den Irak im Jahr 2003 und war die Hauptverantwortliche für die Zerstörung der irakischen Stadt Falludscha bei der zweiten Offensive der US-geführten Koalition gegen Al-Qaida im November und Dezember 2004.

Der jüngste ISIS-Anschlag im Irak fand am Donnerstag statt, als Selbstmordattentäter Soldaten in der Stadt Abukamal an der syrischen Grenze angriffen und dabei acht irakische Soldaten töteten und zahlreiche weitere verletzten.

ISIS-Aktivitäten in Syrien

Auch in Syrien gilt ISIS weiterhin eine ernstzunehmende Kraft. Das Assad-Regime versucht, die von ISIS ausgehende Gefahr zu verringern, indem es die Mitglieder und ihre Familien in den Irak ausweist und russische Luftangriffe auf Stellungen der dschihadistischen Organisation in Ostsyrien anfordert.

Assad beschloss die Ausweisung der ISIS-Mitglieder in den Irak nach einer Reihe von Morden im berüchtigten Flüchtlingslager Al-Hol, in dem viele mit der Gruppe verbundene Familien leben und in dem im vergangenen Jahr mindestens 90 Morde von ISIS-Dschihadisten verübt wurden.

Der jüngste Mord an einem syrischen Sanitäter, der für den kurdischen Roten Halbmond in Al-Hol arbeitete, war höchstwahrscheinlich der Auslöser für die Entscheidung, 110 ISIS-Familien aus dem Lager auszuweisen.

Am Donnerstag tötete die russische Luftwaffe in der ostsyrischen Wüste elf ISIS-Dschihadisten und verwundete 20 weitere, als diese auf dem Weg waren, die Stadt Deir Ezzur anzugreifen.

Allein im Jahr 2021 verübte ISIS 342 Terroranschläge in Syrien, bei denen 228 Zivilisten und 135 syrische Soldaten und andere Sicherheitskräfte getötet wurden. Unter den Opfern befanden sich auch Mitglieder der kurdisch geführten Syrischen Demokratischen Kräfte.

Die Zunahme der Aktivitäten von ISIS sowohl in Syrien als auch im Irak bis Ende 2021 wurde vom Pentagon vorausgesagt, das im September letzten Jahres einen Bericht über ISIS veröffentlichte.

In dem Bericht hieß es, dass ISIS nach einem Rückgang der Aktivitäten in den Monaten vor September höchstwahrscheinlich „die Aktivitäten im kommenden Quartal nach einer Phase der Erholung und des Wiederaufbaus verstärken wird."

Dies alles zeigt, dass der Krieg gegen ISIS noch lange nicht zu Ende ist, und daher scheint die Entscheidung, den Kampfeinsatz gegen die Dschihadisten im Irak zu beenden, verfrüht zu sein.

Degussa
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE

Degussa fördert eine unabhängige jüdische Presse in Deutschland!

Nicht nur einseitige Hilfe für Israel: Die Militärkooperation zwischen den USA und dem jüdischen Staat ist ein Gewinn für beide Seiten

Die militärischen Investitionen der USA in Israel bringen nicht nur eine taktische Rendite ein. Die USA profitieren auch von dem konsequenten Vorgehen Israels gegen die terroristische Hamas. Der Umfang der Geheimdienstinformationen aus Israel übersteigt die Informationen aller NATO-Staaten zusammen.

Von Yoram Ettinger

Samuel Corum / AFP

Als US- und Israelfahne dekorierte Kekse beim Besuch des israelischen Verteidigungsministers Benny Gantz bei seinem amerikanischen Amtskollegen Lloyd Austin im Verteidigungsministerium am 9. Dezember 2021 sind Ausdruck einer tiefen Freundschaft

Die bemerkenswerte Leistung des von den USA und Israel gemeinsam produzierten mobilen Allwetter-Raketenabwehrsystems Iron Dome – während des Gaza-Krieges gegen Hamas-Terroristen im Mai 2021 – war ein weiterer Meilenstein in der für beide Seiten vorteilhaften Allianz zwischen den USA und Israel angesichts gegenseitiger terroristischer Bedrohung und bei der Jagd nach Spitzentechnologien.

Der Iron Dome wurde vollständig von Israel entwickelt und größtenteils finanziert und von Israel und (größtenteils) den USA gemeinsam hergestellt. Nach Abschluss der Entwicklung durch das israelische Unternehmen RAFAEL wurde die Fertigung des bahnbrechenden Iron Domes mit dem US-Unternehmen Raytheon geteilt, was den USA viele Jahre und Megamilliarden Dollar an Forschung und Entwicklung erspart hat.

Darüber hinaus hat die Leistung von Iron Dome während des jüngsten Gaza-Krieges das Interesse mehrerer Länder (z. B. Südkorea, Japan, Singapur, Indien, Polen, baltische Staaten und lateinamerikanische Länder) geweckt, das System zu erwerben, was die US-Exporte steigern und die Beschäftigungsbasis der US-Rüstungsindustrie erweitern wird.

Weiterhin kann die US-Armee ihren aktuellen Bestand an zwei Iron Dome-Batterien erweitern und dabei die Kampferfahrung Israels – das die Leistung des Iron Domes systematisch verbessert hat – nutzen, um die Verteidigung ihrer eigenen Soldaten voranzutreiben.

Hamas – eine gegenseitige Bedrohung für Israel und die USA

Israels jüngster Krieg im Gazastreifen richtete sich gegen die islamischen Terroristen der Hamas, einen Stellvertreter der iranischen Ayatollahs, deren Machete jedem pro-amerikanischen arabischen Regime an die Gurgel geht und deren strategisches Ziel es ist, den Persischen Golf, den Nahen Osten und mehr zu beherrschen, indem sie die USA zu überwältigen suchen.

Die Hamas ist ein Zweig des globalen terroristisch-politisch-sozialen Netzwerks der Muslimbruderschaft und ein Vorbild für Unterdrückung und Terrorismus, das seine politischen Gegner von den Dächern und Türmen in Gaza stürzt.

Sowohl die Hamas als auch die Muslimbruderschaft – wie der Gründer der Muslimbruderschaft, Hassan al-Banna, ihr Schlüsselstratege Sayyid Qutb und ihre oberste zeitgenössische Autorität, Yusuf al-Qaradawi, zum Ausdruck brachten – betrachten Israel als eine „ungläubige", illegitime Einheit in der „Heimat des Islam". und ein strategischer Brückenkopf der USA. Sie haben sich einem „Heiligen Krieg" gegen den jüdischen Staat verschrieben, um das auf dem Koran basierende Mega-Ziel voranzubringen, die Welt unter einer universellen islamischen Gesellschaft zu beherrschen, was die (friedliche oder gewalttätige) Unterwerfung des „ungläubigen" Westens unter den Islam erfordert. Daher die Vielzahl der Organisationen der Muslimbruderschaft von Pakistan im Osten bis nach Süd- und Nordamerika im Westen.

> Die Muslimbruderschaft betrachtet die Migration von Muslimen in den Westen als eine Taktik, um die „Ungläubigen" zu überwältigen.

So erklärte Yusuf al-Qaradawi, dass „der Islam nach zweimaliger Vertreibung als siegreicher Eroberer nach Europa zurückkehren wird. Diesmal wird es keine Eroberung durch das Schwert sein, sondern durch das Predigen und Verbreiten der [islamischen] Ideologie. Die Ausbreitung des Islam, bis er die ganze Welt erobert, ebnet den Weg zur Rückkehr des islamischen Kalifats …"

Die Muslimbruderschaft betrachtet die Migration von Muslimen in den Westen als eine Taktik, um die „Ungläubigen" zu überwältigen, genau wie die Migration (Hijra) von Muhammed im 7. Jahrhundert von Mekka nach Medina, die den Weg pflasterte für die Etablierung des islamischen Imperiums von der Arabischen Halbinsel bis nach Spanien.

Prof. Albert Hourani, ein führender Historiker des Nahen Ostens an der Universität Oxford (A History of the Arab Peoples, S. 445-446), schrieb, dass die Grundsätze der Muslimbruderschaft „eine totale Ablehnung aller Gesellschaftsformen außer der gänzlich Islamischen… die die souveräne Autorität von [Allah] akzeptiert haben…. Die Führung des westlichen Menschen in der Welt geht zu Ende …"

Darüber hinaus bestimmt Artikel 8 der Hamas-Charta, dass „der Dschihad [heiliger Krieg] der Weg der Hamas ist und der Tod um Allahs Willen der erhabenste Wunsch …". Artikel 13 besagt: „Es gibt keine Lösung für das palästinensische Problem außer den Dschihad …". Artikel 31 stellt fest, dass „die drei monotheistischen Religionen – Islam, Christentum und Judentum – Seite an Seite unter der Ägide des Islam leben können …".

Die Rendite der jährlichen US-Investition in Israel

- Im Oktober 2021 und Januar 2020 warnte der israelische Geheimdienst die USA vor iranischen Drohnen- und Raketenangriffen auf US-Militäranlagen in Südsyrien und im Irak. 200 US-Soldaten (in Syrien) und 1.500 US-Soldaten (im Irak) konnten wirksamen Schutz suchen.
- Der Umfang der mit den USA geteilten israelischen Geheimdienstinformationen übersteigt die Geheimdienstinformationen aller NATO-Staaten zusammen. Sie enthalten Daten über den globalen Terrorismus und die nuklearen und ballistischen Programme des Iran; Islamischen Terrorismus, der auf die USA und pro-amerikanische arabische Regime abzielt; Kampftaktiken und militärische Systeme von US-Rivalen und Feinden; Von Israel entwickelte Technologien und Kampftaktiken, die feindliche Fähigkeiten neutralisieren; sowjetische nuklear bestückte Interkontinentalraketen; etc.
- Laut General George Keegan, ehemaliger Leiter des Geheimdienstes der Luftwaffe: „Ich hätte die [aus Israel er-

haltenen] Informationen nicht mit fünf CIAs beschaffen können." Das Jahresbudget der CIA beträgt rund 15 Milliarden Dollar.

• Israel ist das kostengünstigste, kampferprobteste Labor der US-Rüstungsindustrie, das (mit großer Dankbarkeit!) Hunderte von US-Militärsystemen einsetzt und mit den US-Herstellern Erkenntnisse (zu Betrieb, Wartung, Reparaturen) teilt, die als Upgrades integriert werden. Diese Upgrades verbessern die globale Wettbewerbsfähigkeit der USA, ersparen den USA Milliarden von Dollar und viele Jahre Forschung und Entwicklung, steigern die US-Exporte und halten die US-Beschäftigungszahlen hoch. Laut Lockheed-Martin (ehemals GD) hat Israels Einsatz der F-16 über 700 Upgrades gebracht, was für den Hersteller eine Mega-Milliarden-Dollar-Goldader war. Eine ähnliche Goldgrube hat sich für McDonnell-Douglas, Hersteller der F-15, geöffnet. Die Vorteile für die USA, die sich aus der ausgeklügelteren und teureren F-35 ergeben, sind noch wesentlich höher.

• Laut dem verstorbenen Admiral Elmo Zumwalt und General Alexander Haig ist „Israel der größte US-Flugzeugträger, der keine amerikanischen Soldaten an Bord benötigt, nicht versenkt werden kann und in einer wirtschaftlich und militärisch äußerst kritischen Region eingesetzt wird, um den USA die Notwendigkeit, weitere echte Flugzeugträger und zusätzliche Bodendivisionen herzustellen, einzusetzen und zu warten, was die USA jährlich etwa 15 Milliarden Dollar kosten würde, zu ersparen."

• Die Formulierung der US-Kampftaktiken basiert weitgehend auf der Kampferfahrung Israels. So werden beispielsweise Spezialeinheiten (auf dem Weg in den Irak und zuvor nach Afghanistan) und Spezialisten für urbane Kriegsführung in Israel ausgebildet. Die US-Luftwaffe profitiert stark von gemeinsamen Manövern mit der israelischen Luftwaffe, die über viel mehr Kampferfahrung verfügt und Licht auf die weitreichenden Fähigkeiten von in den USA hergestellten Kampfflugzeugen wirft.

• Israel ist ein äußerst innovatives Zentrum (nach den USA) von mehr als 200 riesigen US-amerikanischen Hightech-Unternehmen, die Forschungs- und Entwicklungszentren betreiben und sich die Intelligenz der Start-up-Nation zunutze machen.

• Israel ist ein einzigartiger Handels- und Armeemultiplikator für die USA, der die strategische Hand der USA ohne die Präsenz von US-Truppen ausdehnt (im Gegensatz zu Europa, Südkorea und Japan), während es regionale Schurkeneinheiten, die die USA und pro-amerikanische arabische Regime bedrohen, abschreckt und ihnen zuvorkommt.

Das israelische Raketenabwehrsystem „Iron Dome" (rechts) und das amerikanische Flugabwehrraketensystem „Patriot" (links).

Israels Meilensteine

1948 widersetzten sich das Außenministerium, das Pentagon, die CIA, die New York Times und die Washington Post der Gründung des jüdischen Staates, da sie ihn als schwache pro-sowjetische Einheit betrachteten, die einer arabischen Offensive nicht standhalten könne; eine Belastung für die USA.

• Der präventive militärische Sieg Israels von 1967 löschte das Militär des damaligen pro-sowjetischen Ägypten aus, das darauf abzielte, jedes pro-amerikanische arabische Öl produzierende Regime zu stürzen, zu einer Zeit, als die USA stark vom Öl aus dem Persischen Golf abhängig waren. Er ersparte den USA einen großen wirtschaftlichen und nationalen Sicherheitsrückschlag und versetzte der UdSSR einen schweren Schlag. Israel wurde von einer falsch wahrgenommenen geostrategischen Last zu einem geostrategischen Kräftemultiplikator, der eroberte sowjetische Militärsysteme (einschließlich Boden-Luft-Raketenbatterien und Panzer) und bahnbrechende Kampftaktiken mit den USA teilte.

> „Der Umfang der mit den USA geteilten israelischen Geheimdienstinformationen übersteigt die Geheimdienstinformationen aller NATO-Staaten zusammen."

• Im Dezember 1969 entführte eine israelische Kommandoeinheit das fortschrittlichste sowjetische P-12-Radarsystem aus Ägypten und transferierte seine Technologien in die USA (ein geschätzter Wert von 3 Milliarden Dollar), was die Fähigkeiten der amerikanischen Rüstungsindustrie und der Streitkräfte verbesserte.

• In den Jahren 1966, 1968 und 1989 erwarb Israel (durch übergelaufene arabische Piloten) Mig-21, 17 und 23, die mit den USA geteilt wurden, was die Fähigkeiten der US Air Force verbesserte.

• 1970 demonstrierte Israel seine effektive Abschreckungshaltung, als es das pro-sowjetische Syrien zwang, seine Invasion im pro-amerikanischen Jordanien abzubrechen, indem es seine Militärpräsenz an der syrisch-israelisch-jordanischen Grenze (den Golanhöhen) – auf Wunsch der USA – verstärkte, zu einer Zeit, als die USA in Südostasien festgefahren waren.

• 1981 zerstörte Israel den Atomreaktor des Irak und ersparte den USA damit eine potenzielle nukleare Konfrontation im Golfkrieg von 1991.

• Die Verwandlung des Iran (1978/79) und der Türkei (2003) von bevorzugten Verbündeten zu Hauptfeinden/Gegnern der USA hat Israel als den einzig effektiven, zuverlässigen und demokratischen Verbündeten der USA im Nahen Osten hervorgehoben.

• 2007 zerstörte Israel den syrisch-iranisch-nordkoreanischen Atomreaktor, was der Welt einen potenziellen nuklearen Bürgerkrieg in Syrien erspart hat.

• Seit 2010 hat der arabische Tsunami die arabische Straße traumatisiert und die Rolle Israels als einzigartiger Verbündeter der USA vor dem Hintergrund der inhärenten innerarabischen Gewalt, Instabilität, Unvorhersehbarkeit und schwachen Natur arabischer Regime, Politiken und Abkommen unterstrichen.

• Im Jahr 2022 könnten die USA ihre Militärpräsenz im Persischen Golf beenden, wenn es in dieser Region eine israelähnliche Einheit gäbe.

Israels Qualitativer Militärischer Vorteil (QMV) kommt den USA zugute

• Israels QMV hat dessen Stellung als US-Brückenkopf und Kraftmultiplikator – ohne Bedarf an US-Soldaten – in der von Natur aus explosiven Kreuzung von Europa-Asien-Afrika zwischen dem Mittelmeer, dem Roten Meer, dem Indischen Ozean und dem Persischen Golf, die ein Epizentrum des regionalen und globalen islamischen Terrorismus, der Verbreitung ballistischer Technologien und des Drogenhandels ist, verbessert.

• Israels QMV hat dessen Leistung als kosteneffektives, kampferprobtes Labor für die US-Rüstungsindustrie und die US-Streitkräfte gestärkt, indem es den USA viele Jahre und Megamilliarden-Dollar an Forschung und Entwicklung erspart, die US-Exporte erhöht, die US-Beschäftigung ausgedehnt und die Formulierung der US-Kampftaktiken verbessert hat.

• Israels QMV hat Israels Abschreckungshaltung gegenüber islamischen Terrororganisationen und Schurkenregimen, die die USA und alle pro-US-arabischen Regime ins Visier genommen haben, verstärkt.

• Israels QMV hat die Manövrierfähigkeit des Iran, Syriens und Russlands in Syrien und im Libanon eingeschränkt und dient als kritische Verteidigungslinie für das höchst anfällige pro-US haschemitische Regime in Jordanien.

• Israels QMV hat die regionale Instabilität reduziert, die Bedrohung durch regionale Kriege und Terrorismus verringert und gleichzeitig die relativ gemäßigten und pro-amerikanischen arabischen Regime dazu verleitet, Frieden und Normalisierung mit Israel zu suchen.

• Israels QMV – angesichts der iranischen Ayatollahs – hat die arabischen Golfstaaten motiviert, die Beziehungen zu Israel dramatisch zu verbessern.

• Israels QMV hat relativ schnelle und entschlossene Militäroperationen erleichtert – mit geringeren Verlusten für beide Seiten – was den Umfang der israelisch-arabischen Konflikte regional und global begrenzt hat.

• Israels QMV erleichtert einen allmählichen Rückzug des US-Militärs aus dem Nahen Osten, während Israels militärische Fähigkeiten die geostrategische Lücke füllen.

• Israels QMV ist kein wirksamer Ersatz für die Topografie der Golanhöhen und der Bergkämme von Judäa und Samaria (der Westbank), die den geografischen Teil entlang des Mittelmeers von Israel vor 1967 dominieren. Israels qualitativer militärischer Vorsprung von heute könnte morgen ausgelöscht werden, doch Israels topografischer Vorsprung von heute wird morgen ein topografischer Vorsprung bleiben.

Zum Abschluß

Die oben genannten Daten bestätigen erneut die Tatsache, dass die jährlichen 3,8 Milliarden US-Dollar eine äußerst produktive Investition – nicht Auslandshilfe – in Israel darstellen, die den USA eine jährliche Rendite von mehreren hundert Prozent einbringt. Dies ist die produktivste Investition der USA.

Somit stellen die Beziehungen zwischen den USA und Israel eine für beide Seiten vorteilhafte Zweibahnstraße dar, wobei der Zufluss von Vorteilen aus Israel in die USA von Tag zu Tag zunimmt.

aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Aura Herzog, Mutter des israelischen Präsidenten, im Alter von 97 Jahren verstorben

Die Mutter des israelischen Staatsoberhaupts, Jitzchak Herzog, engagierte sich in mehreren Bereichen für ihr Land: Im Militär, aber auch für Kultur und Umwelt. Sowohl ihr Ehemann als auch ihr Sohn wurden Träger hoher politischer Ämter.

Von Ulrich W. Sahm und Elisabeth Lahusen

Die Mutter des israelischen Staatspräsidenten Jitzchak Herzog, Aura Herzog, ist tot. Sie starb am 10. Januar im Alter von 97 Jahren. Sie war eine prominente Persönlichkeit des öffentlichen Lebens und langjährige soziale Aktivistin. Aus Anlass des Todes veröffentlichte das staatliche Presseamt Angaben zu ihrer Biografie. Demnach wurde die Verstorbene 1924 als Aura Ambache in Ägypten geboren. Ihre Eltern Leah und Simcha Ambache stammten aus den heute israelischen Städten Jaffa und Motza. Der Nachname ist eine Abkürzung des hebräischen Satzes: „Ani Ma'amin beEmuna Schlema". Das heißt „Ich glaube mit vollem Glauben". Es bezieht sich auf die 13 Glaubenssätze des jüdischen Religionsphilosophen Mosche Ben Maimon. Er lebte im 12. Jahrhundert und ist auch bekannt unter dem Namen Maimonides. Die Eltern wurden während des Ersten Weltkriegs von den Türken vertrieben und erreichten Ägypten über Jaffa. Sie hatten vier Kinder. Die ältere Schwester, Susi Ambache, heiratete später den verstorbenen Diplomaten und ehemaligen Außenminister Abba Eban. Aura wuchs in Ismailia und Kairo auf. Sie studierte Mathematik und Physik an der Witwatersrand-Universität in Südafrika.

Auswanderung nach dem Studium

Nach dem Bachelor-Abschluss wanderte sie 1946 ins damalige britische Mandatsgebiet Palästina aus und trat der Haganah bei, dem Vorläufer der israelischen Armee. Im selben Jahr wurde sie in die erste Klasse der Diplomatenkadettenschule der Jewish Agency gewählt. 1947 heiratete sie Chaim Herzog. Das Ehepaar bekam vier Kinder: Joel Herzog, Brigadegeneral a. D. Michael (Mike) Herzog – Israels Botschafter in Washington DC –, Präsident Jitzchak Herzog und Ronit Herzog, eine klinische Psychologin. Sie hatten elf Enkel und fünf Urenkel. Im Unabhängigkeitskrieg diente Aura Herzog als Offizierin in der Nachrichtendienstabteilung und später im Wissenschaftskorps. Bei einem Terroranschlag auf das Gebäude der Nationalen Institutionen im März 1948 wurde sie schwer verwundet.

Erste israelische Umweltorganisation gegründet

In den Jahren 1950 bis 1954 und 1975 bis 1978 lebte die Familie in den Vereinigten Staaten. Denn Chaim Herzog war als Militärattaché und Botschafter Israels bei den Vereinten Nationen tätig. Aura Herzog war 1958 Generalsekretärin des Komitees zur Feier des ersten Jahrzehnts des Staates Israel. In diesem initiierte sie das Bibelquiz, das seitdem jedes Jahr stattfindet. Sie diente als Generaldirektorin des Rates für Kunst und Kultur (1959–1968) und gründete 1969 den Rat für ein schönes Israel. Dieser war die erste Umweltorganisation des jüdischen Staates, die sie 40 Jahre lang ehrenamtlich leitete. Im Jahr 1971 veröffentlichte sie ihr Buch „Die Geheimnisse der Gastfreundschaft", darin geht es um Sitten und Gebräuche. Von 1983 bis 1993 war ihr Ehemann Chaim Herzog der sechste Präsident des Staates Israel. Nach seinem Tod im Jahr 1997 gründete und leitete sie die Chaim-Herzog-Stiftung zum Gedenken an sein Werk und sein Vermächtnis.

Die Fahnen im Haus des israelischen Präsidenten wurden zu Ehren von Aura Herzog auf halbmast gesetzt.

Eine Hypothek für die Zukunft: Israels Sicherheit als Teil der deutschen Staatsräson

Aufgrund der weiterhin bestehenden großen Bedrohungslage des jüdischen Staates erlaubt Deutschland den Export von drei U-Booten. In neun Jahren soll das erste U-Boot geliefert werden.

Von Israelnetz

Der israelische Staat hat im Januar den Kauf von drei deutschen U-Booten bestätigt. Das deutsche Unternehmen ThyssenKrupp, mit Standort Kiel, erhielt den Auftrag, drei neue U-Boote der Klasse „Dakar" für Israel zu bauen, auszuliefern und die Unterwasserschiffe zu warten. Die U-Boote werden laut Pressemitteilung von ThyssenKrupp mit der fortschrittlichsten und innovativen Technik ausgestattet. Insgesamt belaufen sich die Kosten des Deals auf knapp drei Milliarden Euro.

Der Generaldirektor des Verteidigungsministeriums, Amir Eschel, und der Vorstandsvorsitzende von ThyssenKrupp, Rolf Wirtz, unterschrieben den Vertrag im Verteidigungsministerium in Tel Aviv. In neun Jahren soll das erste der drei U-Boote an der israelischen Küste ankommen. Die zwei weiteren sollen wenige Jahre später geliefert werden. Außerdem umfasst der Kaufvertrag den Bau eines Trainingssimulators in Israel, damit die israelische Marine das Manövrieren der Boote lernen kann.

Verteidigungsminister Benny Gantz (Blau-Weiß) zeigte sich erfreut über den Vertragsabschluss mit dem deutschen Unternehmen. Die Beschaffung „reiht sich in eine Reihe von Maßnahmen ein, die wir im vergangenen Jahr zu Ausrüstung und Stärkung der Armee ergriffen haben", schrieb Gantz auf Twitter. Weiter dankte der Minister der deutschen Regierung und äußerte sich zuversichtlich, dass die neue U-Boot-Flotte die Sicherheit Israels in der Region verbessert.

Kauf sollte schon 2017 über die Bühne gehen

Der Plan, deutsche U-Boote zu kaufen, war kein neuer. Der jetzige Vertragsabschluss begründet sich auf einer Kaufabsicht Israels von 2017. Seinerzeit wurde das Rüstungsgeschäft allerdings auf Eis gelegt, da Korruptionsvorwürfe bei U-Boot-Geschäften öffentlich wurden. Der damalige Premier Benjamin Netanjahu (Likud) galt damals zunächst als Verdächtiger, die Vorwürfe gegen ihn wurden später aber fallen gelassen. Staatliche Mitarbeiter jedoch sollen U-Boot-Geschäfte gegen den Willen des Militärs und des Verteidigungsministeriums durchgesetzt haben.

Die aktuelle Regierung unter Premier Naftali Bennett (Jamina) hat angekündigt, dass sie eine Untersuchungskommission zur U-Boot-Affäre einsetzten möchte. Deutschland hatte den anvisierten Deal anfänglich auf Korruption geprüft, stellte die Untersuchung 2021 aber ein. Der jetzige U-Boot-Deal sei von jeder Korruption ausgeschlossen, erklärten die Verantwortlichen. Friedensbewegungen sehen den maritimen Kauf als Gefahr, denn nach technischem Stand könnten die neuen U-Boote in Israel laut Experten auch mit Atomwaffen aufgerüstet werden.

Deutschland unterstützt Rüstungsgeschäft

Schon in den Vereinbarungen von 2017 wurde deutlich, dass der deutsche Staat sich an dem Kauf der U-Boote beteiligen möchte. Die Regierung begründet das eigene Engagement mit der Sicherheit Israels. Deutschland stehe in einer besonderen Verantwortung, die Sicherheit des jüdischen Staates zu gewähren. „Ha'aretz" berichtet, dass Deutschland bis zu 570 Millionen Euro der Finanzierung beiträgt. Trotz einer Kostensteigerung von etwa 1,8 Milliarden auf knapp drei Milliarden Euro sei die Bundesregierung allerdings nicht bereit, den deutschen Anteil zu erhöhen.

Deutschland hat Israel bisher insgesamt sechs U-Boote aus Kiel verkauft. Die ersten drei Exemplare der Klasse „Dolphin" wurden in den 1990er Jahren gebaut und nahmen bis Anfang 2000 ihren Dienst in Israel auf. Die zweite Hälfe der deutschen Verteidigungsschiffe ist zwischen 2012 und 2017 vom Stapel gelaufen. Das zuletzt gebaute U-Boot wird voraussichtlich dieses Jahr in den israelischen Gewässern den Dienst antreten. Die neuen drei U-Boote sollen ab 2031 die älteren Modelle „Dolphin" ersetzen.

Weltraumforschung: Israel schließt sich der NASA an

Der Jüdische Staat ist der 15. Unterzeichner des Artemis-Abkommens. Die internationale Initiative soll die Erforschung des Weltraums durch den Menschen fördern. Israel unterstützt Astronauten und Wissenschaftler bei der Ausbildung für eine mögliche Mars-Mission

Von Israel Heute

Israel ist am 26. Januar 2021 offiziell den von der NASA geleiteten Artemis-Abkommen beigetreten, einer internationalen Rahmenvereinbarung zur Förderung der Erforschung des Weltraums durch den Menschen.

Die Online-Unterzeichnungszeremonie wurde von NASA-Administrator Senator Bill Nelson und dem Leiter der Israelischen Weltraumbehörde (ISA), (res.) Brigadegeneral Uri Oron, durchgeführt.

Erst kurz zuvor war die Ilan Ramon International Space Conference zu Ende gegangen, eine jährliche Veranstaltung im Rahmen der israelischen Weltraumwoche, die neue Generationen von Israelis ermutigen soll, sich an der Erforschung des Weltraums zu beteiligen.

Israel ist die 15. Nation, die das Abkommen unterzeichnet hat. Neben den Vereinigten Staaten sind die anderen 13 Länder Australien, Brasilien, Kanada, Italien, Japan, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Polen, Südkorea, die Ukraine, die Vereinigten Arabischen Emirate und das Vereinigte Königreich.

Das unmittelbare Ziel des Artemis-Abkommens ist die Rückkehr von Menschen auf den Mond bis 2025. Von dort aus soll die Erforschung des Weltraums ausgeweitet werden.

MENAHEM KAHANA / AFP

In der Wüste Negev in Israel simulieren israelische Astronauten beim „D-Mars Projekt" Weltraumexperimente für eine zukünftige internationale Mars-Mission.

Das israelische Raumfahrtprogramm hat in letzter Zeit viel von sich reden gemacht. Eine Reihe von Israelis ist bei der NASA an großen Projekten wie dem James-Webb-Teleskop beteiligt, Israel unterstützt Astronauten und Wissenschaftler bei der Ausbildung für eine mögliche baldige Mars-Mission. 2019 landete SpaceIL fast erfolgreich ein Raumschiff auf der Mondoberfläche.

Hätte Israel diese Landung geschafft, wäre es neben den USA, Russland und China die einzige Nation, die jemals auf dem Mond gelandet ist. Der jüdische Staat beabsichtigt, es erneut zu versuchen.

Saudische Zeitung ernennt Rabbiner zum Stamm-Kolumnisten

Als Zeichen der Annäherung zum Staat Israel und der jüdischen Welt hat die saudische Zeitung „Arab News" kürzlich Rabbiner Marc Schneier zum regelmäßigen Kolumnisten ernannt.

Von Israel Heute

Als weiteres Zeichen der Annäherung zwischen Saudi-Arabien, dem Staat Israel und der jüdischen Welt hat die saudische Zeitung Arab News kürzlich Rabbiner Marc Schneier zum regelmäßigen Kolumnisten ernannt. Rabbi Schneier ist der erste Rabbiner, der als regelmäßiger Kolumnist für eine saudische Zeitung schreibt.

Arab News ist die führende englischsprachige Zeitung, die in Saudi-Arabien und am Persischen Golf erscheint. Schneier wird zweimal wöchentlich für die Zeitung über eine Vielzahl von Themen schreiben: interreligiöser Dialog, Israels Beziehungen zum Golf, kulturelle Fragen im Zusammenhang mit der jüdischen und muslimischen Welt und mehr.

In seiner ersten Kolumne forderte er die arabischen Länder auf, Präsident Biden in Sachen amerikanischer Außenpolitik im Nahen Osten nicht aufzugeben. „Dies zeigt eine wachsende Akzeptanz des Judentums und des Staates Israel durch die Saudis", so Rabbi Schneier. „Es ist ein weiterer Ausdruck des Wandels, den der Nahe Osten gegenüber den Juden und Israel durchmacht."

Es ist nicht überraschend, dass eine saudische Zeitung die erste ist, die einen Rabbiner als regelmäßigen Kolumnisten beschäftigt. „Wir sollten uns daran erinnern, dass die ganze Welle der wachsenden Bindungen am Golf mit dem ehemaligen König von Saudi-Arabien begann, der 2008 die erste interkontinentale Konferenz einberief. Er wollte, dass der Islam auf andere westliche Religionen zugeht, insbesondere auf das Christentum und das Judentum. Ich habe mich an dieser Entwicklung beteiligt, die Teil der herzlichen Akzeptanz der abrahamitischen religiösen Traditionen ist. Sie ist Teil des gesamten Prozesses des Wandels und der Transformation, der sich am Golf vollzieht."

Bryan Bedder / Getty Images North America / Getty Images via AFP

Rabbi Marc Schneier

Rabbi Marc Schneier ist ein bekannter amerikanischer Rabbiner, der die Foundation for Jewish-Muslim Interfaith gegründet hat und leitet. In den vergangenen 15 Jahren wurde Rabbi Schneier in den Palästen von Saudi-Arabien, Oman, Bahrain, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten herzlich empfangen. Rabbi Schneier wurde von der Zeitschrift Newsweek als einer der 50 einflussreichsten Rabbiner in den USA bezeichnet. Er ist Rabbiner der Hampton-Synagoge in New York und einer seiner Spitznamen in den USA ist „der Promi-Rabbiner". Er dient als Berater des Königs von Bahrain und besucht häufig die Golfstaaten.

The Jazz Singer

Die gelungene Integration und Emanzipation der ersten Generation jüdischer Einwandererkinder aus Osteuropa und ihr prägender Einfluss auf die amerikanische Musik- und Filmkultur.

Von Simone Schermann

Auf der Suche nach einer neuen Heimat, einer gesicherten wirtschaftlichen Existenz, einhergehend mit der Sehnsucht nach Freiheit und nach einem Leben ohne Angst vor Pogromen, welchen sie in ihrer alten Heimat ausgesetzt waren, strömten die Juden Osteuropas nach Amerika. Man kann von einer Massenauswanderung aus den ostjüdischen Shtetln nach Übersee sprechen, da allein zwischen 1881 und 1914 eine breite Welle von über zwei Millionen Immigranten die USA erreichte. Mehr als 60 % aus Russland und etwa 20% aus Österreich-Ungarn stammende Einwanderer, wählten so den Weg in die „gildene medine"- jiddisch für goldenes Land.

Die Juden Russlands waren im ausgehenden 19. Jahrhundert Verfolgungen ausgesetzt, die an Umfang und Grausamkeit alles, was bis dahin in der Neuzeit an Antisemitismus in Erscheinung getreten war, übertrafen. Die Hoffnungen auf den Reform-Zaren Alexander II. nahmen mit seiner Ermordung 1881 ein jähes Ende, als eine Pogromwelle über Russland hinwegfegte, die der Auftakt für eine systematische und staatlich gelenkte Judenverfolgung sein sollte.

Mit der Ankunft in der Neuen Welt wurden die Juden vor die große Herausforderung gestellt, sich entweder in die amerikanische Gesellschaft einzugliedern oder weiter in der mitgebrachten ostjüdischen Ghettowelt zu leben. Die Mehrheit wählte einen Mittelweg: Sie adaptierten die Lebensweise der amerikanischen Gesellschaft, gründeten aber auch zahlreiche Synagogen und amerikanisch-jüdische Landsmannschaften, die ein beträchtliches Maß an kulturellem, sozialem und religiösem Leben gewährleisteten.

Die jüdischen Einwanderer erreichten ein Amerika, das die enorme Migrationsbewegung aber auch dringend brauchte. Sie etablierten sich in der Schwer- und in der Textilindustrie, und viele stiegen bald in den wohlhabenderen Mittelstand auf. Ein Bereich, in dem die jüdischen Einwanderer im Gegensatz zu anderen Einwanderergruppen prozentual überdurchschnittlich erfolgreich waren, war das Gebiet der Dienstleistungen. Schaut man auf die großen Metropolen der Ostküste, so lag der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit vorwiegend in der Versorgungs-, Bekleidungs-, vor allem aber in der Unterhaltungsindustrie.

Filmplakat „The Jazz Singer" aus dem Jahr 1927

Ein Film als Zeitzeuge

Die amerikanische Film- und Unterhaltungsbranche steckte noch in ihren Kinderschuhen, aber die amerikanische Gesellschaft befand sich aus mehrfacher Hinsicht am Ende des 19. Jahrhunderts im Umbruch. Hohe Zuwanderungsraten, zahlreiche technische Neuerungen wie elektrische Straßenbeleuchtung und öffentliche Verkehrsmittel ließen Metropolen mit Millionenbevölkerung entstehen. Unter der maßgeblichen Beteiligung der jüdischen Immigranten an der Entwicklung der amerikanischen Unterhaltungsindustrie entstanden Film- und Vaudevillevorführungen.

The Jazz Singer beginnt mit einer vertonten Kamerafahrt durch die Straßen der Lower East Side von New York: „It is a typical East Side business street at the height of day's activities, a street that is lined with pushcarts, sidewalk vendors and little stores, with its milling shoppers, its petty marketing arguments, its unkempt kids playing in the streets heedless of consequence…"

Im Untertitel: „The New York ghetto, the daily life of which throbs to the rhythm of music that is as old as civilization."

Wir machen Bekanntschaft mit der neuen-alten Welt. Das Ghetto des Ostens wurde in die USA verlagert, die Menschen, „the ghetto folks" fühlen sich zwischen den Marktständen und jüdischen Straßenhändlern wie zu Hause. Die Kinder laufen verwahrlost auf der Straße herum, aber das Leben pulsiert im Rhythmus des Jazz. Im Gegensatz zum Film, der einen fast romantisierenden Blick auf das Leben in diesem Stadtteil wirft, sah die Realität auf den Straßen der Lower East Side ganz anders aus. Sie war Sammelpunkt sozialer Randgruppen, vor allem der schwarzen Bevölkerung und der Masse von mittellosen europäischen Einwanderern, die vornehmlich aus Irland, Deutschland und Italien stammten. Betrachtete man das jüdische Leben in diesem Ghetto, wie die Menschen es auch selbst nannten, so hätte man annehmen können, dass die Immigranten Kultur und Traditionen des ostjüdischen Schtetls aus der alten Heimat transferiert hatten und sie an diesem neuen Ort weiterpflegten. Zwar bestanden die Juden, wie alle anderen Einwanderergruppen, auf eine Abgrenzung, um so ihre jüdische Identität nicht zu verlieren. Im Gegensatz zu anderen Ethnien akzeptierten sie aber weitaus schneller und zahlreicher, dass das Beibehal-

ten zu vieler „veralteter“ Traditionen, ein beträchtliches Hindernis auf dem Weg aus der sozialen Not darstellen konnte.

Die facettenreichen Möglichkeiten, sich künstlerisch auszudrücken, wurden in einem überragenden Maße von jüdischen Einwanderern und ihren Kindern genutzt. Sie ergriffen die Chancen, die ihnen die boomende Film- und Unterhaltungsindustrie ermöglichte: Vom Vaudeville-Sänger über den klassischen Musiker bis hin zum Dirigenten, Komponisten, Drehbuchautoren; in jeder Sparte waren Juden namhaft vertreten.

Diese schlummernden Talente schienen auf eigentümliche Weise Teil ihrer mitgebrachten Identität zu sein. Denn allen voran waren es die jüdischen Einwanderer aus Osteuropa, die den „American dream“ als Schriftsteller und Schauspieler, Produzenten und Regisseure regelrecht visualisierten und der Unterhaltungsindustrie damit ihren ganz eigenen Stempel aufdrückten.

Meilenstein in der Filmgeschichte

Unter diesen Bedingungen entstand 1927 in den Warner Brother Studios der erste Tonfilm: The Jazz Singer, ein von den Produzenten Jack Warner und Alfred Cohn verändertes Broadway-Bühnenstück, geschrieben von Samson Raphaelson, der 1896 in der „Jewish community“ von New York City's Lower East Side geboren und aufgewachsen war. Er wurde einer der populärsten Drehbuchautoren seiner Zeit, und The Jazz Singer basiert auf seinem Bühnenstück The Day of Atonement.

The Jazz Singer kann als Meilenstein beim Übergang vom Stumm- zum Tonfilm gesehen werden, da er dem Tonfilm endgültig zum Durchbruch verhalf. Da der Film nur zum Teil vertont wurde, handelt es sich um einen sogenannten „part-talkie“ -Film, in dem das expressive Spiel der Figuren und der Einsatz von Zwischentiteln nach wie vor an den Stummfilm erinnert. Er gilt als erster Tonfilm und ist als erstes Film-Musical mit seiner hybriden Form aus Stumm- und Tonfilmelementen ein wichtiges Zeugnis seiner Zeit.

Es ist bemerkenswert, dass gerade der erste amerikanische Tonfilm die Problematik osteuropäischer Einwandererfamilien in Amerika thematisiert und eine neue und individuelle Taktik nutzte, mit gewissen Tönen gezielt bestimmte Bilder zu untermalen. Die Geschichte erzählt von dem jüdischen Jungen, Jackie Rabinowitz, der seine Stimme als Jazzsänger erklingen lässt, dabei aber auf großen Widerstand in der alten Generation stößt.

Schon früh kollidieren im Film die Vorstellungen von Vater und Sohn über die Zukunft von „Jackie.“ Der betagte Kantor plant die Zukunft seines Sohnes als Nachfolger: als Vorbeter und Kantor der Synagoge. Jackie möchte als Sänger auf den Bühnen der Varietés und Theater auftreten. Während er die Generation repräsentiert, die Karriere und Persönlichkeitsentfaltung anstrebt, stellt der Vater jene Generation dar, welche den Überlieferungen und Bräuchen folgt. Diese alte Welt, in der sein Lebensweg bereits vorgezeichnet wäre, kommt für Jackie nicht mehr infrage. Für den Vater hingegen ist die orthodox-religiöse Lebensweise die einzig vorstellbare Daseinsform, bestehend aus strikten Regeln, die dem ostjüdischen Schtetl entstammen. Jackies Traum, nun als

Hauptdarsteller Al Jolson

Amerikaner leben zu wollen, erscheint seinem Vater regelrecht als Häresie.

Der Sohn verweigert nicht nur das traditionelle Talmudstudium, die Bildungsform, die das allerhöchste Gut im Judentum darstellt. Er bricht auch mit den alten Familienstrukturen, um sich stattdessen der weltlichen Musik von New Yorks Straßen zu widmen, schwänzt den Gesangsunterricht im jüdischen Chor und singt lieber für Geld in einer Bar, anstatt in der Synagoge am Abend des Jom Kippur das Kol Nidre zu singen.

Sein Aufbegehren gleicht einer Rebellion: „But Papa, I don't want to be no cantor. I want to be a singer in a theater.“ Die Reaktion des Vaters ist gewaltig: „I will teach him he shall never again use his voice for such low things.“

> „The Jazz Singer setzt mit dem Vater-Sohn-Konflikt Tradition in Opposition zur Moderne, den jüdischen Gesang eines Kantors als Gegenpol zum Jazz, und stellt letztendlich das religiöse Leben im Ghetto gegen das Show-Business“

Am höchsten Feiertag der Juden, dem jüdischen Versöhnungsfest, dem Jom Kippur, entzweien sich Vater und Sohn und Jackie startet seine Karriere als Jazzsänger. Der Jazz steht symbolisch für ein Aufbegehren gegen das traditionell-orthodoxe Leben der Eltern, also dem „mitgebrachten Ghetto“.

Ablösen von der alten Welt

Der Film beschreibt das Motiv des „Ghettoausreißers“, das in der Literatur deutschsprachiger Autoren ostjüdischen Ursprungs aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und auch in den Werken von Alexander Granach „Da geht ein Mensch“ oder Karl Emil Franzos „Der Pojaz“ thematisiert wird. Exemplarisch stehen diese Romane dafür, dass Auswanderung und Assimilation immer mit einer Ablösung von den traditionellen Werten der Heimat einhergehen, gleichzeitig aber die Aussicht auf bessere soziale Verhältnisse und beruflichen Erfolg eröffnet.

Das Zurücklassen der Heimat, also die physisch-geographische Ablösung von der überlieferten alten Welt, führt zur teilweisen oder vollständigen geistigen Loslösung vom jüdischen Glauben in seiner traditionellen Form. Der Assimilationsprozess bedeutete, neben sprachlicher und kultureller Adaption, auch das Stillen von Wissensdrang, Bildungshunger und des schlichten Drangs nach Erkenntnis. Endlich nicht nur religiöses Wissen anzuhäufen, sondern sich auch „profanes Wissen“ und weltliche Bildung zu erlangen, war die neue Maxime der neuen Welt. Das bemerkenswerte bei den Karrieren der „Ghettoausreißer“ in den Romanen von Granach und Franzos ist, dass es sich bei ihnen wie auch im Film The Jazz Singer um einen Assimilationsprozess im Künstlermilieu handelt.

Der Hauptdarsteller, Al Jolson, und der Produzent, Jack Warner, verliehen dem Film autobiographische Züge. Wie im Film lebten im wahren Leben deren Väter zurückgezogen in ihrer Welt der strengen orthodoxen Lehren und Traditionen. Die Söhne hingegen assimilierten sich, kehrten diesem Judentum den Rücken und wurden Filmproduzenten, Sänger, Entertainer und Filmstars. Was all diese „Ghettoausreißer“ vereint, ist die Künstlerthematik, denn sie bewerkstelligen ihre Assimilation innerhalb des Künstlermilieus.

Der Ausbruch aus der Enge des altehrwürdigen Shtetl fand in der Künstlerthematik eine bis dahin ungekannte expressive Form. Die lang ersehnte grenzenlose Freiheit Amerikas führte zu ebenso grenzenlosen Verschiebungen und zur allmählichen Auflösung der ostjüdischen Lebenswelt: Sie bekam Risse, wenn sie sich nicht sogar in einem gewissen Prozess der Auflösung befand. Die Kinder waren dem Ghetto endgültig entflohen, für die Welt ihrer Eltern aber waren sie verloren: sie hatten sie an die Neue Welt verloren.

Jackies` Mutter bleibt das nicht verborgen: „Jakie is a good boy, Papa – but maybe he shouldn't be a cantor.“

Während der Vater dem Idealbild des Gelehrten nachtrauert: „He knows all the songs and prayers even now so good as I do. He could take my place yet tonight and sing, Kol Nidre‘ when Yom Kippur begins.”

Wissend, dass ihr Mann die Realität verkennt, antwortet sie: „He has it all in his head, yes, but it is not in his heart. He is of America.”

Das Spiel mit Ton und Stille

Neben dem Spagat zwischen religiös-traditioneller und amerikanischer Lebensweise in ostjüdischen Einwandererfamilien, will der Film auch erstmals Töne zu Bildern erklingen lassen. Besonders deutlich wird das ästhetische Vorgehen beim Übergang zwischen Stumm- und Tonfilmelementen in der Szene, als der verlorene Sohn nach Hause kommt und die grundverschiedenen Lebensweisen aufeinandertreffen.

Das Gespräch zwischen Jackie und seiner Mutter ist zunächst stumm und wird mit Zwischentiteln sowie durch Mimik und Gestik der beiden Darsteller präsentiert. Doch als Jackie beginnt, seiner Mutter am Klavier das Lied Blue Skies vorzusingen, verstummt die Hintergrundmusik abrupt und plötzlich erklingen Gesang und das Klavierspiel. Auch das danach folgende Gespräch bleibt hörbar. Als Jackie wieder singt, wird er urplötzlich durch einen lauten Schrei seines Vaters unterbrochen, der unbemerkt das Zimmer betreten hatte. Stille kehrt ein, es ist absolut nichts mehr zu hören, keine Begleitmusik, alles wird ausgeblendet. Dem zunächst harten Einstieg zum Tonfilm folgt damit ein genauso heftiger Wechsel zurück zum Stummfilm.

Der Streit zwischen Vater und Sohn wird nun lautlos und mit expressiven Gesten und Zwischentiteln visualisiert. „Stop“ bleibt das einzige Wort, dass der Vater im gesamten Film spricht. Erst ein paar Sekunden später, die wie eine Ewigkeit erscheinen, setzt die Begleitmusik wieder ein.

The Jazz Singer setzt mit dem Vater-Sohn-Konflikt Tradition in Opposition zur Moderne, den jüdischen Gesang eines Kantors als Gegenpol zum Jazz, und stellt letztendlich das religiöse Leben im Ghetto gegen das Show-Business.

Der Film ist, durch das Schwenken zwischen stummen und tönenden Bildern der neuen Tonfilm-Ära gewidmet und thematisiert parallel die Diskrepanz zweier menschlichen Lebenswelten, die ebenso unvereinbar scheinen. Es kollidieren Pflichtbewusstsein und Tradition mit dem Drang nach Verwirklichung eines neuen Lebenstraums.

Im Film kann „Jackie“ auf keines seiner Talente verzichten und in Hollywoods Traumfabrik muss er das auch nicht. Er verbindet Herkunft und Karriere, Erbe und Begabung miteinander und singt zur Freude der Gemeinde am Jom Kippur das Kol Nidre in der Synagoge.

Jackie Rabinowitz ist ein Jazzsänger, der zu seinem Gott singt, und ein Kantor der auch Jazz singt. Er dient Gott auch dann mit seiner Stimme, wenn er sie einem weltlichen Publikum widmet und sie im Takt des Jazz erklingen lässt. Gerade in seiner Stimme vereint er beide Welten, was auch seine Freundin Mary merkt: „Du singst Jazz, aber es ist anders. Es ist eine Träne darin.“

Jüdisches Erbe und Gabe verschmelzen untrennbar, als Jackie seine Liebe zum Jazz verwirklicht ohne das kulturelle Erbe, die alte Gabe zu verleugnen.

Als am 6. Oktober 1927 der Film in die amerikanischen Kinos kam, hatten seine Macher als Datum für die Premiere den Abend vor Jom Kippur gewählt. Auch der Film beginnt und endet mit diesem Tag. Entzweien sich Vater und Sohn noch zu Beginn, so finden sie am Jom Kippur, zur feierlichen Einleitung dieses Feiertages, nämlich zur Liedrezitation des Kol Nidre, wieder zueinander.

Jackies Träume kollidierten mit der Realität und viele Juden waren in einem Zwiespalt zwischen dem alten und dem neuen Leben gefangen, da sie zwar das Judentum ins Showgeschäft bringen konnten, aber nicht das Showgeschäft in das Judentum.

„Leopold Tyrmand – Filip“ – Mit Chuzpe durch den Naziterror

Der polnisch-jüdische Autor Leopold Tyrmand beschreibt in seinem autobiographischen Roman „Filip“, wie er als französischer Kellner im Pariser Parkhotel getarnt, mit gefälschten Papieren, Geschick und einer gewaltigen Portion Chuzpe die Nazi-Zeit überlebte.

Von Filip Gašpar

Wohin geht man 1943 als polnischer Jude um die Schreckensherrschaft der Nazis zu überleben? Richtig, nach Frankfurt am Main, wo man sich als in Polen geborener Franzose ausgibt und im Frankfurter Parkhotel als Kellner seinen (Über)Lebensunterhalt verdient. Diesen genialen Plot könnte man problemlos dem mit einer Israelin verheirateten Regisseur Quentin Tarantino (JR 2 (66) 2020) zuschreiben, doch haben wir diese Geschichte jemand anderem zu verdanken. Und zwar dem in Deutschland relativ unbekannten polnisch-jüdischen Schriftsteller Leopold Tyrmand, der seine Erlebnisse während des zweiten Weltkriegs in seinem mit autobiographischen Motiven versehenen Roman „Filip“ gepackt hat. Der 1961 in Polen nach Überwindung vieler Hindernisse erschiene Roman liegt nach über 60 Jahren seit letztem Jahr, Dank der Übersetzung von Peter Oliver Loew, nun auch endlich auf Deutsch vor.

Tyrmand erblickte 1920 in Warschau das Licht der Welt und war das einzige Kind des Lederhändlers Mieczysław und Maryla, geborene Oliwenstein, die in Künstlerkreisen verkehrte. Der junge Gymnasiast Leopold fing an sich für Politik, Literatur und Sport zu interessieren und eckte in jungen Jahren mit der katholisch geprägten nationalen Gesinnung in Polen an. In späteren Lebensjahren sollte er seine Faszination für den Katholizismus und den Konservatismus entdecken. Nachdem er das Abitur abgelegt hatte, verschlug es ihn nach Paris, wo er sich an der dortigen Akademie der Künste einschrieb. Auch seine Leidenschaft für den amerikanischen Jazz entflammte hier, und auch sein Berufswunsch Architekt zu werden. Doch ausgerechnet der schweizerisch-französischer Star der Architektur und Koryphäe auf dem Gebiet „Le Corbusier“ bringen ihn davon ab. So entschließt er sich 1939 in seine Heimatstadt Warschau zurückzukehren.

Der hierzulande unbekannte Tyrmand avancierte vom einstigen Enfant terrible unter den polnischen Literaten zu einer ihrer größten Legenden. Der im amerikanischen Exil verstorbene Publizist und Schriftsteller erlebte in Polen ein Revival und gelangte zu neuen Ruhm.

Am 25. April 2019 hat das Unterhaus des polnischen Parlaments das Jahr 2020 offiziell zum „Leopold Tyrmand“ Jahr ausgerufen. 2020 hätte Tyrmand seinen 100. Geburtstag gefeiert. Als seinen bekanntesten Roman kann man den Krimi „Der Böse“ aus dem Jahre 1956 bezeichnen. Dem Leser wird neben einer spannenden Geschichte eine für damalige Verhältnisse neue Sichtweise auf das stalinistische Warschau geboten. Die literarischen Gesetze des Sozialistischen Realismus hätten verlangt, Warschau als Paradies des Proletariats nachzuzeichnen, doch Tyrmand machte stattdessen daraus ein Sammelbecken von Glücksrittern, Betrügern und auch Zuhältern. Dass die kommunistischen Machthaber ihm dies übelnehmen würden, war eine logische Konsequenz. Doch waren sie von Anfang an nicht gut auf ihn zu sprechen. Dieser Jude Tyrmand mit seiner offenen regimekritischen Haltung, der als ob die anderen Dinge nicht schon schlimm genug wären, auch noch eine Vorliebe für den bei den Kommunisten als „dekadent“ verpönten Jazz hatte. Stress mit der Autorität war somit vorprogrammiert und führte zu seinem Entschluss, 1966 das kommunistische Polen in Richtung USA zu verlassen.

„Filip“ ist auch Tyrmands letztes, vor seiner Ausreise veröffentlichte, Buch, das jedoch damals kaum Beachtung fand und erst mit seiner Neuausgabe 2010 den gebührenden Respekt erhielt. Die Handlung spielt sich im Sommer 1943 ab und ist wie weiter oben angedeutet alles andere als eine weitere typische Kriegsgeschichte.

Der schelmenhafte Held

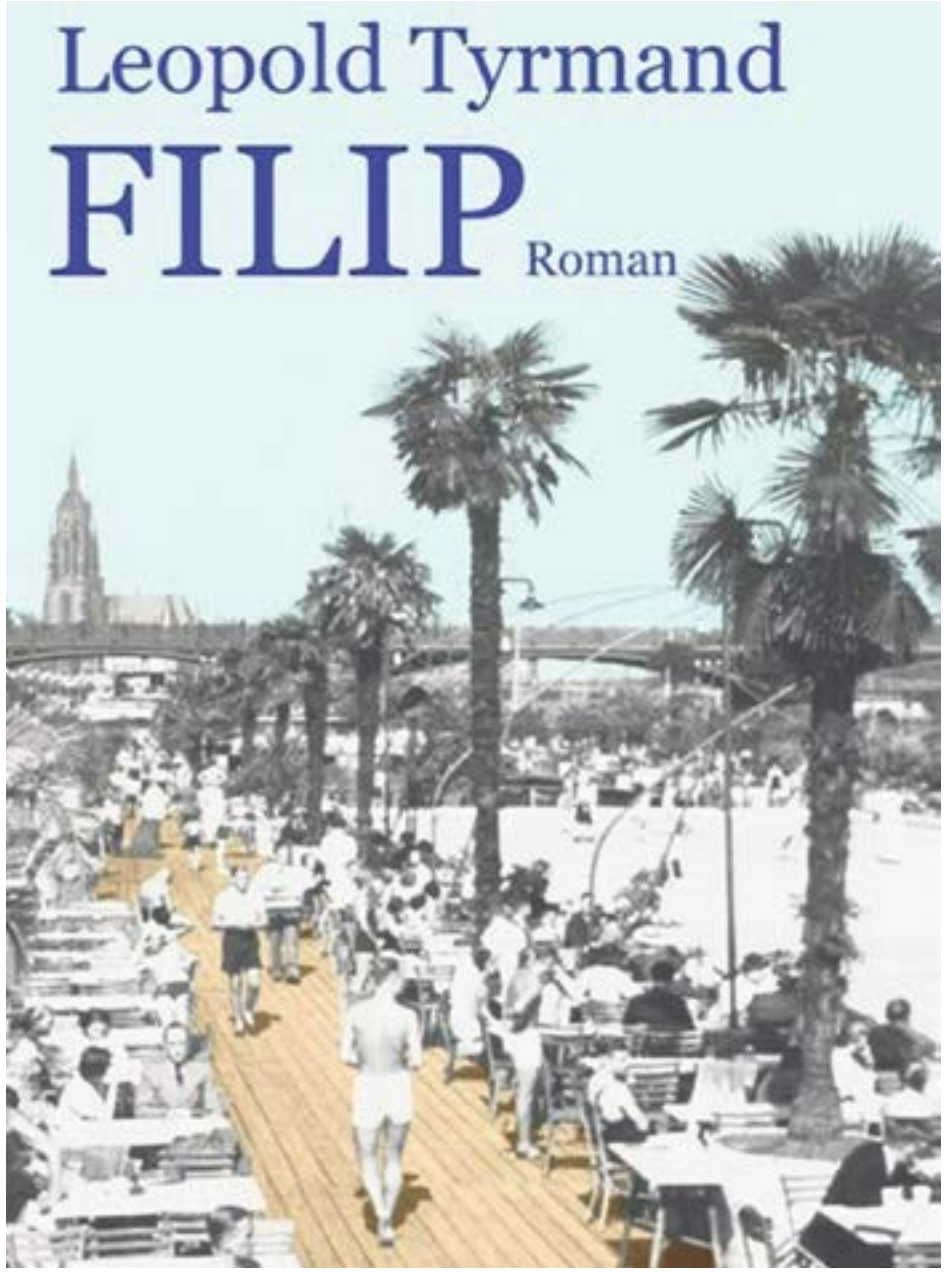
Filip Vincel ist die 23-jährige und Titelgebende Hauptfigur, ein aus einer Polen stammender Jude, der sich mithilfe gefälschter Dokumente in Frankfurt als Franzose ausgibt. Diese gefälschten französischen Dokumente hat er sich im litauischen Wilna besorgt, wohin es ihn kurz nach Ausbruch des Krieges verschlagen hat. Mit den Papieren ausgestattet entschloss er sich dazu, sich einer Gruppe von Zwangsarbeitern anzuschließen und in die Höhle des Löwen, nämlich nach Deutschland, zu gehen.

Die Reise führt ihn zuerst in die Nähe von Mainz in ein Arbeitslager für den Eisenbahnbau. Sein Studium verhilft ihm zu einer privilegierten Tätigkeit als Dolmetscher. Er kann sich auch ein Einzelzimmer und minimal bessere Verpflegung leisten, währenddessen sich die anderen Arbeiter mit weit weniger „Luxus“ zufriedengeben müssen.

„Die Jungs zitterten vor Kälte im blassbraunen Morgengrauen, unausgeschlafen, mit leeren Bäuchen. Ich stand in der Mitte: auf der einen Seite die Kolonne, auf der anderen der Straßenmeister und der Schutzmann vom Dienst, zwischen ihnen ich, der aufpasste, dass niemandem ein Leid geschah.“

Filip ist ein Schelm und als solcher gelingt ihm ein weiterer Coup, als er eine Anstellung im vornehmen Frankfurter Parkhotel eine Anstellung als Kellner ergattert.

Seine Arbeitskollegen kommen aus verschiedenen Ländern. Da ist der charmante Italiener Savino, der Franzose Pierre, sein bester Freund der Niederländer Piet und auch Deutsche wie Leo und Jupp, die aus diversen Gründen nicht an die Front müssen. Zusammen bilden sie eine Schicksalsgemeinschaft, die den schrecklichen Krieg da draußen so gut wie möglich aus zu blendend versucht, wenn es



da nicht den regelmäßigen Fliegeralarm gäbe. Aktionen à la Resistance im Kleinen sind das Entwenden von Weinen oder auch das schon fast genüsslich ritualisierte Spucken in den Kaffee des ihnen allen verhassten Hoteldirektors Eißlers.

„Zum Beispiel belustigte es uns, (…) in Herrn Eißlers Kaffee zu spucken. Das große Mysterium der Kaffeeverunreinigung fand um halb neun statt, pünktlich und täglich. Diese Regelmäßigkeit bestärkte uns in der Überzeugung von der Unverrückbarkeit des Universums und der Gesetzmäßigkeiten der Moral, trotz der Tonnen von TNT, die gerade rund um uns herum aus den Liberator- und Halifax-Bombern fielen. „Einen Kaffee für Herrn Eißler!“, riefen Pierre oder Savino, Leo, Jupp, Piotr, Vessely, Marcel, Abbelé oder ich, an der mit Blech ausgeschlagenen Küchentheke stehend, auf die wir ein Silbertablett mit einem silbernen Kaffeekännchen und einem kleineren Kännchen für die Sahne stellten. (…) Mit leichtem Schritt lief ich die Treppe nach oben und rief schon im Office, während ich unterwegs das Gedeck mitnahm (…): „Einen Kaffee für Herrn Eißler!“ Mit einem Fußtritt der Selbstzufriedenheit und der zeitlosen Gerechtigkeit öffnete ich sodann die Schwingtür des Office und begab mich (…) in den Frühstückssaal.“

Autobiographische Linien

Filip versucht das beste aus seiner Situation zu machen und ein sicheres und angenehmes Leben in Frankfurt zu verbringen. Dabei soll das Vergnügen nicht hintenanstehen. Dabei behilflich sind ihm sein blendendes Aussehen und natürlich, dass er fließend Deutsch und Französisch spricht. Ein besonderer Glücksfall ist es, dass Piet sein Bargeld mit ihm teilt, womit er die besten und angesagtesten Wirtschaften in Frankfurt aufsuchen kann. Und mit einem angeblichen Franzosen teilen die deutschen Frauen gerne ihr Bett, während der Ehemann an der Verwirklichung des 1.000 Jahre andauernden Reiches an der Front sein Leben riskiert. Er schafft es immer wieder in brenzlige und teils lebensgefährliche Situationen zu geraten, doch auch immer wieder seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

Tyrmand beschreibt diese Geschehnisse mit viel Witz und Ironie. Die Biografien von Leopold und seinem Alter Ego Filip sind in vielen Punkten ähnlich und das von beiden Erlebte ebenfalls. Bloß dass es bei Tyrmand noch um etliches schlimmer abgelaufen ist. Das Ende des zweiten

Weltkriegs „erlebte“ er im Konzentrationslager Grini in der norwegischen Gemeinde Bærum. Doch er hatte noch so einiges auf dem Kerbholz. Nachgewiesene Kontakte zum polnischen Widerstand, dass schließlich das NKWD (Innenministerium der UdSSR) auf den Plan rief, das ihn verhaften und in ein Gulag werfen ließ. Der Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 ermöglichte ihm die Flucht. Auch Tyrmand schlug sich mit gefälschten Dokumenten nach Deutschland durch, lebte von der Tätigkeit als Kellner und Übersetzer und mit der ständigen Angst, als Jude entlarvt zu werden. Man merkt dem Buch anhand der Fülle von sehr detaillierten Beschreibungen der politischen und gesellschaftlichen Details den autobiografischen Hintergrund an.

Doch zurück zu Filip. Dessen Alltagstrott im Frankfurt zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs gerät aus den Fugen als er am Strand die junge Deutsche Hella trifft, die natürlich – wie sollte es auch anders sein – so ganz anders ist als alle Mädchen, die er jemals getroffen hat. Die aus Selbstschutz angelegte kalte Distanz seinen Mitmenschen gegenüber, zeigt jetzt immer öfters Filips wahres Wesen, nämlich das eines verletzlichen jungen Mannes, der neben der Angst um sein Leben und davor, dass der Krieg ihn bricht, sich nichts weiter als nach menschlicher Geborgenheit sehnt.

Nach einer anfänglichen Schwärmerei verliebt sich Filip Hals über Kopf in Hella und wenn es nicht schon kompliziert genug wäre, dass er ein Jude und sie eine Deutsche ist, ist Hellas Vater auch noch ein hoher Reichswehroffizier. Er glaubt, um Hellas Herz erobern zu können, muss er das Parkhotel verlassen. Doch damit beginnen die Probleme erst richtig und spülen weitere, mindestens als kurios zu bezeichnende, Gestalten in sein Leben. Darunter ist die Baronin von Wrangel, die aus Filip einfach Philippe de Vincel macht, um ihm damit zur Anstellung als Bibliothekar zu verhelfen. Neben dem Polen Ziutek, der ihm einen Fremdenpass besorgt wird auch der Hitler-Anhänger Janowsky eingeführt, der Filip nur widerwillig als Untermieter akzeptiert. Dazu kommen Ereignisse wie die Bombardierung von Offenbach, die ihn neben einem Verhör bei der Gestapo und der Ermordung Ziuteks, brutal in die Wirklichkeit des Krieges zurückholen. Der Leser erfährt aber nicht nur von der Frankfurter Zeit, sondern bekommt in Rückblenden auch die Vorgeschichte in Warschau und in Wilna aufgezeigt. Diese Rückblenden sind voller Reflexionen über das Vorkriegswarschau. Teilweise sind diese Passagen zu lang geraten, doch ihr Witz und Ironie machen das wieder weg.

Ein Dorn im Auge des Systems

Tyrmand hebt die aufkommende gesellschaftliche Bedeutung von Jazz und Kino hervor und die Überlegungen zur Kultur und Gesellschaft in den Wirren des Krieges, die er Filip anstellen lässt, sind mehr als nur lesenswert und geben ein gutes Panorama der damaligen Zeit im Dritten Reich wieder. Der schelmische Ich-Erzähler vollbringt eine lebendige Darstellung des urbanen Frankfurter im Kriegsalltag. Die vielen Gespräche zeigen das Leben auf der Straße, das Treiben auf dem Schwarzmarkt, im Parkhotel, Liebschaften mit verheirateten und unverheirateten Frauen, Verhöre bei der Gestapo oder auch bloß die Schwierigkeiten als Ausländer eine Wohnung zu bekommen. Die sich wiederholenden Bombennächte fangen mit der Zeit an, sich wie Hintergrundmusik in die Erzählung einzubinden.

Das Buch lebt von der Lebendigkeit seiner Dialoge und den in ihnen übermittelten Sichtweisen aus und auf die verschiedenen Milieus. Zum Beispiel die Begegnung von Filip zusammen mit seinem Kollegen Piotr mit zwei deutschen Soldaten auf Fronturlaub im Café Schumann. Nach anfänglicher Skepsis seitens der Deutschen und Vorsicht seitens Filips und Piotrs, dreht sich das Gespräch schnell um Jazz und Frauen.

„Was bis du für einer?“ Der Deutsche wandte sich an Piotr.

„Ich bin Holländer“, sagte Piotr, „und ich habe hier genauso ein schweres Leben wie du in Weißrussland.“

„Ich verstehe“, seufzte der Deutsche, „ihr dürft hier nicht über die Stränge schlagen. Ich gebe zu, dass mich das etwas tröstet, wenn ich mir in Minsk einen herunterhole, aber alles zusammen ist einfach Müll.“

Leopold Tyrmand hat der Literatur mit der Erschaffung seines fiktionalen Zeitzeugen „Filip“ ein echtes Geschenk gemacht. Gerade in der heutigen Zeit ist die Frage, ob sich jemand beugt oder standhaft bleibt, aktueller denn je. Tyrmand eckte mit seiner Art im Nachkriegspolen bei den Kommunisten mit seiner Lebensweise stark an. Er führte ein unangepasstes Leben, organisierte Jazz-Festivals und spielte Tennis. In den USA wurde er zum Konservativen und kritisierte stark die 68er Bewegung. Da ist es umso passender, dass sein Sohn Matthew beim neuen konservativen sozialen Netzwerk GETTR arbeitet.

Leopold Tyrmand: Filip.
Aus dem Polnischen von Peter Oliver Loew. Mit einem Nachwort von Andrzej Kaluza. Frankfurter Verlagsanstalt, Frankfurt 2021. 500 S., Fr. 35.80.

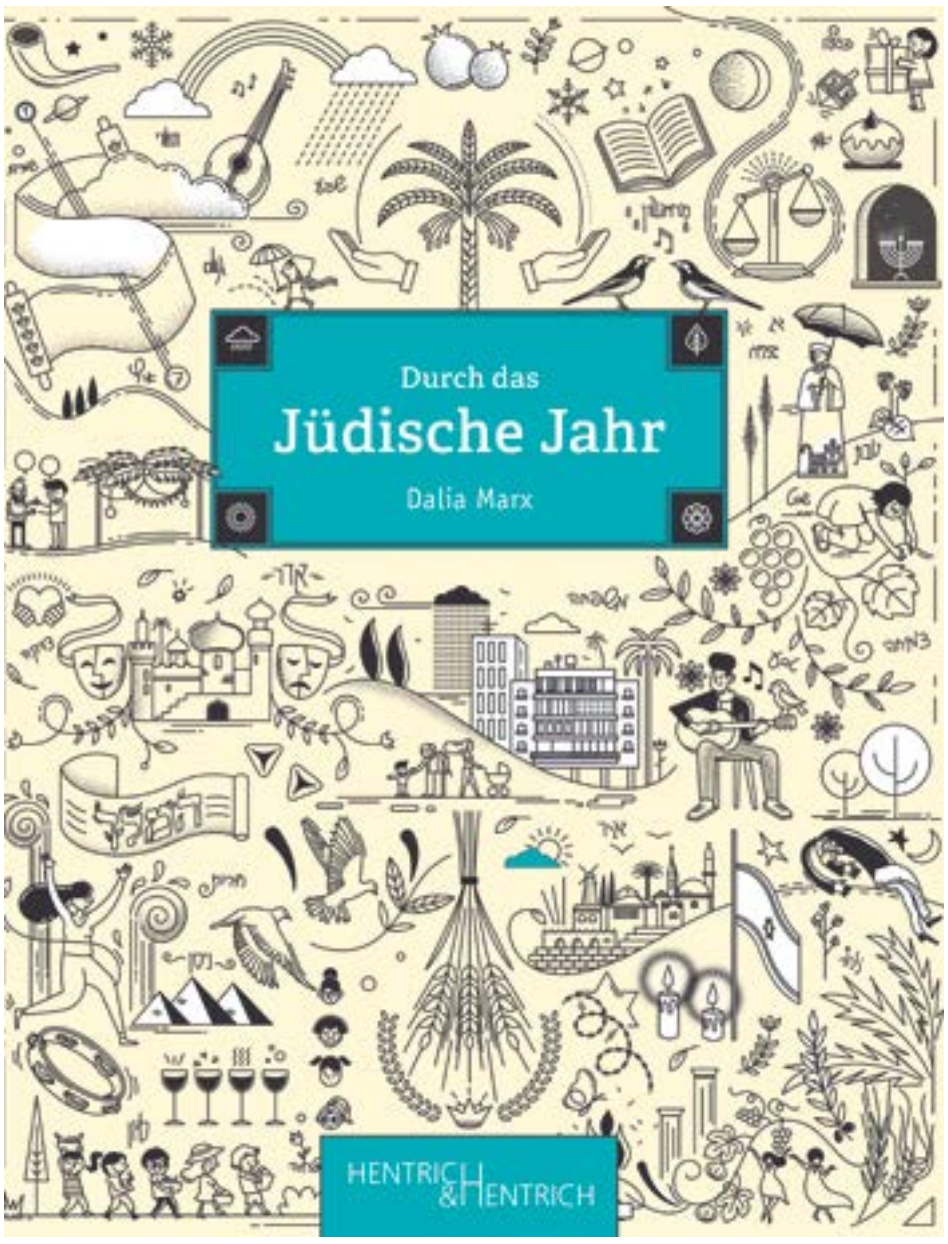
Durch das Jüdische Jahr

Ein kalendarisches Nachschlagewerk für den jüdischen Alltag sowie für die jüdischen Fasten- und Feiertage, welches die Bedeutung der „Architektur der Zeit“ im Judentum erklärt.

Von Dr. Nikoline Hansen

Es gibt Bücher, die einem fehlen würden, wären sie nicht geschrieben worden. „Durch das jüdische Jahr“, konzipiert und geschrieben von der Rabbinerin Dalia Marx und übersetzt von Rabbinerin Ulrike Offenberg, ist so ein Buch. Es ist ein Buch, das einen täglich begleiten kann, oder wöchentlich zum Schabbat oder auch nur monatlich, wenn jeweils der neue jüdische Monat beginnt, um sich dann zeitnah mit den Eigenheiten des jeweiligen Monats und seiner Fasten- und Feiertage vertraut zu machen. Es eignet sich sowohl zum Lesen in einem Stück um die Ordnung des jüdischen Jahres besser verstehen zu lernen als auch um immer wieder darauf zurückzugreifen und das Wissen so zu vertiefen oder neue Aspekte zu lernen und gegebenenfalls anzuwenden. So schreibt die Autorin in ihrer Einführung, in der sie auch den Aufbau der einzelnen Kapitel und die zugrunde liegende Intention beschreibt: „Ich wünsche mir, dass dieses Buch in der Nähe des Esstisches oder neben dem Bett, in der Gemeinde, in Kulturzentren, in der Synagoge oder im Büro, im Bücherregal zu Hause oder im Wanderrucksack, im Handschuhfach oder auf dem Lehrertisch seinen Platz finden wird.“

Nun ist dieses Buch in der deutschen Ausgabe eindeutig etwas zu groß und zu schwer für einen Wanderrucksack oder das Handschuhfach. Aber es ist prächtig anzusehen, einfach illustriert und in großer Schrift gedruckt, so dass es wunderbar leicht zu lesen ist. Es kann als Nachschlagewerk dienen und es sollte definitiv nicht im Bücherschrank stehen sondern zum Schmökern immer griffbereit sein – egal ob am Ess- oder Wohnzimmertisch. So kann es einen durch das Jahr begleiten – gerade in Zeiten, wo es nicht immer möglich ist eine Synagoge aufzusuchen. So ist es ein idealer Begleiter durch das jüdische Jahr und die jüdischen Traditionen der Jahrhunderte. Und es ist tatsächlich so wie die Autorin es sich wünscht: „Man kann das Buch von Anfang bis Ende lesen oder an einem bestimmten Monat einsteigen und über die Feiertage und Ereignisse zu ihrer Zeit lesen. Ich erwarte nicht, dass Sie mit all meinen Ausführungen einverstanden sind, im Gegenteil: Ich würde mich freuen, wenn sie in Ihnen eigene Gedanken auslösen und Sie ermuntern, zu vielen weiteren Reisen in alte und neue, ferne und nahe Gebiete aufzubrechen.“



Was dieses Buch auszeichnet? Rabbinerin Offenberg erklärt in ihrem Vorwort zur deutschen Ausgabe, welche Bedeutung die „Architektur der Zeit“ für das Judentum hat: „Der jüdische Jahrkreis ist unser Haus, in dem wir gemeinsam leben, doch unsere Räume sind nicht identisch gestaltet. Wie wir Schabbat und Feiertage begehen, ist nicht alleine eine Frage von „orthodox“, oder „liberal“, „religiös“ oder „säkular“. Viele Traditionen spielen dabei eine Rolle – Überlieferungen in der Familie, lokale Bräuche, regionale Küche, Zeitgeist, die Kultur der nichtjüdischen Umgebung, Abgrenzungen und Übernahmen. Das Buch von Rabbinerin Dalia Marx vermittelt einen Einblick in die Vielfalt der Gestaltungsmöglichkeiten unseres Zuhauses in diesem Jahreskreis, sie lässt den Reichtum jüdischer Traditionen erahnen und weitet unseren Blick über Engführungen von „Richtig/Falsch“ oder „Erlaubt/Verboten“ hinaus. Das lädt uns ein, den jüdischen Kalender zu entdecken und uns selbst in diesem Haus einzurichten.“

Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, außer dem Wunsch, dass das Buch eine breite Leserschaft finden und ein tieferes Verständnis für das Wesen des Judentums gerade auch in Deutschland wecken möge. Das Buch wurde für die deutsche Ausgabe nicht nur übersetzt, sondern auch gründlich überarbeitet und editiert.

Dalia Marx: Durch das Jüdische Jahr
Aus dem Hebräischen übersetzt und bearbeitet von Rabbinerin Ulrike Offenberg
Hentrich & Hentrich 2021, 384 Seiten, Hardcover, 100 Illustrationen, ISBN: 978-3-95565-422-1

Späte Ehrung: Antonin Kalina, „Gerechter unter den Völkern“

Antonin Kalina wurde von den Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert. Dort rettete er mehr als 900 Kindern das Leben. Unter ihnen den Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel. Erst 2012 wurde ihm posthum dafür der Titel „Gerechter unter den Völkern“ verliehen.

Von Esther GINZBURG

„Damals herrschte überall die Finsternis. Es schien, dass im Himmel wie auch auf Erden alle Tore der Barmherzigkeit geschlossen waren. Die Mörder mordeten, und die Juden starben, und die Außenwelt war entweder mitschuldig oder blieb fern. Nur wenige hatten den Mut, nicht gleichgültig zu bleiben... Was unterschied sie von ihren Mitbürgern? Warum waren es so wenige? Vergessen Sie nicht: Was das Opfer am meisten schmerzt, ist nicht die Grausamkeit des Unterdrückers, sondern die Gleichgültigkeit des Beobachters... Man darf nicht vergessen, dass es immer einen Moment der Wahl gibt... Und deshalb müssen wir über diese guten Menschen Kenntnis erlangen, die Juden während des Holocaust geholfen haben. Wir müssen von ihnen lernen und uns mit Dankbarkeit und Hoffnung an sie erinnern.“

Eli Wiesel

Elie Wiesel war Schriftsteller, Journalist, Friedensnobelpreisträger; Imre Kertész - Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger; Felix Jiří Weinberg war Verbrennungsphysiker und Mitglied der Royal Society of London. Diese und viele andere Namen vereint eines: Diese Menschen haben als Kinder während des Holocaust den Schrecken des Konzentrationslagers Buchenwald durchgemacht und nur dank einem auf den ersten Blick gewöhnlichsten Menschen überlebt - dem tschechischen politischen Häftling Antonin Kalina, einem Schuhmacher aus der Stadt Trebič.

Antonin Kalina, der Barackenälteste des Kinderblocks, konnte in Buchenwald mehr als 900 Kinder aus ganz Europa retten, und sie betrachten ihn zu Recht als ihren „Vater“. In seiner Heimat, der Tschechischen Republik, wusste fast sieben Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg fast niemand von seiner Heldentat. Und erst nach seinem Tod wurde Kalina von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem posthum der Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“ verliehen. Er tat alles, um seine "Söhne" zu retten, und riskierte ständig sein Leben.

Antonin Kalina wurde am 17. Februar 1902 in Trebič geboren, einem der Zentren des jüdischen Lebens in Mähren (oder Morawien, heute Gebiet der Tschechischen Republik). Die dortige jüdische Gemeinde war noch größer als in Prag. Möglicherweise war das der Grund, warum Antonin Kalina die jüdische Umgebung von Kindheit an als ganz natürlich empfand, und unter seinen Freunden gab es sicherlich jüdische Kinder.

Antonin wuchs in einer armen Familie auf und war das zweite von zwölf Kindern. Sein Vater war Schuhmacher, seine Mutter - Hausfrau. Schon früh begann er zu arbeiten und half seiner Familie. Er erhielt keine Ausbildung, war jedoch wissbegierig, lernte mehrere Fremdsprachen, darunter Deutsch. Er arbeitete in einer Schuhfabrik.

Mit einem gesteigerten Gerechtigkeitssinn ausgestattet, sorgte Antonin für ständige Konflikte mit der Leitung der Fabrik. 1923 trat er, dem Beispiel seines Vaters folgend, der Kommunistischen Partei bei und wurde bald ein aktives Mitglied, indem er eine Reihe von Demonstrationen zur Verteidigung der Arbeiterrechte organisierte.

Antonin Kalina

Verhaftung und Deportierung

Zu Beginn des Krieges, am 1. September 1939, wurde Antonin Kalina von den Nazi-Besatzern wegen seiner kommunistischen Aktivitäten verhaftet. Er wurde als politischer Häftling nach Deutschland ins KZ Dachau und wenige Monate später nach Buchenwald gebracht, wo er fast fünf Jahre in Haft bleiben musste.

> Zum Zeitpunkt der Befreiung befanden sich im Block von 30.000 minderjährigen Kindern nur noch 904.

In den letzten Kriegsmonaten, ab Ende 1944, kamen etwa 100.000 jüdische Häftlinge, überwiegend aus Auschwitz, nach Buchenwald. Unter ihnen waren viele Kinder aus ganz Europa – Jungen im Alter von 12-16 Jahren, von ihren Eltern getrennt. Die meisten litten an Unterernährung und waren psychisch am Ende.

Entsprechend der von der SS aufgestellten Häftlingshierarchie wurden die politischen Häftlinge von Buchenwald als Blockälteste, genannt Kapos, eingesetzt. „Natürlich haben die Nazis die Lager selbst betrieben“, erzählt der amerikanische Historiker Professor Kenneth Waltzer, „aber kein einziges großes Lager kam ohne die Hilfe der Häftlinge aus. Die Deutschen nutzten sie täglich für die unterschiedlichsten Aufgaben, besonders am Ende des Krieges, als Fleckfieber durch die Baracken ging. Die Deutschen selbst hatten Angst, sie zu betreten. Und da politische Gefangene in der Regel Autoritätspersonen waren, wurden ihnen auch einige verantwortungsvolle Ämter anvertraut.“

Antonin Kalina, ein aktives Mitglied des örtlichen Untergrunds, der von politischen Häftlingen organisiert wurde, zählte zu solchen Autoritätspersonen. Als Kapo siedelte er die Kinder in den Baracken des kleinen Lagers Buchenwald an, die sich in der Quarantänezone befanden. „Jedes Mal, wenn ich ein kleines, schmutziges, hungriges und unterernährtes Kind traf, schrieb ich seine Nummer auf und brachte ihn zu mir“, erinnerte sich Antonin Kalina später. Einige Untergrundmitglieder waren gegen diese Idee: Sie befürchteten, wenn die Deutschen beschließen würden, einen weiteren Todesmarsch für den Transport vorzubereiten, müssten sie die Kinder nicht einmal im Lager sammeln - sie wären alle an einem Ort konzentriert. Kalina hatte jedoch einen eigenen Plan: Vor dem Kinderblock stellte er das Schild „Vorsicht, Typhus!“ auf. Das stimmte auch, und die Deutschen mieden die Baracke.

Der „Vater“ von 900 Söhnen

Die Lebensbedingungen im Block 66 waren nicht besser als im Stammlager; es herrschte eine schreckliche Hungersnot: So starben die meisten von ihnen an Unterernährung und Fleckfieber. Zum Zeitpunkt der Befreiung befanden sich im Block von 30.000 minderjährigen Kindern nur noch 904.

Die Schrecken des Konzentrationslagers wurden durch die menschliche und freundliche Haltung des Blockältesten, Antonin Kalina, etwas gemildert. Er versuchte, die Kinder wie ein Vater zu behandeln. Der Tagesablauf der Jugendlichen über 14 Jahren ähnelte dem der Erwachsenen: Sie arbeiteten in einem Steinbruch oder in der Waffenfabrik. Die jüngeren Kinder waren für die Ordnung in der Baracke verantwortlich. Die Jungen wurden nicht körperlich bestraft, und das alleine war im Lagersystem der Nazis fast unmöglich. Dank der Bemühungen von Kalina hatten die Jungs warme Decken. Man kann sich vorstellen, wie notwendig diese Decken für die Kinder im Januar in den ungeheizten Baracken waren. Manchmal gelang es Antonin sogar, zusätzliche Verpflegung aufzutreiben: Einige Häftlinge teilten freiwillig ihr Essen mit den Kindern, was unter den Bedingungen des KZs einem unglaublichen Wunder glich. Im Wissen, dass es sich um jüdische Kinder handelte, organisierte Kalina, soweit möglich, Unterricht für sie: Er fand erwachsene Gefangene, die kamen, um Kindern Jiddisch beizubringen, um gemeinsam Lieder in ihrer Sprache zu singen. Sie brachten den Kindern auch Mathematik und Geschichte bei.

Kalina benannte die jüdischen Kinder um und rette damit ihr Leben

Naftali Fürst, Vorsitzender des Rates der ehemaligen Häftlinge des KZ Buchenwald, der heute in Israel lebt, erinnerte sich: «Antonin Kalina und Gustav Schiller haben sich ständig um uns gekümmert, Essen gebracht, Decken besorgt. Es gelang uns, zu vergessen, dass wir jeden Moment in die Kälte vertrieben, geschlagen oder getötet werden können- was wir in Auschwitz ständig erlebt haben.“ Naftali Fürst erinnerte sich lebhaft an die Unterrichtsstunden, die er in der Baracke hatte; daran, wie Kalina Hoffnung in den Herzen der Kinder weckte, indem er ihnen sagte, dass das Ende des Krieges nahe sei und dass ihr Leiden bald enden würde.

„Dank seines Mutes ließ er die Kinder so weit wie möglich unter relativ humanen Bedingungen überleben“, sagte im Interview der Gedenkstätte Yad Vashem Israel Laszlo Lazar aus Rumänien, der 14 Jahre alt war, als er und seine Familie nach Auschwitz deportiert wurden. Auch er wurde im Kinderblock bei Antonin Kalina untergebracht.

Im August 1944 wurden nach dem Luftangriff der Alliierten auf das Gebiet des Lagers Buchenwald mehrere Baracken zerstört, darunter auch diejenige, wo sich die Abteilung mit den Personalakten der Häftlinge befand. Dies ermöglichte Antonin Kalina, eine Rettungsaktion zu starten, um die jüdische Identität der Kinder aus seinem Block zu verschleiern; diese Aktion war einzigartig in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Da es keine allgemeine Liste der Lagerinsassen gab und Kalinas wichtigstes Ziel darin bestand, die Kinder vor dem nächsten Todesmarsch aus dem Transitlager Buchenwald zu bewahren, fand er einen genialen Weg - er begann, die Kinder umzubenennen: Sie bekamen Vor- und Nachnamen der im Lager verstorbenen nichtjüdischen Häftlinge.

Jindřich Flusser, ein enger Freund und Kollege, der Kalina bei dieser Rettungsaktion half, erinnerte sich an ihn: „Er verstand die Menschen und kümmerte sich um sie. Ihm wurden mehr als 900 Waisenkinder anvertraut, deren Mütter ermordet wurden. Im Block 66, im Kleinen Lager Buchenwald, wurden sie hinter dem Stacheldraht wieder zu Kindern. Ihre Kindheit kehrte zu ihnen zurück: Sie spielten, sangen und lernten wieder zu lachen. Tonik war ihr Vater...“ Flusser erinnert sich an seine erste Begegnung mit Antonin Kalina: „Auf der Straße, nicht weit von der Baracke, stand ein kleiner Häftling, ein Mann unbestimmten Alters. Als ich auf ihn zukam, stellte er sich auf Tschechisch vor: „Mein Name ist Tonik Kalina.“ Auf dem Weg zur Baracke erklärte er mir seinen Plan. Als Kapo im Block 66 sammelte er von überall die Kinder: Es gab viele von ihnen im Lager. „Jetzt kommen Transporte nacheinander an“, sagte Kalina, „und darin sind Waisenkinder. Sie müssen gerettet werden oder sie werden alle zugrunde gehen.“ Und ich wurde Blockschreiber im Kleinen Lager, wo ich Tonik Kalina half.“ Jindřich Flusser half, die jüdische Herkunft der Kinder des Blocks 66 zu verschleiern, und beteiligte sich somit aktiv an der Rettung von mehr als 900 jüdischen Jungen, wobei er jede Minute sein eigenes Leben riskierte.

Kalina verbot Kindern strikt, ihre jüdische Identität preiszugeben. „Zuerst bat er meinen Vater“, erzählte Flussers Sohn, „die Namen zu schreiben. Und dann änderte Kalina selbst alle hebräischen Namen wie Schlomo oder David in christliche Namen. Kalina teilte den Kindern die Nummern und Namen der Toten zu und erstellte eine allgemeine Liste. Er versammelte alle Jungen in der Baracke, befahl ihnen, die gelben Sterne von den Kleidern zu reißen, verteilte stattdessen rote Dreiecke – das Zeichen eines politischen Häftlings – und warnte davor, falls jüdische Namen beim Appell genannt würden oder alle Juden aufgefordert würden, die Reihen zu verlassen, auf keinen Fall zu reagieren. „Von nun an seid ihr keine Juden“, sagte Kalina zu den Jungen, „ihr seid Tschechen, Slowaken, Belgier, Polen, Ungarn.“

Rettung vor dem Todesmarsch

Als sich die SS dem Block näherte, erinnert sich Naftali Fürst, und dem Kapo Kalina befahl, alle jüdischen Kinder zum Transport zu bringen, antwortete dieser ruhig: „Hier sind keine Juden.“ „Wo sind die alle?“ „Ich weiß es nicht. Hier gibt es keine Juden. Bitte vergleichen Sie das mit der allgemeinen Liste." Der Beamte überprüfte die korrigierte Liste, fluchte und ging.

Eine Gruppe jüdischer Kinder nach der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald

Kinder fingen an, vor Freude zu hüpfen, sich zu umarmen und zu weinen.“

Antonin Kalina hat bis zuletzt über das Leben der Kinder gewacht. Als der Ausgang des Krieges bereits absehbar war, schickten die Deutschen rasch einen Todesmarsch nach dem anderen aus Buchenwald. Kalina sprach fließend Deutsch, und so gelang es ihm, die SS davon zu überzeugen, den Kinderblock zuletzt zu schicken; das war die Rettung. Am 10. April 1945 wurde angeordnet, Block 66 zu räumen. Aber zum Glück ertönte eine Sirene, und Flugzeuge der Alliierten flogen bereits auf das Lager zu. Kalina befahl den Kindern, zurück in die Baracke zu laufen und dort zu bleiben. Am nächsten Tag, dem 11. April, griffen die Häftlinge zu den Waffen, die von den Untergrundmitgliedern in der Waffenfabrik, in der sie arbeiteten, beschafft wurden, nahmen die Wachen fest und eroberten das Territorium des Lagers. Die flüchtenden SS-Männer wurden in den nahegelegenen Wäldern aufgegriffen. Amerikanische Truppen marschierten nach dem Ende des Aufstandes in Buchenwald ein und übernahmen die Verwaltung des Lagers. Mehr als 900 jüdische Jungen überlebten dank der Bemühungen ihres "Vaters".

> „Jedes Mal, wenn ich ein kleines, schmutziges, hungriges und unterernährtes Kind traf, schrieb ich seine Nummer auf und brachte es zu mir“

Nach Kriegsende kehrte Antonin Kalina nach Trebič zurück, später zog er nach Prag, wo er im Ministerium für Leichtindustrie zu arbeiten begann. Er glaubte immer, nur wegen seines Optimismus überlebt zu haben. „Ich bin ein Optimist“, sagte er. „Wenn ich nicht so gewesen wäre, wäre ich schon vor langer Zeit gestorben. Ich glaube an das Leben. Und diejenigen, die diesen Glauben verloren haben, haben nicht überlebt.“

Siebter von links in der zweiten Reihe von unten (links vom Pfosten): Wiesel im KZ Buchenwald, 16. April 1945

Niemand wusste von seinem Heldentum

Seine „Söhne“ begannen ein neues Leben in Israel, den USA, Australien und Europa. Ihren „Vater“, der sein Leben für sie riskiert hatte, haben sie nie vergessen. Viele Jahrzehnte lang war die Heldentat von Kalina jedoch nicht bekannt.

Er war, wie die meisten Gerechten, ein äußerst bescheidener Mensch, und selbst seine Nächsten wussten nichts von seinem Heldentum. Wie er, haben viele der von ihm Geretteten lange Jahre nach dem Krieg aus verschiedenen Gründen nicht über ihre Erfahrungen während des Holocaust gesprochen.

Nach dem Tod seiner zweiten Frau zog Kalina in das kleine Dorf Gloubetin in der Nähe von Prag, wo er mit dem Anbau von Trauben und der Weinherstellung begann. Es wurde Krebs bei ihm diagnostiziert, doch trotz der Meinung seines langjährigen Freundes, des Buchenwalder Arztes Flusser, lehnte er eine Behandlung ab.

Jindřich Flusser starb 1994 in Prag, In den späten 1980er Jahren versuchte er wiederholt, Kalinas Heldentat in Yad Vashem zu melden, damit ihm eine wohlverdiente Auszeichnung verliehen werden könnte - der Titel "Gerechter unter den Völkern" -, dennoch konnte Antonin Kalina diesen Titel zu Lebzeiten aus unbekannten Gründen nicht bekommen.

Späte Ehrung

Am 26. November 1990 starb Antonin Kalina. In den 2000er Jahren bemühten sich mehrere gerettete „Söhne“ zusammen mit dem Historiker Kenneth Waltzer weiterhin bei Yad Vashem um die posthume Anerkennung von Antonin Kalina als Gerechter unter den Völkern. Den Anstoß dazu gab 2012 die Erscheinung des Films „Kinderblock 66: Rückkehr nach Buchenwald“, der von Steven Moskowitz, dem Sohn des von Kalina geretteten Alex Moskowitz, produziert wurde. Und erst am 3. Juli 2012, 22 Jahre nach seinem Tod, wurde Kalina dieser Ehrentitel verliehen. Drei der von ihm geretteten „Söhne“ waren bei der Preisverleihung anwesend. Dank dem Film hat man von Kalinas Heldentat in seiner Heimat erfahren. Schade, dass die Anerkennung zu spät zu ihm kam..

2013 schrieb der tschechische Fernsehjournalist und Schriftsteller Stanislav Motl das Buch „Kinder des Antonin Kalina“, das drei Jahre später vom tschechischen Fernsehen als Dokumentarfilm verfilmt wurde.

Im Oktober 2014 verlieh der Präsident der Tschechischen Republik Antonin Kalina posthum die Verdienstmedaille der Tschechischen Republik erster Klasse. Ein Jahr später wurde am Gebäude der ehemaligen jüdischen Schule im jüdischen Viertel von Třebíč eine Gedenktafel angebracht.

Anlässlich des 115. Geburtstags von Antonin Kalina wurde am 17. Februar 2017 in der Ladislav-Nowak-Galerie im jüdischen Viertel in Třebíč ein Antonin-Kalina-Gedenksaal mit einer ihm gewidmeten Dauerausstellung eröffnet. Vor einem Jahr wurde eine Straße in Kalinas Heimatstadt nach ihm benannt.

„Der größte Teil meines Lebens ist bereits vorbei“, bemerkte Kalina in seinem letzten Interview, „und diese Kinder mussten noch leben.“ Auf die Frage, ob er seine Leistung noch einmal wiederholen würde, antwortete er ohne zu zögern: „Natürlich.“

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

„Medal of Honor“ für den KZ-Überlebenden Tibor Rubin

55 Jahre musste Tibor Rubin auf seine Ehrung für seinen heldenhaften Einsatz im Koreakrieg warten. Sein Leben stand ganz im Zeichen des Dienstes an seinen Mitmenschen.

Von Miriam Sofin

„Als ich nach Amerika kam war ich zum ersten Mal wirklich frei. Das ist der Grund, warum ich zur Armee ging. Ich wollte damit meine Wertschätzung zum Ausdruck bringen.“

– Tibor Rubin

Mark Wilson / Getty Images North America / Getty Images via AFP

Tibor Rubin mit US Präsident George W. Bush (rechts) bei einer Schweigeminute während der Verleihung der „Medal of Honor“ am 23. September 2005 im Weißen Haus.

Tibor „Teddy“ Rubin ist vielleicht der ungewöhnlichste Empfänger der „Medal of Honor“, der höchsten militärischen Auszeichnung der amerikanischen Regierung, den es je gegeben hat. Geboren wurde er in einer kleinen Stadt in Ungarn als Sohn einer jüdischen Familie. Im Alter von nur dreizehn Jahren wurde er beim Versuch seiner Eltern, ihn in die sichere Schweiz zu schleusen, von den Nazis aufgegriffen und in das Konzentrationslager Mauthausen in Österreich verschleppt. Dieses war für seine besonders harte Zwangsarbeit bekannt und vernichtete insgesamt mehr als 120.000 Menschenleben - hauptsächlich jüdische…

Vierzehn Monate lang schaffte es der junge Tibor Rubin irgendwie zu überleben, bis Mauthausen schließlich am 5. Mai 1945 von Soldaten der US-amerikanischen Armee befreit wurde. Sie trafen dort auf hunderte Leichen und rund 18.000 halb verhungerte KZ-Überlebende. Tibor Rubin war einer von ihnen.

Einige Zeit später, im Jahr 1947, bestieg Tibor Rubin, mittlerweile ein junger Mann, ein Schiff nach New York City. Am Hafen New Yorks angekommen, öffnete er – vom Anblick der hohen Gebäude gänzlich überwältigt - spontan seinen Koffer und warf seine aus Armeedecken genähte Kleidung ins Meer. Denn mit diesen wollte er sich in dem schönen Land, das da vor ihm lag, nicht blicken lassen. So schilderte er es viele Jahre später einmal emotional in einem Interview.

Erfolg trotz sprachlicher Hindernisse und Sabotage

Rubin war gewillt der Nation, die ihm einst das Leben gerettet und die er genau aus diesem Grund als seine neue Heimat auserkoren hatte, zu danken. Er war deshalb fest entschlossen, sich der US-Armee anzuschließen. Es gelang ihm sogar, exakt der Teilstreitkraft beizutreten, die einst Mauthausen befreit hatte. Allerdings gab es zunächst Anlaufschwierigkeiten: Da Rubin bei seiner Ankunft in Amerika noch so gut wie kein Englisch sprach, fiel er zweimal beim Aufnahmetest durch. Er zog daraufhin von New York nach Kalifornien, wo er auf einen sympathischen Militärrekrutierer traf, der ihm beim Erlernen der neuen Sprache und dem Aufnahmetest behilflich war. Und siehe da, endlich klappte es und Tibor Rubin wurde offiziell Soldat der US-Armee. Ursprünglich wollte er dort zunächst das Metzgerhandwerk erlernen, doch dann kam alles ganz anders und er wurde unmittelbar an der Waffe ausgebildet und zeitnah in den Koreakrieg entsandt.

Rubins Weg zur Ehrenmedaille war dann steinig und gepflastert von Komplikationen und Sabotage. Bevor er die Auszeichnung letztendlich erhielt, wurde er zweimal für sie vorgeschlagen und beide Male offenkundig übergangen. Einmal für seine herausragende Leistung bei der Schlacht um den Busan-Perimeter im Sommer 1950. Und ein zweites Mal dafür, zwei Nordkoreanische Kompanien zur Kapitulation gebracht zu haben. Beide Male hatte der für Rubin zuständige Sergeant – Erzählungen nach ein eingefleischter Antisemit – es versäumt, die für die Ehrung notwendigen Papiere auszufüllen und einzureichen. Rubins Anteil am Sieg in der Schlacht um den Busan-Perimeter sollte später dennoch als einer von drei Gründen für seine Auszeichnung genannt werden.

Viele heldenhafte Einsätze

Der erwähnte Sergeant, Arthur Peyton, hatte ihm damals angeordnet, einige Meilen hinter den restlichen Streitkräften zurückzubleiben, während diese ihre Position wechselten. Rubin war angewiesen, ein großes Waffenlager zu bewachen, das aus Maschinenpistolen mitsamt Munition, Karabinerclips, Mörser- und Handgranaten bestand. Obwohl für gewöhnlich mehrere Soldaten für diese Aufgabe vorgesehen waren, blieb die versprochene Verstärkung aus und so musste sich Rubin eines Nachts völlig allein mehreren nordkoreanischen Soldaten entgegenstellen und verhindern, dass ihnen das Waffenarsenal in die Hände fällt. Und tatsächlich: Es gelang ihm im Alleingang, die feindlichen Streitkräfte in die Flucht zu schlagen.

„Ich dachte, das sei ein hoffnungsloser Fall. Aber ich rannte wie ein Wilder von einem Schützenloch zum nächsten und warf dabei unentwegt mit Granaten um mich, sodass die Nordkoreaner dachten, sie würden gegen mehr, als nur eine Person kämpfen. Dabei war ich ganz allein.“

– Tibor Rubin

Der zweite Coup, für den Rubin geehrt werden sollte, gelang ihm im Herbst 1950. Während dem Kampf um die Stadt Unsan wurde Rubins Einheit von chinesischen Streitkräften angegriffen, die den Nordkoreanern im Krieg zur Hilfe geeilt waren. Rubin sah sich zwei Aufgaben gegenübergestellt: Zum einen, die Chinesen abzuwehren und zum anderen, das Hauptquartier seines Bataillons vor den Nordkoreanern zu verteidigen. Rubin tat dies über mehrere Stunden, bis schließlich eine Granate sein Maschinengewehr beschädigte und ihn schwer verwundete, was ihn dazu zwang, die Flucht zu ergreifen. Am Ende der Schlacht um Unsan gelang es lediglich 200 Soldaten seiner Einheit in ihr Hauptquartier zurückzukehren, doch Rubin war nicht darunter. Er wurde von den Chinesen gefangen genommen und in ein Kriegsgefangenenlager deportiert. Die heldenhaften Taten, die er dort verbrachte, werden später den dritten Grund für seine Auszeichnung mit der "Medal of Honor" liefern.

Zum Zeitpunkt seiner Gefangenschaft war Rubin an Hand, Bein und Brust verletzt. Die Chinesen versorgten seine Wunden und baten ihm an, ihn an sein Heimatland Ungarn auszuliefern, welches damals hinter dem sog. Eisernen Vorgang lag, was Rubin jedoch ablehnte. Stattdessen schlich er sich des Nachts aus dem Gefangenenlager, um Essen für seine Kameraden zu sammeln. Er brach sogar in die Vorratskammern feindlicher Truppen ein, im Wissen, dass ihm, sollte man ihn dabei erwischen, der sichere Tod drohte. Über Wochen hinweg versorgte er dadurch heimlich seine Mitgefangenen und rettete 35 bis 40 Soldaten das Leben.

Späte Ehrung

Derselbe Antisemitismus, den Rubin bereits während des Koreakriegs durch seinen Sargeant erleben musste, führte höchstwahrscheinlich auch dazu, dass seine Nominierung für die "Medal of Honor" über Jahre hinweg beiseitegeschoben wurde. 1993 leitete das US-Militär schließlich eine Studie in die Wege, welche Fälle von Diskriminierung untersuchen sollte, die sich womöglich negativ auf militärische Auszeichnungen ausgeübt haben könnten. Erst im Jahr 2001 und nachdem der Kongress konkrete Untersuchungen im Fall Tibor Rubin in Auftrag gegeben hatte, kamen Rubins überragende militärische Leistungen ans Licht der Öffentlichkeit. Vier weitere Jahre mussten vergehen, bis schließlich am 23. September 2005 der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, George W. Bush, Tibor Rubin in einer Zeremonie im Weißen Haus die Ehrenmedaille verlieh.

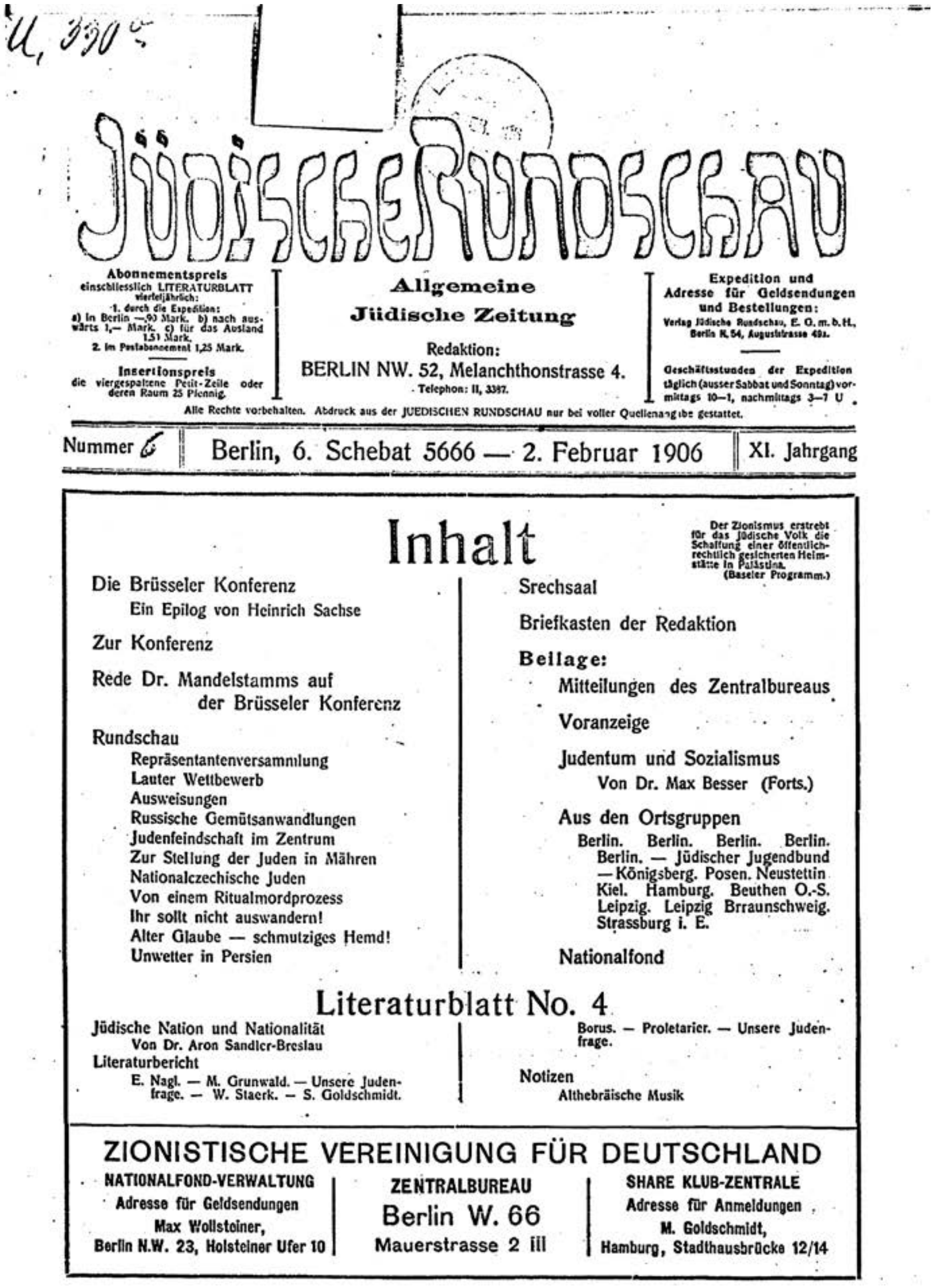
„Er rettete hunderten Soldaten das Leben. In der Hitze des Gefechts inspirierte er seine Kameraden mit seiner Furchtlosigkeit. Und inmitten der Unmenschlichkeit des chinesischen Kriegsgefangenenlagers gab er ihnen Hoffnung. Einige von ihnen sind heute Abend hier und sie haben nie vergessen, was sie diesem Mann zu verdanken haben. Tibor Rubin heute die Ehrenmedaille zu überreichen, soll zum Ausdruck bringen, dass auch die Vereinigten Staaten von Amerika es nicht vergessen haben."

– George W. Bush

Tibor Rubin verbrachte den Rest seines Lebens in Garden Grove in Kalifornien und arbeitete im Spirituosengeschäft seines Bruders. Außerdem war er zeitlebens als ehrenamtlicher Helfer im Veteranen-Krankenhaus von Long Beach aktiv, wo er eine Auszeichnung für 20.000 vollbrachte Stunden gemeinnütziger Arbeit erhielt. Im Jahr 2017 wurde besagtes Krankenhaus dann sogar nach ihm benannt.

Er starb am 5. Dezember 2015 in seinem Haus in Kalifornien im Kreise seiner Familie – in dem Land, dem er sein gesamtes Leben verschrieben hatte.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.



JÜDISCHE RUNDSCHAU

Abonnementspreis einschliesslich LITERATURBLATT vierteljährlich: 1. durch die Expedition: a) in Berlin —,90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark. 2. im Postabonnement 1,25 Mark.

Insertionspreis die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Allgemeine Jüdische Zeitung

Redaktion: BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4. Telephon: II, 3387.

Expedition und Adresse für Geldsendungen und Bestellungen: Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H., Berlin N. 54, Auguststrasse 49a.

Geschäftsstunden der Expedition täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 U.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 6 | Berlin, 6. Schebat 5666 — 2. Februar 1906 | XI. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm.)

Die Brüsseler Konferenz
Ein Epilog von Heinrich Sachse
Zur Konferenz
Rede Dr. Mandelstamms auf der Brüsseler Konferenz
Rundschau
Repräsentantenversammlung
Lauter Wettbewerb
Ausweisungen
Russische Gemütsanwandlungen
Judenfeindschaft im Zentrum
Zur Stellung der Juden in Mähren
Nationalczechische Juden
Von einem Ritualmordprozess
Ihr sollt nicht auswandern!
Alter Glaube — schmutziges Hemd!
Unwetter in Persien
Srechsaal
Briefkasten der Redaktion
Beilage:
Mitteilungen des Zentralbureaus
Voranzeige
Judentum und Sozialismus
Von Dr. Max Besser (Forts.)
Aus den Ortsgruppen
Berlin. Berlin. Berlin. Berlin. Berlin. — Jüdischer Jugendbund — Königsberg. Posen. Neustettin Kiel. Hamburg. Beuthen O.-S. Leipzig. Leipzig Brraunschweig. Strassburg i. E.
Nationalfond

Literaturblatt No. 4

Jüdische Nation und Nationalität
Von Dr. Aron Sandler-Breslau
Literaturbericht
E. Nagl. — M. Grunwald. — Unsere Judenfrage. — W. Staerk. — S. Goldschmidt.
Borus. — Proletarier. — Unsere Judenfrage.
Notizen
Althebräische Musik

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

NATIONALFOND-VERWALTUNG
Adresse für Geldsendungen
Max Wollsteiner,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

ZENTRALBUREAU
Berlin W. 66
Mauerstrasse 2 III

SHARE KLUB-ZENTRALE
Adresse für Anmeldungen
M. Goldschmidt,
Hamburg, Stadthausbrücke 12/14

Aufstieg und Fall der HIAS-Organisation

Das jüdische Hilfswerk HIAS half ein Jahrhundert lang jüdischen Flüchtlingen und Auswanderern bei ihrer Ankunft in der Fremde. HIAS bot ihnen Unterkunft, Nahrung, medizinische Hilfe und unterstützte bei der Suche nach Verwandten. Doch im Zuge eines Linksrutsches hat man sich vom ursprünglichen Gedanken an den Zionismus abgekehrt und wandte sich schließlich sogar gegen Israel.

Von Aleksandr Nepomnyashchiy

Zwischen 1881 und 1914 emigrierten mehr als zwei Millionen Juden, meist aus dem Russischen Reich und dem Kaiserreich Österreich-Ungarn, auf der Flucht vor Pogromen und Verfolgung in die USA.

Am 1. Januar 1892 wurde auf der nahe gelegenen Ellis Island eine Einwanderungsbehörde eröffnet. Dabei durften die wohlhabenden Passagiere in Manhattan aussteigen und kamen ohne Registrierung ins Land; die Ankömmlinge der dritten und vierten Klasse wurden nach Ellis gebracht. Diejenigen, die die es nicht schafften, sich am gleichen Tag dem Registrierungsprozedere zu unterziehen, wurden über Nacht auf der Insel gelassen, die Kranken brachte man ins Krankenhaus. Etwa 2% aller (nicht nur jüdischer) Einwanderer kehrten ohne Erlaubnis zurück.

Herzlich willkommen!

1892, im Jahr, in dem die US-Administration die Einwanderungsbehörde nach Ellis Island verlegte, wurde die Hebrew Immigrant Aid Society (HIAS) – jüdisch-amerikanische Auswanderungshilfswerk – neu gegründet. Sie existierte bereits seit 1881, wurde jedoch nach zwei Jahren geschlossen. Nun hatten sich die Organisatoren von HIAS erneut entschieden, jüdischen Einwanderern das Leben zu erleichtern.

Zunächst hat die Organisation ihre Vertreter auf Ellis Island platziert. Mit blauen Hüten mit gesticktem HIAS-Kürzel waren sie die ersten, die den Einwanderern begegneten. Ein herzliches „Willkommen“, die Begegnung beschränkte sich nicht auf einen Ausdruck der Solidarität; es gab unmittelbare Hilfe. Den Neuankömmlingen wurden die Einreisegesetze erklärt, die Fragen der Einwanderungsbehörde ins Jiddische übersetzt, ihr Geld in Dollar umgetauscht und die Abgelehnten rechtlich beraten. Manchmal gelang es HIAS-Vertretern, den Eifer der Beamten zu dämpfen, welche die jüdischen Einwanderer unbedingt ablehnen wollten.

Die HIAS-Hilfe reichte weit über Ellis Island hinaus. Aktivisten holten Juden, die eine Genehmigung für New York erhalten hatten, ab. Sie versuchten sie vor Betrügern zu schützen, die bereits im Hafen warteten. Begleiteten sie und halfen bei der Kontaktaufnahme mit amerikanischen Verwandten. HIAS eröffnete Arbeitsbörsen und Kurse für Immigrantenkinder auf der Lower East Sid, leistete Rechtsbeistand beim Erwerben der Staatsbürgerschaft, gab eine zweisprachige Zeitung „Jewish Immigrant“ auf Jiddisch und Englisch heraus und verbreitete sie in den USA und Russland. In Europa gelang es den HIAS-Vertretern, in Verhandlungen mit Reedereien große Ergolge zu erzielen, sodass die Bedingungen für jüdische Reisende verbessert wurden: So hat beispielsweise das deutsche Unternehmen HAPAG auf Schiffen die Aushänge mit Schiffsregeln auf Jiddisch eingebracht. In einigen Fällen war es sogar möglich, koschere Mahlzeiten auf der Reise zu organisieren.

Zwischen 1881 und 1914 kamen auch 2 Millionen Juden aus Europa in die USA

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges ist HIAS von einer kleinen Gruppe, die jüdischen Einwanderern auf Ellis Island und der Lower East Side half, zu einer großen Organisation mit Büros im ganzen Land herangewachsen. 1912 waren es bereits 50.000 Menschen, die Informationsabteilung der New Yorker Niederlassung von HIAS aufsuchten. 15.000 Einwanderer erhielten Hilfe und etwa 4.000 Kinder erhielten schulischen Unterricht.

Nach Westen durch den Osten

Während der Kriegsjahre dehnten sich die HIAS-Aktivitäten über die Grenzen der USA hinaus aus. Hunderttausende Juden in Russland, Polen und Galizien wurden in dieser Zeit interniert, wurden verfolgt und litten unter Willkür. Die Organisation half jüdischen Flüchtlingen, die Kriegsgebiete zu verlassen.

Insgesamt kamen während des Ersten Weltkrieges etwa 62.000 Juden in die USA. Einige gelangten über die japanische Hafenstadt Yokohama an die Westküste. Unter ihnen eine Gruppe von etwa 20.000 Juden, die vor den Bolschewiki in den Ural geflohen waren. Etwa 2.000 konnten mit der Transsibirischen Eisenbahn nach Wladiwostok und Harbin und von dort nach Yokohama gelangen. In diesen drei fernöstlichen Städten hab es sehr viele jüdische Flüchtlinge, die hofften, in die Vereinigten Staaten ausreisen zu können. Das war der Grund, warum HIAS in diesem Teil der Welt aktiv wurde.

In Fernost angekommen, fanden sich die Flüchtlinge in einer völlig fremden Umgebung und extremer Armut wieder. Samuel Mason, HIAS-Gesandter im Fernen Osten, beschreibt in seinen Berichten ihre Notlage und betont, wie wichtig es sei, ihnen Unterkunft, Nahrung, medizinische Versorgung und Hilfe bei der Suche nach Verwandten in den Vereinigten Staaten zu bieten. Dank Masons Bemühungen wurde ein HIAS-Büro in Yokohama eröffnet, das jüdische Flüchtlinge während des ganzen Weges in die USA oder in ein anderes Land im Auge behielt. In Yokohama entstand eine Synagoge, in der jüdische Feiertage gefeiert, kulturelle Veranstaltungen und Familienzeremonien abgehalten wurden.

Nach Kriegsende riss der Einwanderungsstrom aus Fernost ab. Die neu eröffneten Seewege ermöglichten wieder die Aufnahme der Immigranten über die Häfen der westeuropäischen Städte und 1920 wurde das Büro in Yokohama geschlossen.

Einschränkungen

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen brachte große Veränderungen für die jüdische Einwanderung mit sich. Sie unterschied sich jetzt grundlegend von der früheren, die Ende des 19. Jahrhunderts begann. Die geopolitische Realität hatte sich völlig verändert: Viele neue Nationalstaaten mit eigenen, oft recht strengen Einwanderungsgesetzen, waren entstanden. Die neuen Konsulate in Europa achteten viel mehr auf Reisedokumente und Genehmigungen. All dies hat die Einwanderung zu einem noch längeren und schmerzhafteren bürokratischen Prozess gemacht, der die Bewegungsfreiheit innerhalb und außerhalb Europas stark einschränkte. Zur gleichen Zeit wurden im Bürgerkrieg, der 1918 bis 1920 in der Ukraine tobte, etwa 100.000 Juden getötet und verwundet. Zehntausende Überlebende versuchten, ihre erschreckend fremd gewordene Heimat zu verlassen.

> Im Jahr 2014 lehnte HIAS schließlich offiziell ihre jüdischen Wurzeln ab. Mark Hatfield, Präsident und CEO von HIAS erklärte, das Wort „jüdisch“ sei ein völlig unnötiges, einschränkendes Detail

Aus Angst vor der Einwandererflut aus dem katastrophengeschüttelten Europa verabschiedeten die USA zwei restriktive Gesetze. Ein Gesetz von 1921 gab jedem Land eine Einwanderungsquote in Höhe von 3 % seiner Staatsbürger, die 1910 in den USA ansässig waren. 1924 wurde diese Quote per Gesetz auf 2 % reduziert. Bald wurde das Jahr 1890 als maßgebend festgelegt: In diesem Jahr war die Zahl der Juden und Italiener in den USA relativ gering. Einreisevisa wurden nicht mehr auf Ellis Island ausgestellt, sondern in den amerikanischen Konsulaten in den Herkunftsländern.

Durch die Quotengesetze hat sich die Zahl der zugelassenen Immigranten stark reduziert. Überall gab es lange Schlangen vor den US-Konsulaten. Diese Situation machte HIAS zur größten und wichtigsten Einwanderungsorganisation in der jüdischen Welt. So wurden HIAS-Büros in Ländern mit großer jüdischer Immigration eröffnet.

Gemeinsam mehr erreichen

Im September 1921 organisierte die Jewish Colonisation Association (ICA) eine Konferenz in Prag, um die Probleme der jüdischen Einwanderung anzugehen. Auf dem Treffen, an dem 32 Delegierte aus 20 Organisationen teilnahmen, wurde beschlossen, ein Gemeinsames Komitee für jüdische Emigration – Emigdirekt – zu gründen. Auf der Gründungskonferenz von Emigdirekt traf man eine Reihe praktischer Entscheidungen: die Tätigkeit der Einwanderungsunternehmen muss einheitlich werden; zuverlässige und aktuelle Informationen müssen veröffentlicht werden; mit Konsulaten muss über die Beschaffung von Visa verhandelt werden; jüdischen Einwanderern, die in den Häfen Europas auf die Ausreise warten und an einem neuen Ort Arbeit suchen, notwendige Hilfe zuteilwerden lassen.

Eine wichtige Errungenschaft von Emigdirekt war die Gründung einer Bank, die die finanzielle Verwaltung der jüdischen Einwanderung übernahm: Geldwechsel, Überweisungen in verschiedenen Währungen, Verkauf von Schiffstickets, Kredite und finanzielle Unterstützung für Einwanderer.

Die neue Organisation begann mit der Herausgabe einer Zeitung auf Jiddisch – „Jüdische Emigration“, die viele notwendige Informationen lieferte. Das Gemeinsame Komitee führte Verhandlungen mit den Reedereien, um günstigere Tickets bei gleichzeitig besseren Reisebedingungen zu erwerben.

Nachdem sich herausstellte, dass

die US-Tore für jüdische Immigranten geschlossen wurden, begann Emigdirekt, die Ticketpreise für Schiffe nach Südamerika zu senken. Die Organisation kaufte Hunderte von Tickets von verschiedenen Reedereien und verkaufte sie zu einem reduzierten Preis. So mussten die Einwanderer keine teuren Verträge mit Reisebüros oder Reedereien abschließen.

Ende 1926 bildeten HIAS, ICA und Emigdirekt eine Struktur namens „HICEM“ und begannen mit 23 Einwanderungsunternehmen in 18 Ländern zusammenzuarbeiten. In den ersten neun Monaten suchten etwa 70.000 Menschen die Büros der neuen Organisation auf, 12.000 Bewerber erhielten Rechtsberatung und mehr als 31.000 Einwanderer konnten in verschiedene Länder ausreisen. Darüber hinaus bot HICEM Ressourcen für die berufliche Umschulung an. Für einwanderungswillige Juden wurden landwirtschaftliche Kurse organisiert.

Im Namen des Zionismus

Eine der Hauptaktivitäten von HICEM war die Suche nach Ländern, die bereit waren, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Vertreter der Organisation besuchten Südamerika und entschieden, dass die besten Bedingungen in Argentinien, Brasilien und Uruguay herrschten. Gleichzeitig half HIAS auch der zionistischen Bewegung: Sie unterstützte Repatrianten, die mittellos in Europa festsaßen, auf jede erdenkliche Weise. In den USA sammelten sie Spenden speziell für die Alija (*bedeutet für Juden die Rückkehr in das Land der Urväter, Eretz Israel, – Anm. d. Übers.*). Außerdem unterstützte HIAS Heime für Repatrianten in Europa.

Im Angesicht des Bösen

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland versuchte HIAS vergeblich, den dort verbliebenen Juden zu helfen. Die Organisation verhandelte mit der US-Regierung über eine Erhöhung der Einwanderungsquoten aus Deutschland. Die HIAS-Chefs versuchten, die US-Präsidenten Hoover und Roosevelt direkt zu kontaktieren. HIAS entsandte auch einen Vertreter zur Evian – Konferenz, die am 6. Juli 1938 einberufen wurde, um die Frage der jüdischen Flüchtlinge zu erörtern. Als jedoch klar wurde, dass die harte Einwanderungspolitik nicht zu ändern war, konzentrierte die Organisation ihre Bemühungen auf die Ausreise jüdischer Flüchtlinge nach Südamerika. Eine Zweigstelle von HIAS wurde in Lissabon eröffnet, wo sich jüdische Flüchtlinge aus ganz Europa sammelten. Darüber hinaus begann die Organisation, Juden, die durch die Verfolgung in Europa alles verloren hatten, wirtschaftliche Hilfe zu leisten.

Leider war in den grauenvollen Jahren der organisierten Vernichtung der Juden die Tätigkeit von HIAS praktisch unmöglich. Erst nach dem Krieg konnten die Vertreter der Organisation wieder aktiv werden, vor allem in Lagern für sog. Displaced Persons. Sie halfen, Familien wieder zusammenzuführen, überlebende Verwandte zu finden oder zumindest Informationen über ihr Schicksal zu erhalten. HIAS half Überlebenden dabei, ihre Ausweise wiederzuerlangen, was ein äußerst verwirrendes und komplexes bürokratisches Verfahren war: Ehemalige

Ellis Island im Hafen von New York. Vertriebene werden zur Einwanderungsstelle geschickt

Häftlinge hatten in der Regel keine Dokumente, viele benutzten noch gefälschte Papiere. HIAS half in den Lagern für Vertriebene und begleitete Menschen in den ersten Jahren nach der Befreiung.

Zwischen den Stühlen

In den Nachkriegsjahren hat HIAS viel getan, um dem jungen jüdischen Staat zu helfen, der gezwungen war, viele Hunderttausende von enteigneten, bettelarmen Repatrianten aus muslimischen Ländern und Osteuropa aufzunehmen. Mit HIAS-Mitteln wurden in ganz Israel 135 Aufnahmezentren für 8.000 Menschen gebaut, die in ihrer historischen Heimat ihr erstes Zuhause fanden.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland versuchte HIAS vergeblich, den dort verbliebenen Juden zu helfen

HIAS mietete Flugzeuge für die israelische Regierung, um Repatrianten nach Israel zu holen, und vergab Kredite zu Sonderkonditionen an diejenigen, die Hilfe benötigten.

Der organisatorische und finanzielle Beitrag von HIAS zur gewaltigen Alija der 1950er Jahre war groß. Aber da die Priorität von HIAS darin bestand, Einwanderern und nicht dem Zionismus zu helfen, half die Organisation auch denen, die sich entschieden, Israel zu verlassen.

Vielleicht war es in dieser Zeit, als der jüdische Staat bereits gegründet war und die Organisation sich bewusst und prinzipiell entschied, die Idee des Zionismus abzulehnen, dass der unvermeidliche Niedergang dieser glorreichen und wichtigen jüdischen Organisation begann.

Eine scharfe Kurve

Die letzte große Gruppe jüdischer Einwanderer in die USA, die von HIAS unterstützt wurden, gab es in den 1970er bis 1990er Jahren; es waren Juden aus der Sowjetunion. Danach versiegte der Zustrom von Einwanderern. Man könnte natürlich weiterhin der jüdischen Repatriierung nach Israel helfen, aber der Zionismus hat im Laufe der Jahre offenbar jegliche Attraktivität für die führenden Köpfe von HIAS verloren. Im Jahr 2014 lehnte HIAS schließlich offiziell ihre jüdischen Wurzeln ab. Außerdem verzichtete sie zugunsten einer Abkürzung auf ihren vollen Namen. Mark Hatfield, Präsident und CEO von HIAS erklärte, das Wort „jüdisch“ sei ein völlig unnötiges, einschränkendes Detail.

HIAS ist weiterhin tätig, aber die Flüchtlinge, mit denen sie sich heute befasst, kommen hauptsächlich aus dem Nahen Osten und Afrika in die USA und sind größtenteils Muslime. Daher kooperiert HIAS bei ihren Aktivitäten jetzt intensiv mit islamischen Gruppen, einschließlich solcher, die mit terroristischen Organisationen in Verbindung stehen. Zum Beispiel war HIAS ein Partner von Islamic Relief, der US-Tochtergesellschaft von Islamic Relief International, die in Israel wegen terroristischer Aktivitäten verboten wurde. HIAS arbeitete auch mit dem Council on American-Islamic Relations zusammen, einer Organisation, die verdächtigt wird, mit der Holy Land Foundation verwickelt zu sein. Letztere wurde für die Finanzierung der Hamas schuldig gesprochen.

HIAS schreckt auch nicht davor zurück, mit nominell jüdischen, aber aktiv antiisraelischen Gruppen wie der Jewish Voice for Peace und IfNotNow zusammenzuarbeiten, welche führende Akteure in der antisemitischen BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestition und Sanktionen) gegen Israel und ihre Unterstützer in den USA sind. Im Juni 2017 schlossen sich HIAS-Präsident Hatfield und seine Stellvertreterin, die Reformrabbinerin Jenny Rosen, diesen Organisationen an, indem sie einen Brief unterzeichneten, der Linda Sarsour verteidigte. Sarsour ist eine antisemitische politische Aktivistin, die die Zerstörung Israels fordert. Sie ist außerdem eine Unterstützerin der Hamas und der „Nation of Islam“, deren Führer Louis Farrakhan ein Bewunderer von Hitler ist.

Auch in Israel ist HIAS weiterhin tätig: Sie kooperiert mit linksradikalen Gruppen und verhindert die Abschiebung illegaler Eindringlinge aus dem Sudan und Eritrea. Völlig ignorierend, dass Israel kein Einwanderungsstaat ist und keine Einwanderungsgesetze hat und das Rückführungsgesetz nur für Juden und ihre Nachkommen mit Familien gilt, starteten HIAS-Aktivisten im Sommer 2020 einen Protest und forderten von dem Staat Israel, die Rechte illegaler afrikanischer Eindringlinge, die aufgrund der Pandemie ihren Arbeitsplatz verloren hatten, zu erweitern.

Ein Jahrhundert lang half die jüdische Organisation HIAS erfolgreich jüdischen Flüchtlingen. Sie hat es geschafft, Tausende von Menschen vor Entbehrungen, Hunger und vor dem Tod zu retten. Die grundsätzliche Ablehnung des Zionismus in einer Zeit, in der Israel zur Heimat des jüdischen Volkes wurde, machte die einst wichtige jüdische Organisation schließlich zu einem Verbündeten derjenigen, die offen gegen das jüdische Volk, seine nationalen Rechte und seine Zukunft kämpfen.

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

105 Jahre russische Februarrevolution

Nach der bürgerlichen Februarrevolution und der jahrhundertelangen Entrechtung im Zarenreich, bekamen die Juden endlich die gleichen Rechten wie die übrige Bevölkerung Russlands. Zumindest dem staatlichen Antisemitismus war damit ein Ende gesetzt worden. Doch dann obsiegte der Bolschewismus mit seiner diktatorischen Willkür und seinem militanten Atheismus und erschwerte den Juden nicht nur die Religionsausübung, sondern machte sie auch wieder zum Sündenbock.

Farbige Lithografie aus dem Jahr 1904 zur Situation der Juden im Russischen Reich

Von Alexander Kumbarg

Wir wählen die Freiheit! Die russische Februarrevolution gilt als eines der bedeutendsten Ereignisse in der Geschichte Russlands. Das Land stand direkt an der Schwelle zu Freiheit und Demokratie. Das Riesenreich war kurz davor, Teil einer Gemeinschaft von zivilisierten Ländern zu werden. Doch diesen Schritt zu wagen, das gelang letzten Endes nicht. Und die Folgen dieses Versagens prägten schließlich die Zukunft und die Geschichte des einstigen zaristisch-russischen und sowjetischen Imperiums. Auch wirkte es sich spürbar auf das Schicksal der in dem Reich lebenden Juden aus.

Raus aus der Finsternis

Die Autokratie der Zaren als Machtkonstrukt entsprach immer weniger dem Zeitgeist, den Erfordernissen der Zeit, sie behinderte die notwendigen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen. Und natürlich hat zusätzlich der Erste Weltkrieg dem Land und dem Volk hart zugesetzt. Die Februarrevolution, die der Autokratie ein Ende bescherte, löste bei einem Großteil der Bevölkerung Russlands Freudensprünge aus, nicht zuletzt bei den Juden, denn hatten gerade sie im Zarenreich unter Diskriminierung zu leiden.

Die Revolution fiel mit dem Purimfest zusammen, was viele natürlich für ein übernatürliches Zeichen hielten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die fast sechs Millionen starke jüdische Bevölkerung des Russischen Reiches einer Welle von Pogromen und Schikanen ausgesetzt gewesen. Hinter diesem Terror standen religiös und nationalistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit, Zweifel am Patriotismus der Juden Russland gegenüber, Konkurrenzangst und Ähnliches. Hinzu kommt noch die wirtschaftliche Not, in der viele Russen damals steckten.

> In den damaligen jüdischen Zeitungen gab es die Rubrik „Pogrome“, die Fälle von Raub, Körperverletzung und Mord dokumentierte.

Der 1925 gedrehte sowjetische Stummfilm „Jüdisches Glück“, basierend auf Schriften des jiddischsprachigen Autors Scholem Alejchem, zeigt hervorragend die miserablen Verhältnisse, in denen arme Juden in den sogenannten Ansiedlungsrayons des Russischen Zarenreichs lebten.

Angesichts der völlig abnormalen „Lösungsansätze“ bezüglich der „Judenfrage“, erkannten gewisse pragmatische Köpfe des Landes die Notwendigkeit den Konflikt nicht weiter ausarten zu lassen und die Beziehungen mit den Juden im Westen nicht zu zerstören. Solche Persönlichkeiten wie die Premierminister Pjotr Stolypin, Wladimir Kokowzew u.a. unterbreiteten Vorschläge zur Liberalisierung und Verbesserung der Situation der russischen Juden. Zar Nikolaus II. lehnte jedoch die meisten Ideen ab. Und hegte Sympathien für die rechtsextreme Organisation „Schwarze Hundertschaften“.

Typische Auswege für die Juden aus der Misere waren der Übertritt zum christlichen Glauben oder die Auswanderung. Viele entschieden sich für das Verlassen des Landes.

Am 21. März 1917 hob die Provisorische Regierung Russlands eine Vielzahl von Einschränkungen für jüdische Mitbürger auf. Bekannte Antisemiten wie der Justizminister Iwan Stscheglowitow, der ehemalige Vorsitzende des rechtsradikalen „Bundes des russischen Volkes“, Alexander Dubrowin, die Herausgeber antijüdischer Hetzblätter usw. wurden festgenommen. Natürlich wurden auch die „Schwarzen Hundertschaften“ verboten. Eine Reihe von Personen, die an der „Beilis-Affäre“ beteiligt waren, bei der es um einen mutmaßlich jüdischen Ritualmord ging, wurden suspendiert.

Trotz alldem blieb ein konservativer Teil der jüdischen Bevölkerung dem so plötzlich aufgekommenen Regime Change misstrauisch.

Juden an vorderster Front

Die der zaristischen Autokratie entgegengesetzten sozialistischen und liberalen Parteien nahmen bereitwillig Juden in ihre Reihe auf. So stoßen wir unter den Führern der Menschewiki auf in Russland bekannte Namen wie Julius Martow, Michail Liber, Pawel Axelrod oder Fjodor Dan, im Spitzenkader der Sozialrevolutionäre auf Abram Gotz, Michail Gendelman, Mark Natanson, Salomon Anski, Ilja Fondaminski und andere. Der renommierte Anwalt Maxim Winawer war

einer der führenden Persönlichkeiten der „Kadettenpartei“ (eigentlich: Konstitutionell-Demokratische Partei), und ein Josef Gessen – Mitherausgeber der Parteizeitung.

Juden waren auch Mitglieder von Parteien der Volkssozialisten, der Oktobristen (Bund des 17. Oktober) und vieler anderer. Auch echte jüdische Parteien gab es. Die sozialdemokratische Partei „Der Bund“ und die Jüdische Volkspartei setzten sich für eine jüdische national-kulturelle Autonomie in Russland ein. Gleichzeitig schloss sich der Bund in allgemeinen politischen Fragen den Menschewiki an, und die Volkspartei stand auf Seiten der Kadettenpartei. Die zionistische sozialdemokratische Partei „Poale Zion“ trat für die Auswanderung nach Eretz Israel ein, um dort den Sozialismus aufzubauen.

Der jüdisch-russische Historiker Felix Kandel erinnert sich an Joseph Trumpeldor, - Soldat im Russisch-Japanischen Krieg -, als dieser im Sommer 1917 aus England nach Petrograd (heutiges St. Petersburg) reiste. Trumpeldor schlug der Provisorischen Regierung vor, eine hunderttausend Mann starke jüdische Armee zu bilden, die nach einem Feldzug durch Armenien, Mesopotamien und Transjordanien Palästina erobern würde. Eine Reihe von Ministern, mit denen er im Kontakt stand, befürworteten sein Vorhaben. Dann aber kamen die Bolschewiki an die Macht, und der Plan blieb unverwirklicht. Ebenfalls im Jahr 1917 wurde der „Allrussische Verband jüdischer Kämpfer zur Selbstverteidigung gegen Antisemiten“ ins Leben gerufen. Trumpeldor wurde zum Repräsentanten des Verbandes.

Sowohl der Schriftsteller Alexander Solschenizyn wie auch der Historiker Felix Kandel erwähnen in ihren Schriften Juden, die wichtige Positionen im neuen Regime innehatten. Maxim Winawer, Oskar Grusenberg, Herman Blumenfeld und I. Gurewitsch wurden Senatoren. Die Menschewiki A. Ginsburg-Naumow und S. Schwarz – stellvertretende Arbeitsminister, Kadett S. Lourie wurde stellvertretender Minister für Handel und Industrie, W. Gurewitsch – stellvertretender Innenminister.

Abram Gotz, Maxim Winawer, Leon Bramson, Fjodor Dan, Michail Liber bekamen alle den Vorschlag, Ministerposten in der Übergangsregierung einzunehmen, aber sie lehnten ab, weil sie dachten, dass ein solcher Akt ein schlechtes Licht auf die russischen Juden werfen könnte; ein Bärendienst in ihren Augen.

Grigori Schreider, Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre, wurde zum Oberbürgermeister von Petrograd gewählt, und der Sozialrevolutionär Pinchas Ruthenberg wurde stellvertretender Gouvernement-Kommissar.

Leo Trotzki, dessen eigentlicher Familienname Bronstein war, reiste nach Petrograd um dort eine Stelle als Vorsitzender des Stadtsowjets anzunehmen. In der Stadtverwaltung saßen Juden der verschiedensten Parteien, darunter: Juri Steklow, Michail Liber, Henrich Ehrlich, Leon Bramson u.a.

Gleichzeitig aber beteiligte sich die Mehrheit der russischen Juden nicht an der Politik, und gehörte auch keiner Partei an.

Die jüdische Kultur begann aufzuatmen, Dutzende Zeitungen in jiddischer und hebräischer Sprache, jüdische Verlage, Schulen und Kindergärten, Theater, Sportvereine etc. erschienen. Und einige Christen jüdischer Herkunft konvertierten zum Judentum.

Hassgefühle

Vielen Berichten zufolge war die aktive Beteiligung der Juden an der Revolution in den ersten Tagen nicht zu übersehen. Die Begeisterung der Leute, diese Aufbruchstimmung, war nicht zu leugnen. Aber lange nicht alle kamen mit der Vorstellung klar, dass eine Minderheit, die gestern noch als minderwertig gegolten hatte, urplötzlich wichtige Posten im Land einnahm. Der Judenhass verschwand nie ganz. Schon bald munkelte man über einen „Jüdischen Einfluss“, über die Beteiligung der Juden an politischen Umbrüchen im Land, ihre angebliche Schuld am Sturz des Zaren, am Scheitern russischer Streitkräfte, an der Lebensmittelknappheit usw.

Solschenizyn stellte keinen einzigen Pogrom wegen der Gleichberechtigung der Juden nach 1917 fest. Wenn sich irgendwo mal wieder besoffene Soldaten daneben benahmen und randalierten, so waren von ihrem Terror nicht nur jüdische Einrichtungen betroffen. Ein russischer Historiker namens Boris Chavkin stellt aber fest, dass die Fahnenflucht in der Armee erheblich zunahm und diejenigen, die von der Front wiederkamen, jüdische Ortschaften im Gouvernement Kiew, Wolhynien und Podolien ausplünderten. Ein Schutz dagegen war selten gegeben, die Männer der jüdischen Bevölkerung befanden sich an der Front. Die israelische Historikerin V. Lebedeva-Kaplan merkte an, dass ein randalierender Mob in Soldatenuniformen, die Worte „Hau die Judensau!“ grölend, im Juni in der Nähe der Hauptstadt über jüdische Läden herfiel.

In den damaligen jüdischen Zeitungen gab es die Rubrik „Pogrome“, die Fälle von Raub, Körperverletzung und Mord dokumentierte. Aber es muss auch gesagt werden, dass das Petrograder Exekutivkomitee des Rates der Arbeiter- und Soldaten zur Verhinderung von Pogromen eine Sonderkommission ins Leben rief, die die heikle Situation in den betroffenen Gebieten kontrollierte.

Russische Vorherrschaft

Heute noch gibt es viele Anhänger von Verschwörungstheorien über einen jüdisch-freimaurerischen Hintergrund der Revolution, über den „jüdischen“ Revolutionär Kerenski zum Beispiel. Obwohl zwei Jahre vor der Revolution der Vorsitzende der Kadettenpartei, Pawel Miljukow, offen verkündet hatte: „Es wird an einer antijüdischen Legende gefeilt, an einer Legende vom Juden als Erfinder der russischen Revolution … Aber zu behaupten, dass der Jude allein dem russischen Volk seine Freiheit gebracht hat, bedeutet zu glauben, dass der Russe ohne ihn überhaupt nicht im Stande gewesen wäre, sein Land zu befreien. Nein, ganz gleich wie sehr ich auch die außergewöhnliche Begabung des jüdischen Volkes respektiere, ich werde dem russischen Volk nicht die Fähigkeit absprechen, mit eigener Kraft die Befreiung herbeigeführt zu haben.“

Und sogar Solschenizyn, der das Zarenreich bekanntlich liebte, gab zu: „Nein, nicht die Juden brachten uns die Februarrevolution, zweifellos waren es die Russen. Wir selbst haben den Zusammenbruch verursacht. Der verehrte Zar, der Hofstaat, Top-Generäle, hartgesottene Administratoren, zusammen mit ihren Gegnern, der Intelligenzija, den Oktobristen, der liberalen Semzy-Bewegung, den Kadetten, den revolutionären Demokraten, Sozialisten u.a. Und so kam das Leid über uns. Ja, es gab Juden in diesen Kreisen, doch das ist noch lange kein Grund, die Revolution als jüdisch zu bezeichnen … Es waren russische Hände, der russische Dummkopf, der sie uns beschert hat.“

Der unnötige Oktober

Auch für Revolution im Oktober versucht man die Juden verantwortlich zu machen. Nach der Februarrevolution bekamen die Juden endlich die gleichen Rechten wie die übrige Bevölkerung Russlands, dem staatlichen Antisemitismus war endlich ein Ende gesetzt worden. Und da tauchte der Bolschewismus auf mit seinen Parolen „Land für die Bauern“ und „Freiheit für die Völker“. Natürlich wollten auch die Juden Frieden und Freiheit, allerdings hatten sie wenig mit den Bauern oder den Fabrikarbeitern gemein. Historisch bedingt, gab es unter den russischen Juden wenig Proletariat. Ein Großteil von ihnen war im Handel und Handwerk tätig, und der Februar hatte bereits viele ihrer Wünsche erfüllt. Der Bolschewismus mit seinem militanten Atheismus, seiner Diktatur, der Ablehnung des Privateigentums, war den meisten Juden fremd. So einen Oktober brauchten sie nicht. Die Mehrheit der Juden und ihre klugen Köpfe jener Zeit (Dubnow, Pasmanik, Winawer, Sliosberg u.a.) verurteilten den bolschewistischen Umsturz. Die Mitglieder der Partei der Bund etwa protestierten lautstark auf dem Zweiten Allrussischen Sowjetkongress.

> Die Begeisterung der Leute, diese Aufbruchstimmung, war nicht zu leugnen. Aber nicht alle kamen mit der Vorstellung klar, dass eine Minderheit, die gestern noch als minderwertig gegolten hatte, urplötzlich wichtige Posten im Land einnahm.

Juden schützen den Winterpalast

Bekannterweise stießen die Bolschewiki in Petrograd kaum auf Widerstand, und der Winterpalast wurde allein von dem Frauenbataillon und dem Bataillon der Fähnrichschüler verteidigt.

Unter den Militärschulabsolventen stoßen wir auf viele aschkenasische Familiennamen: Goldman, Epstein, Schwarzman, Schapiro u.a. Denn nach der Revolution gingen etwa 2500 Juden auf Militärschulen.

Alexander Sinegub, Lehrkraft an einer Fähnrichschule, der den Palast verteidigte, schrieb in seinen Memoiren, wie die sonst so mutigen Kosaken vor den Angriffen flohen. Sinegub versuchte sie zum Bleiben zu überreden, doch ein Kosaken-Fähnrich erwiderte ihm: „Bevor wir ankamen, erzählte man uns Märchen, von wegen das ganze Militär habe sich in der Stadt versammelt usw., aber in Wirklichkeit sind hier nur Weiber und Juden, und auch die Regierung besteht zu Hälfte aus diesen Judensäuen.“

Ende Oktober erhoben sich die Petrograder Militärschulabsolventen, genannt „die Junker“, gegen die Bolschewiki. Anführer des Aufstands war der rechte Sozialrevolutionär Abram Gotz, der Leiter des Komitees zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution. Der Aufstand wurde von den zahlenmäßig überlegenen Bolschewiki niedergerungen. Die jüdische Gemeinde von Petrograd hatte 50 Opfer durch Kämpfe auf den Straßen zu beklagen. Im Gegensatz zu den Geschichten in sowjetischen Lehrbüchern war der Oktober keineswegs unblutig.

Juden kämpften als Freiwillige auf Seiten der Weißen Garde. Juden – besonders die Sozialrevolutionäre und Mitglieder der Menschewiki – unterstützen antibolschewistische Untergrundorganisationen. Doch in der Freiwilligenarmee der Weißen machte sich ein ungeheurer Antisemitismus breit. Die Weiße Garde nutzte aktiv die „Protokolle der Weisen von Zion“ und andere judenfeindliche Märchen für ihre Zwecke. Vom Hass auf Trotzki und andere Bolschewiki-Führer jüdischer Herkunft geblendet, übertrugen ihn viele Offiziere der Weißgardisten auf die gesamte jüdische Bevölkerungsgruppe, sogar auf solche Juden, die entschieden gegen die Bolschewiki gekämpft hatten. Schon bald wurden jüdische Offiziere aus der Armee ausgeschlossen. Nicht verwunderlich also, weshalb sich viele Juden von den Weißgardisten distanzierten.

Ein Hoffnungsschimmer im Februar

Die Juden befürchteten, dass mit dem Sieg der Weißen Garde die Monarchie zurückkommen würde und dass dann die jüdische Minderheit sich für die Bolschewiki mit jüdischen Wurzeln verantworten müsste.

Der Antisemitismus der Weißen ist einer der Hauptgründe für die Entscheidung vieler Juden, sich in das rote Lager zu begeben.

Einen weiteren Ausweg aus dem Dilemma stellte die Auswanderung dar. Der Historiker Alexander Lokschin stellte fest, dass von den 2 Millionen russischen Emigranten im Jahr 1920, ca. 10 % Juden waren, sprich 200.000 Personen.

Der vielversprechende Februar, blieb der kleine Hoffnungsschimmer in einem finsteren Königreich. Eine Vielzahl bekannter Juden aus Russland bezeichneten diese revolutionären Tage im Februar als die glücklichsten in ihrem Leben. Ein ähnlicher Februar erwachte erst wieder Mitte der 1980er Jahre. Weltweit bekannt als «Perestroika», ein vom letzten Sowjetführer Michail Gorbatschow geprägter Leitbegriff für die Umstrukturierung von Politik und Gesellschaft.

Übersetzung aus dem Russischen: Edgar Seibel

Anatomie einer Moralpanik

Das Konzept der „Moralpanik“ wurde erstmals 1972 vom britisch-jüdischen Soziologen Stanley Cohen explizit formuliert. Es bietet Erkenntnisse, die helfen können, Bedrohungen der individuellen Freiheit zu verstehen und ihnen zu widerstehen. Seine Thesen sind gerade in unserer Zeit aktuell, da nicht nur die Meinungs- sondern auch die Denkfreiheit vom Diktat der Gutmenschen-Moral kontrolliert wird und die Gesinnungskontrolle zunehmend viele Bereiche unseres Alltags beherrscht.

Steven Davies/ aier.org

Das Konzept der „Moralpanik“ wurde erstmals 1972 vom britisch-jüdischen Soziologen Stanley Cohen explizit formuliert. Es bietet Erkenntnisse, die helfen können, Bedrohungen der individuellen Freiheit zu verstehen und ihnen zu widerstehen. Seine Thesen sind gerade in unserer Zeit aktuell, da nicht nur die Meinungs- sondern auch die Denkfreiheit vom Diktat der Gutmenschen-Moral kontrolliert wird und die Gesinnungskontrolle zunehmend viele Bereiche unseres Alltags beherrscht.

Unter Liberalen aller Art, sowohl klassischer als auch revisionistischer, nimmt heute die Wirtschaftswissenschaft einen Ehrenplatz ein. Erkenntnisse aus dieser Disziplin stehen im Mittelpunkt von Kommentaren und Analysen.

Es gibt jedoch auch andere Zweige des Baums der Wissenschaft, die ebenfalls Erkenntnisse liefern und uns helfen können, Bedrohungen der individuellen Freiheit zu verstehen und ihnen zu widerstehen. Die Soziologie bietet einige davon. Eine der mächtigsten und dringendsten in diesen Zeiten ist der Begriff einer Moralpanik.

WIKIMEDIA

Weit verbreitete Angst

Das Konzept der Moralpanik wurde erstmals explizit formuliert und so benannt in einem Buch des britischen Soziologen Stanley Cohen, das 1972 unter dem Titel „Folk Devils and Moral Panics: The Creation of the Mods and Rockers“ veröffentlicht wurde. Das Buch stellt die These auf, dass Gesellschaften periodisch unter Episoden von Panik und Angst einer bestimmten Art leiden.

In diesen Episoden gibt es eine weit verbreitete Angst und Besorgnis über eine wahrgenommene Bedrohung der Gesellschaft und Ordnung. Die Furcht und Angst sind übertrieben und unvernünftig (daher „Panik“). Dies liegt daran, dass entweder die Bedrohung oder das Problem völlig imaginär ist oder ihr Ausmaß und ihre Schwere ernsthaft übertrieben werden, selbst wenn es sich um ein reales Phänomen handelt. Die Bedrohung wird oft mit einer bestimmten abweichenden Gruppe oder Identität in Verbindung gebracht. Dies sind die „Volksteufel“ in Cohens Titel.

Wiederum kann die Gruppe eine reale, tatsächlich existierende sein, die dämonisiert und karikiert wird, oder sie kann wiederum völlig imaginär sein, ohne tatsächliche Existenz. Verwirrenderweise wird jedoch in einigen Fällen eine ursprünglich imaginäre Gruppe oder Subkultur real, wenn Menschen beginnen, das Verhalten und Aussehen der erfundenen und imaginären abweichenden Gruppe anzunehmen. Das letzte entscheidende Element ist, wenn die vermeintliche Bedrohung oder das Problem und die Gruppe, die angeblich dafür verantwortlich ist, in der Sprache der Moralität diskutiert und beschrieben werden; Die Gruppe wird als böse oder böswillig angesehen oder als Ausdruck eines moralischen Versagens irgendeiner Art (daher „moralisch“).

Es gibt also ein wiederkehrendes soziales Phänomen, bei dem viele Menschen von der Angst erfasst werden, dass die soziale Ordnung durch ein Verhalten oder eine Praxis bedroht wird, die sowohl schädlich als auch unmoralisch oder aus bösem Willen motiviert ist. Dieser Zustand der Panik existiert, obwohl es dafür keine wirkliche Grundlage gibt.

Wie aus der Angst Panik entsteht

Wie aber entsteht diese Panik? Moralpaniken haben fast alle die gleichen Merkmale und den gleichen Verlauf. Sie beginnen mit einer bestimmten Episode oder einem bestimmten Ereignis, oft real, aber manchmal völlig imaginär. Das Anfangsereignis findet eine sehr breite Berichterstattung und wird breit diskutiert.

An diesem Punkt wird der entscheidende Schritt vollzogen, der Panik auslöst. Bestimmte Personen (Moralunternehmer) behaupten, dass das gemeldete Ereignis tatsächlich nur ein Beispiel von etwas viel Weitverbreiteterem sei und dass es tatsächlich eine „Epidemie“ oder „Seuche“ dieser Art gibt (medizinische Sprache und Metaphern werden in dieser Phase oft verwendet), so dass die Häufigkeit bis auf die Stufe einer Krise zunimmt. Dies löst zunächst Besorgnis und Beunruhigung aus und führt dann zu einer Flut von Berichten, Gerüchten und Anschuldigungen. Diese werden nun berichtet, und so verstärkt sich der Eindruck, dass tatsächlich ein ernstes und uneingestandenes Problem oder eine Krise vorliegt. An diesem Punkt setzt die ausgewachsene Panik ein.

Dies führt unweigerlich zu Handlungsaufforderungen, dass „etwas getan werden muss“. Institutionen und mächtige Agenturen stehen nun unter starkem Druck, zu reagieren, oft auf der Grundlage von „Es muss etwas getan werden, da ist etwas, und deshalb sollten wir es tun.“ Darüber hinaus unterstützen oder glauben Personen in diesen Agenturen die Panik oft aus eigennützigen Gründen, nicht zuletzt, weil sie zu einer Steigerung ihrer eigenen Macht und ihres Status oder ihres Budgets führt.

Das bedeutet, dass Moralpaniken sowohl eine ideologische Quelle haben (die Moralunternehmer, die typischerweise aufrichtige Überzeugungen oder eine ideologische Agenda haben) als auch eine pragmatische (sie werden von Menschen mit pragmatischen oder eigennützigen Interessen aufrechterhalten und verstärkt, weil sie davon profitieren können). Ein Aspekt vieler Paniken ist die Behauptung, dass der Schaden das Ergebnis einer Verschwörung sei: Dies wird verwendet, um die Ablehnung der Panik mit der Begründung abzutun, dass jeder, der die Aufrufe zum Handeln nicht unterstützt, ein tatsächlicher oder unwissentlicher Agent der Verschwörung sei.

Fatale Mechanismen

Politiker und Regulierungsbehörden reagieren auf Moralpanik oft mit der Einführung von Gesetzen und Vorschriften, die bestenfalls unnötig und verschwenderisch, im schlimmsten Fall ernsthaft schädlich sind. Manchmal, wenn das Thema der Panik echt, aber übertrieben ist, haben Sie das Problem, dass ein Vorschlaghammer verwendet wird, um eine Nuss zu knacken, eine übertriebene und anmaßende Reaktion. Wenn die Panik etwas betrifft, das eigentlich nicht existiert, haben Sie danach Gesetze, die die Freiheit der Menschen stark einschränken oder ihnen ohne triftigen Grund hohe Kosten auferlegen.

Die wirklich schlimmen Ergebnisse treten jedoch oft dann auf, wenn Moralpaniken das Strafjustizsystem beeinträchtigen. Die Kombination führt oft zu Hexenjagden mit weit verbreiteten und schweren Justizirrtümern. Wenn die Panik nicht nur die Rechtsdurchsetzung (schwer genug), sondern auch die Gesetzgebung verzerrt, kann sie dazu führen, dass schlechte Praktiken in das Gesetz eingebettet werden und die gesamte Praxis und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit untergraben.

Ein kleines Beispiel davon geschah in Grossbritannien im Jahr 1991 mit dem Dangerous Dogs Act. Es gab eine Panik mit den üblichen Zügen wegen Angriffen von Hunden auf Kinder: Die Zahl solcher Vorfälle wurde übertrieben, es wurde behauptet, dass die Häufigkeit zugenommen habe, obwohl dies nicht der Fall war, und der Besitz von „gefährlichen Hunden“ wurde mit einer vermeintlichen besonderen Arbeiterklasse-Subkultur in Verbindung gebracht. In dem Gesetz wurde der Besitz von vier bestimmten Rassen verboten (aber ohne diese Rassen klar zu definieren), mehrere neue Straftaten wurden geschaffen und eine Reihe von Strafprozessen durchgeführt – alles ohne die Anzahl der Angriffe durch Hunde auch nur im Geringsten zu verringern.

Es gibt jedoch viele viel ernstere und umfangreichere Beispiele. Eines war die Panik über „satanischen rituellen Missbrauch“, die in den 1980er Jahren durch die englischsprachige Welt fegte. Hier war die Idee, dass es eine Untergrundverschwörung von Teufelsanbetern gebe, die im Rahmen satanischer Rituale regelmäßig Kinder sexuell und körperlich missbrauchten. Dies begann mit einer Anschuldigung in der McMartin-Vorschule in Los Angeles, die von einem Elternteil erhoben wurde, von dem später bekannt wurde, dass es paranoid schizophren war.

Dutzenden von Menschen wurde durch falsche Anschuldigungen das Leben ruiniert, ihre Kinder wurden ihnen gewaltsam weggenommen, und in mehreren Fällen wurden sie für Dinge, die sie nicht getan hatten, zu sehr langen Haftstrafen verurteilt, ohne Beweise und mit schwerwiegenden Verstößen gegen Strafrechtsverfahrensregeln. In diesem Fall gewannen Staatsanwälte und Strafverfolgungsbeamte an Status und Macht, während die Moralunternehmer eine unheilige Allianz aus religiösen Fundamentalisten (mit einem starken Glauben an einen aktiven physischen Teufel) und radikalen Feministinnen (die an den weit verbreiteten sexuellen Missbrauch kleiner Kinder durch Männer glaubten) bildeten.

Der Begriff der Moralpanik ist ein mächtiger, der vieles von dem erklärt, was in populären Massenmedien, öffentlichen Diskussionen und allzu oft in der tatsächlichen Politik vor sich geht. Es ist ein wertvolles intellektuelles Werkzeug, das Sie verwenden können, um sich vor ungerechtfertigter und gefährlicher Angst zu schützen und nicht von verblendeten oder skrupellosen Hausierern ausgenutzt zu werden.

aus dem Englischen
von Daniel Heiniger

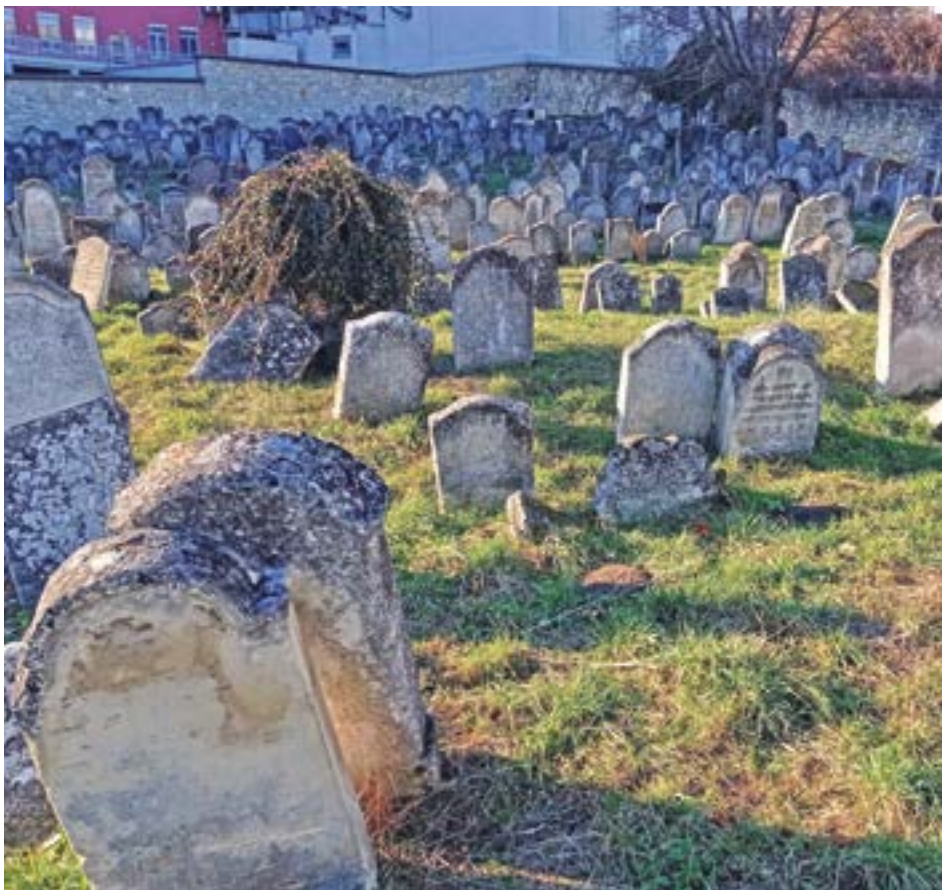
Jüdisches Erbe im Burgenland: Ein Land stellt sich der Vergangenheit

Paul I. Fürst Esterházy lud 1670 die aus Wien vertriebenen Juden ein. Rund 3000 Juden folgten seinem Ruf. Dank Esterhàzy gab es in den „Sieben-Gemeinden" eine eigene jüdische Verwaltung, eigene Ärzte und Hebammen. Die heutige Burgenländische Landesregierung pflegt dieses Andenken an das jüdische Erbe.

Von Halfdan Henriksson

Das österreichische Burgenland war immer schon etwas anders als die übrigen acht Bundesländer Österreichs. Das liegt vor allem daran, daß es erst nach Ende des Ersten Weltkriegs Teil der neugegründeten Republik Österreich wurde, weshalb das vergangene Jahr vom 100-Jahre-Jubiläum geprägt war. Davor war es über Jahrhunderte als Teil des Königreichs Ungarn, vor allem geprägt von dörflichen Strukturen und dem Großgrundbesitz adeliger Familien, von denen die Batthyánys und die Esterházys die bekanntesten sind. Beide Familien sind mit dem Entstehen der jüdischen Gemeinden eng verbunden.

Vor allem die Esterházyschen „Sieben-Gemeinden" in Eisenstadt, Mattersdorf (heute –burg), Kobersdorf, Lackenbach, Frauenkirchen, Kittsee und Deutschkreutz gelten als Keimzelle jüdischen Lebens. Sie entstanden durch die Einladung von Fürst Paul I. Esterházy, der 1670 die aus Wien vertriebene Juden einlud, sich in seinem Herrschaftsbereich niederzulassen. Rund 3000 Juden, vor allem orthodoxe, folgten diesem Ruf. In den folgenden Jahren entwickelte sich ein vielseitiges Gemeindeleben: Es gab eine eigene jüdische Verwaltung mit niederer Gerichtsbarkeit, eigenen Ärzte, Hebammen, Schächtern und zahlreichen anderen Berufen.



Den alten jüdischen Friedhof Eisenstadts gibt es seit dem Zuzug der Wiener Juden Ende des 17. Jahrhunderts. Der älteste erhaltene Grabstein stammt aus dem Jahr 1679, die letzte Bestattung fand hier 1875 statt.

Das jüdische Leben, das bedeutende Persönlichkeiten wie der Geiger Joseph Joachim, der Komponist Karl Goldmark oder Sándor Wolf, der Gründer des burgenländischen Landesmuseums prägten, fand ein abruptes Ende mit der Herrschaft des Nationalsozialismus. Nur wenige Monate nach dem Anschluss Österreichs verkündete Gauleiter Tobias Portschy bereits das Land als „judenfrei", alle außer zwei Synagogen wurden zerstört. Nach Beraubung bzw. Enteignung kamen die meisten von der damals 4.000 jüdischen Burgenländer nach Wien, und zwei Drittel von ihnen gelang die Emigration nach Großbritannien, die USA oder Palästina. Mindestens 1.300 wurden ab 1939 in Ghettos und Konzentrationslagern ermordet. Nur wenige kehrten nach dem Krieg in ihre Heimat zurück, heutzutage leben nur rund ein Dutzend dort.

Die ehemalige private Synagoge von Samson Wertheimer am Eisenstädter Oberberg gehört zu den wenigen im deutschen Sprachraum, welche das Pogrom von 1938 und die Zeit danach unbeschadet überstanden haben. Sie ist die älteste in ihrer ursprünglichen Funktion erhaltene Synagoge Österreichs. Bis 1840 hatte die ›Wertheimer'sche Schul‹, wie die Synagoge früher genannt wurde, ihren eigenen Rabbiner. Die Eisenkette am Pfeiler markiert die Grenze des ehemaligen Ghettos – mit ihr wurde am Sabbat die Gasse gesperrt. Sie ist ein Zeichen der damaligen jüdischen Autonomie.

Auch wenn durch das Verbrechen der Nationalsozialisten die Spuren des Judentums fast ausradiert worden sind, gibt es im heutigen Burgenland engagierte Bestrebungen, um die Erinnerung an die ehemaligen Mitbürger wachzuhalten.

Die ehemalige Synagoge in Eisenstadt ist Teil des „Österreichischen Jüdischen Museums" (ÖJM), welches 1972 als erstes seiner Art in Österreich gegründet wurde. Diese – im Übrigen immer noch geweihte – Synagoge ist die älteste ihrer Art und noch immer in seiner Funktion bestehende im ganzen Land. Die Synagoge von Stadtschlaining im Südburgenland wurde in den 1980er Jahren vom Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung gekauft und renoviert und dient als „Friedensbibliothek" gewissermaßen immer noch einem „spirituellen" Zweck. Von derselben Stadt ging 2001 die Einladung „Welcome to Stadtschlaining" aus, die an vertriebenene Schlaininger und ihre Nachkommen erging.

Der frühere Landeshauptmann Niessl rief 2010 das Projekt „Erinnerungszeichen" ins Leben, mit welchem die Sanierung alter jüdischer Friedhöfe in Kooperation mit Schulen gleichzeitig als Bildungsarbeit betrieben wird. Diese scheint insoweit erfolgreich, da die Verlegung der ersten Stolpersteine im Burgenland im letzten Jahr von Schulprojekten ausging: Ausdrücklich mit handgefertigten Originalen des deutschen Künstlers Gunter Demnig. Das ist insofern bemerkenswert, da man sich in der „barrierefreien" Bundeshauptstadt Wien am Begriff „Stolpersteine" stört und sich stattdessen mit industriell hergestellten „Steinen der Erinnerung" behilft. Auch Landtagspräsidentin Verena Dunst nahm persönlich an der Verlegung teil: „Das jüdische Erbe in unserem Bundesland ist ein wichtiger Teil unserer Erinnerungs- und Gegenwartskultur und darf nicht in Vergessenheit geraten. Deshalb lade ich besonders die Jugendlichen ein, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und unsere zahlreichen Gedenkstätten zu besuchen."

Auch für den aktuellen Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil (SPÖ) steht fest, dass „das Judentum und die jüdische Kultur wichtiger Bestandteil der österreichischen Identität" seien. Von ihm ging auch die Initiative aus, das Jüdische Zentralarchiv, einer bislang als Landesarchiv geführten Behörde, 2020 in die Obhut der Israelitischen Kultusgemeinde Wien zu übergeben. Gemeinsam soll der Aktenbestand digitalisiert und online zugänglich gemacht werden. Laut Doskozil „ein Quantensprung für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der jüdischen Geschichte und Kultur – vor allem auch im Bereich der jüdischen Alltagskultur".

Wie viele christliche Burgenländer hingen auch die jüdischen sehr an ihrer Heimat: Der letzte Rabbiner von Mattersburg, Shmuel Ehrenfeld, emigrierte 1938 nach New York und gründete dort die Gemeinde "Kirjat Mattersdorf". Zwanzig Jahre später kaufte er im Norden Jerusalems Land für seine Gemeinde, welche in Folge von seinem Sohn Akiva Ehrenfeld geleitet wurde. Die orthodoxe Gemeinde ist das lebendigste Relikt der Siebengemeinden, welche eingedenk ihrer Tradition auch eine eigene Jeschiwa, wie damals in Mattersburg, unterhält. Nach dem österreichischen Bundespräsidenten Thomas Klestil im Jahr 1994 besuchte auch Landeshauptmann Hans Niessl im Jahr 2008 Kirjat Mattersdorf. Dort wurde er, insbesondere im Altersheim, von ehemaligen Burgenländern sehr freundlich aufgenommen, die „ihren" Landeshauptmann begrüßten.

Wie man an der Tafel von 1982 sieht, bemüht man sich im Burgenland bereits seit über 40 Jahren, das historische Erbe nicht nur zu dokumentieren, sondern auch wach zu halten.

Die Juden von Albanien

Jüdische Albaner sind ein wahres Exotikum: Interview mit Amos Dojaka von der jüdischen Gemeinde Tirana (Teil 2)

Von Filip Gašpar

Das älteste Mitglied der jüdischen Gemeinde in Tirana

Jüdische Rundschau: Wie hast du von deinem Jüdisch sein erfahren?

Amos Dojaka: Meine Großmutter hat lange unter dem Verlust Ihrer Familie gelitten. Das hat sich darin geäußert, dass sie nicht mehr Deutsch sprechen wollte. Mit Leuten aus der deutschsprechenden Gemeinde wollte sie auch nichts zu tun haben. Meine Großmutter hat die jüdischen Feiertage gefeiert und für mich war es normal sie mitzufeiern. Aber über ihre Vergangenheit und auch damit einhergehend unsere jüdische Kultur und Tradition wollte bzw. konnte sie nicht reden. Es klingt makaber, aber sie fühlte sich schuldig dafür, überlebt zu haben. Erst sehr viel später habe ich das ein wenig nachvollziehen können.

Jüdische Rundschau: Der kommunistische Diktator galt auch nicht gerade als ein Freund von Religionen.

Amos Dojaka: Ab 1967 war die Ausübung von Religion komplett verboten, egal für wen. Enver Hoxha hatte den ersten atheistischen Staat der Welt ausgerufen. Alles Religiöse war verboten und man wurde abgeholt, wenn auch nur der Verdacht bestand, dass man sich nicht daranhielt. Viele Katholiken wurden abgeholt, gefoltert und sind daran gestorben.

Jüdische Rundschau: Wie war es in deiner Familie?

Amos Dojaka: Meine Großmutter hat zusammen mit einer österreichischen Freundin im kleinen Kreis die jüdischen Feiertage begangen, natürlich unter ständiger Lebensgefahr.

Amos Dojaka bei der Gedenkstunde zum Holocaust im albanischen Parlament

Jüdische Rundschau: Wie war die Beziehung von Albanien zu Israel während der Herrschaft von Enver Hoxha?

Amos Dojaka: Für Hoxha war Israel ein zionistisches Projekt der Amerikaner und der Großkapitalisten. Es galt sich mit den angeblich unterdrückten Palästinensern zu solidarisieren. Albanien hat sich zu gebunkert und die guten Taten der Albaner während der Shoah gerieten ins Vergessen und darüber zu reden, stand unter Strafe. Es war schlicht und weg ein Tabu.

Jüdische Rundschau: Wie sah deine Jungend als Jude in Albanien aus?

Amos Dojaka: Es herrschte eine permanente große Angst in der Gesellschaft. Das konnte man förmlich spüren. Das galt auch für mich. Ich gebe dir ein Beispiel: Es hätte schon ausgereicht sich bei einem Nachbarn ein Länderspiel, sagen wir Deutschland gegen Italien anzuschauen. Es brauchte nur eine dritte Person Wind davon zu bekommen und dich anzuzeigen. Schneller als du gucken konntest, kam die Geheimpolizei und du bekamst 8-15 Jahre Gefängnis dafür aufgebrummt. Manchmal kam es vor, dass mich jemand im Café auf Politik angesprochen hat und versuchte das Gespräch in eine Richtung zu lenken und mir nach dem Mund sprach. Oder plötzlich tauchte ein Tourist auf, es gab nicht viele in Albanien zu der Zeit, und wollte sich mit mir unterhalten. Ich habe mich mit diesen Leuten niemals unterhalten und bin ihnen aus dem Weg gegangen.

Jüdische Rundschau: Wann hast du eine Sehnsucht nach Israel entdeckt?

Amos Dojaka: Die war eigentlich immer schon da. Ich erinnere mich sehr gut daran, wie meine Großmutter reagiert hat, wenn es im Fernsehen um Israel und Palästina ging. Meine Großmutter hat generell nicht viel geredet, und schon gar nicht über Politik, weil sie ihr ganzes Leben darunter gelitten hat, aber bei diesem Thema hat sie immer gesagt: „Schluss Aus Ende, das ist Propaganda, das Land gehört zu Israel".

Jüdische Rundschau: Wie kamst du nach Deutschland?

Amos Dojaka: Mein Bruder Artur und ich sind 1990 über Ostberlin nach Konstanz geflohen. Wir haben in Albanien gemerkt, dass der Ostblock und die kommunistischen Regime auseinanderbrachen. 1989 sind viele Albaner in die ausländischen Botschaften in Tirana gegangen, weil wir alle nur noch raus aus dem Land wollten. Mein ursprünglicher Plan war, nach Kanada zu einer Cousine meiner Mutter zu gehen. Doch ein Visum zu bekommen war alles andere als leicht. Wir hatten zwar eine Einladung der Cousine, aber darüber hinaus nicht viel und schon gar nicht Geld.

Jüdische Rundschau: Wie ging es weiter?

Amos Dojaka: Jemand gab mir den Tipp, in die Botschaft der damaligen DDR zu gehen. Ich hielt das für unmöglich, aber meine typisch jüdische Mutter ist in die Botschaft gegangen und hat mir und meinem Bruder ein Visum besorgt. Am 27. August 1990 standen mein Bruder und ich am Flughafen von Tirana und wollten nach Berlin fliegen. Doch die Sicherheitspolizei hat uns abgefangen und das Visum für ungültig erklärt, es also zerrissen.

Jüdische Rundschau: Was habt ihr dann gemacht?

Amos Dojaka: Wir sind mit einer ungarischen Fluggesellschaft über Ungarn am 30. September 1990 nach Berlin Tempelhof geflogen. Wir wollten eigentlich weiter nach Bonn um dort ein Visum für Kanada zu ergattern, aber am Schluss hat es nicht geklappt.

Jüdische Rundschau: Warst du Amos der Albaner oder Amos der Jude als du in Deutschland ankamst?

Amos Dojaka: Ich kam als Amos der Albaner. Ich habe mich nicht für mein Jüdisch sein geschämt – (Ich bin Jude – Gott sei Dank) – aber mit der Erfahrung meiner Großmutter und auch meiner Erfahrung in Albanien, habe ich mich nicht getraut offen darüber zu reden. Ich möchte auch ehrlich sein. Ich hatte keine Ahnung über den Rest der Welt und ich wollte anfangs auch nicht nach Deutschland kommen.

Jüdische Rundschau: Einmal in Berlin, wohin ging es dann?

Amos Dojaka: Wir sind in den Zug nach Bonn gestiegen und mussten in Karlsruhe umsteigen. Ich sage es nochmal, wir hatten wirklich keine Ahnung von der Welt. In Bonn angekommen, haben wir mit einer Landkarte die Botschaft von Kanada gesucht. Unsere Odyssee begann erst richtig (lacht)

Jüdische Rundschau: Was ist passiert?

Amos Dojaka: Es hat nicht geklappt, uns fehlten die Mittel, sowohl die finanziellen als auch weitere Dokumente, die wir vorweisen sollten. Da standen wir nun. Die Botschaft sagte uns, dass sie kein Interesse an uns hat. Studenten und andere gute Leute haben uns anfangs ausgeholfen, denn wir waren vollkommen mittelos. Wir wussten nicht weiter, aber das Leben beweist es geht immer weiter. Wir gingen zum Deutschen Roten Kreuz und dort haben wir unseren Helden getroffen.

Jüdische Rundschau: Euren „Helden"?

Ja, unseren Helden. Ich kenne immer noch seinen Namen, Strunz heißt der Mann vom Deutschen Roten Kreuz. Ich werde ihm ewig dankbar sein. Er hat uns geholfen unseren Aufenthaltsstatus zu klären.

Jüdische Rundschau: Dann habt ihr Asyl beantragt?

Amos Dojaka: Wir haben Asyl beantragt und sind in einem Asylheim in Bad Godesberg untergekommen, in einem alten Hotel. Von dort sind wir nach Karlsruhe gekommen.

Jüdische Rundschau: Wovon habt ihr gelebt?

Amos Dojaka: Mein Bruder Artur hat in Konstanz BWL studiert und ich habe als Elektriker bei der Firma Götz gearbeitet, der Chef war a richtiger Konstanzer. Er lebt mittlerweile nicht mehr, Gott hab ihn selig, aber er hat uns viel geholfen. Nebenbei habe ich Volleyball gespielt, aber noch nicht für Geld.

Jüdische Rundschau: Wie erging es den Juden in Albanien nach der Unabhängigkeit Albaniens 1991?

Amos Dojaka: 1991 hat der Staat Israel Kontakte mit Albanien aufgenommen. Der kommunistische Staat war ein zahnloser Tiger geworden. Leute von der Jewish Agency „Suknut" waren nach Albanien gekommen und bereiteten die Aliya der Juden Albaniens vor. Über Rom flogen die meisten nach Israel, ein kleiner Teil ist in die USA gegangen, aber die meisten der 400 Personen sind im März 1991 nach Israel geflogen.

Jüdische Rundschau: Wie erging es deinen Eltern?

Amos Dojaka: Meine Großmutter ist leider 1987 verstorben und hat dieses Glück nach Israel einzuwandern

nicht mehr miterlebt. Meine Eltern sind im März 1991 nach BerSheva und Kaniel gegangen. Der größte Teil der Juden aus Albanien lebt in diesen Städten. Später habe ich meinen Eltern eine Wohnung in Aschdot gekauft, wo meine Mutter mittlerweile die meiste Zeit lebt. Drei bis vier Monate im Jahr verbringt sie in Tirana, den Rest in Israel.

Jüdische Rundschau: Wie ging es für dich weiter?

Amos Dojaka: 1994 habe ich mich gefragt, was ich eigentlich immer noch in Deutschland mache? Meine Eltern waren mittlerweile in Erez Israel und mein Bruder und ich hatten einen schwierigen Aufenthaltsstatus. Mein Bruder blieb dennoch in Deutschland, um sein Studium zu beenden und ich bin 1994 nach Israel gegangen.

Jüdische Rundschau: Wovon hast du gelebt?

Amos Dojaka: Ich habe im Kibbuz Elon an der Grenze zum Libanon Volleyball in der ersten Liga für Geld gespielt, damals konnte ich gut davon leben. Aber bei meinem Bruder und mir hat es im Bauch immer gekribbelt, also unternehmerisch etwas Eigenes zu machen

Jüdische Rundschau: Inwiefern?

Amos Dojaka: 1996 wurde ich Trainer in St. Gallen und später in Luxemburg, aber 1998 entschied ich mich zurück nach Albanien zu gehen. Mein Bruder ist 1999 als fertiger BWL-Absolvent nachgekommen.

Jüdische Rundschau: Und was macht ihr unternehmerisch?

Ich bin seit 22 Jahren der exklusive Vertreter der Liqui Moly GmbH, eines Ulmer Unternehmens, das auf die Herstellung von Additiven, Schmierstoffen und Motorenölen spezialisiert ist. Was für ein Motorrad fährst du?

Jüdische Rundschau: Ich fahre kein Motorrad. Dein Bruder Artur, was macht er beruflich?

Amos Dojaka: Mein Bruder Artur ist auch in der Ölbranche, aber andere Öle. Zum Beispiel Olivenöle. Wie du siehst, läuft es bei uns wie geschmiert! (lacht herzlich)

Jüdische Rundschau: Wie war die Situation der Jüdischen Gemeinde 1998 bei deiner Rückkehr?

Amos Dojaka: Als ich zurückkam, gab es wenige Juden in Tirana und ehrlicherweise hätte es zwar für einen Minjan gereicht, aber mehr als Kaffeetrinken war nicht drin zu Beginn. Erst als weitere Geschäftsleute aus Israel kamen, haben wir uns vor knapp zehn Jahren entschlossen eine Gemeinde zu gründen. Ich war damals der 2. Vorsitzende und Gerond Kureta der erste Vorsitzende. Wir sahen es als unsere Aufgabe an, die Juden vor Ort und in der Umgebung miteinander zu verknüpfen. Viel dabei geholfen hat uns die Jüdische Gemeinde von Montenegro. Jaša Alfandari, der mittlerweile nicht mehr unter uns weilt. Er brachte uns mit mehreren jüdischen Netzwerken und Organisationen zusammen, wie zum Beispiel dem Jewish World Congress, wo wir jetzt einen Sitz haben.

Jüdische Rundschau: Wie ist es mit der Botschaft?

Amos Dojaka: Seit ungefähr zehn Jahren hat Israel einen eigenen Botschafter in Albanien, davor war es ein Botschafter für verschiedene Länder hier. Wir sind wie eine große Familie, denn bedenke, dass wir keine Gemeinde von 100.000 Leuten sind, sondern eine eher überschaubare Gemeinde.

Jüdische Rundschau: Wie ist das Verhältnis zwischen Albanien und Israel?

Amos Dojaka: Das Verhältnis ist sehr gut. Albanien war immer ein westlich orientiertes Land, egal, was die Kommunisten versucht haben zu machen. Im Talmud steht: „Wer ein Menschenleben rettet, dem wird es angerechnet, als würde er die ganze Welt retten. Und wer ein Menschenleben zu Unrecht auslöscht, dem wird es angerechnet, als hätte er die ganze Welt zerstört.“. Darum sollte Europa nicht vergessen, was die Albaner während der Shoa für die Juden getan haben und ihnen keine Steine in den Weg legen, bei ihrem Weg in die Europäische Union.

Jüdische Rundschau: Lieber Amos, vielen Dank für das Gespräch!

Bahnbrechende Operation gibt blinder arabischer Frau Augenlicht zurück

Eine erblindete Frau hat ihre Sehkraft nach 20 Jahren durch eine erstmalig in Israel durchgeführte Operation wiedererlangt. Dabei macht Israel, das gerade von linken Gutmenschen und von der UNO als „Apartheid-Staat“ ständig diffamiert und verurteilt wird, keinen Unterschied zwischen jüdischen und arabischen Israelis.

Hanane Awad im Beilinson-Krankenhaus in Petah Tikva. Screenshot von i24NEWS

Der Eingriff im israelischen Beilinson-Krankenhaus hat der 60-jährigen Araberin Hanan Awad aus Nazareth, die an einer schweren Hornhauterkrankung litt, welche zu ihrer Erblindung führte, das Augenlicht zurückgegeben. Während der komplexen Operation, die zum ersten Mal in einem israelischen Krankenhaus durchgeführt wurde, erhielt Awad ein Knochenteil aus ihrem Bein und eine künstliche Hornhaut in ihr Auge implantiert.

„Es gibt heutzutage noch keine guten Lösungen außer künstlichen Hornhäuten“, sagte Dr. Eitan Livni gegenüber dem israelischen Sender i24NEWS und fügte hinzu, dass in Awads speziellem Fall Faktoren, die mit ihren Augen zusammenhängen, die übliche Transplantation verhinderten.

Ein vierköpfiges Ärzteteam des Beilinson-Krankenhauses in Petah Tikva stellte die Sehkraft der Frau wieder her, indem es ihr in einem 14-stündigen Eingriff eine neue Hornhaut aus dem Material ihres Schienbeins schnitzte.

„Ich habe Hunderte von Ärzten in verschiedenen Krankenhäusern aufgesucht, und alle haben mir gesagt, dass sie mir nicht helfen können“, so Awad gegenüber i24NEWS.

„Sie sagten mir, es sei vorbei und ich müsse mein ganzes Leben lang blind bleiben. Aber hier im Beilinson-Krankenhaus hat man mir gesagt, dass ich operiert werden kann, und ich habe neue Hoffnung geschöpft.“

Nach der Operation konnte Awad das Gesicht ihres Enkels, der geboren wurde, als sie blind war, zum ersten Mal sehen.

„Ich war so gerührt. Bis jetzt konnte ich ihn nur berühren und umarmen, und jetzt habe ich ihn endlich gesehen“, sagte die Frau.

„Wir freuen uns, einen weiteren Durchbruch auf dem Gebiet der künstlichen Hornhaut erzielt zu haben. Es handelt sich um Operationen, die aufgrund ihrer großen Komplexität nur in wenigen medizinischen Zentren auf der ganzen Welt durchgeführt werden“, sagte Professor Irit Bahar, Direktorin der Beilinson-Abteilung für Augenheilkunde. „Beilinson ist das einzige Zentrum in Israel, dass diese Art von Operationen durchführt, die blinden Menschen das Augenlicht wiedergeben.“

Der Jüdische Kalender

Kam der jüdische Kalender direkt von G'tt? Viele Fakten deuten darauf hin.

Von Rabbiner Elischa Portnoy

WIKIPEDIA

Maurycy Gottlieb, „Juden in der Synagoge am Jom Kippur", 1878

Der wunderbare Kalender

Was wäre, wenn die Juden die Liste der Weltwunder erstellt hätten? Hätte diese Liste auch sieben Positionen, wie es die bekannte nichtjüdische Liste enthält? Das wissen wir nicht. Eine solche Liste wäre wohl schwer zustande gekommen, denn bekanntlich sind es bei zwei Juden immer (mindestens) drei Meinungen. Was wir uns aber ja sicher sein können, dass eines der Wunder auf dieser Liste auf jeden Fall der jüdische Kalender wäre, und alle wären dabei sogar einig gewesen, dass er tatsächlich auf die Liste der Weltwunder gehört.

Doch was ist denn am jüdischen Kalender so Wundersames?! Ist es nicht einfach ein exotischer Kalender, der heutzutage höchstens für ultraorthodoxen Juden von Bedeutung ist?

Wenn man diesen Kalender jedoch näher betrachtet, wird man mit großem Erstaunen feststellen, was das für ein unglaubliches Werk er ist. Hier sind Astronomie, Mathematik, Mystik und Religion auf einer unvorstellbaren Weise verflochten.

Die Entstehungsgeschichte

Doch bevor wir zu den Geheimnissen dieses Werkes kommen, lass uns die Frage klären, wie und wann dieser Kalender entstanden ist. Diese eigentlich einfache Frage scheint wohl doch nicht so leicht zu beantworten zu sein. Schaut man sich den Beitrag über den jüdischen Kalender auf Wikipedia an, findet man auch dort keine eindeutige Antwort zum Ursprung des Kalenders. Vermutlich würden sogar diejenigen diese Frage nicht sofort beantworten können, die sich mit jüdischer Tradition eigentlich gut auskennen.

Doch, es gibt natürlich Antwort auf diese Frage und wir können sie, wie eigentlich alles, in der Tora finden.

Den ersten Hinweis auf den Kalender finden wir noch in der Schöpfungsgeschichte im ersten Buch Moses (Bereschit 1:14): „Und Gott sprach: Es seien Lichter an der Fläche des Himmels, zu scheiden zwischen dem Tag und der Nacht, und sie seien zu Zeichen und Zeiten und zu Tagen und Jahren". Unsere Weisen bemerken dazu, dass die Sonne und der Mond nicht nur als Lichtquellen dienen sollen. Ihre andere Hauptfunktion ist uns zu helfen Tage, Monate und Jahre zu bestimmen und uns danach zu richten. Das merkwürdige Wort „Zeichen" in dem Vers bedeutet, laut unseren Weisen, dass die jüdischen Feiertage stark von beiden Gestirnen abhängig sein werden. Dass die Feiertage vom Kalender abhängig sind, klingt erstmals trivial. Schließlich hat jeder Feiertag ein eigenes Datum im Kalender und niemand wird einen bestimmten Feiertag zu einem beliebigen Datum feiern. Jedoch gerade mit den jüdischen Feiertagen ist es nicht so einfach, wie es später genauer erläutert wird.

Der zweite Hinweis finden wir schon im 2.Buch Moses bei der Geschichte über den Auszug der Juden aus Ägypten (Schemot 12:1-2): „Und G'tt sprach zu Mosche und Aharon im Land Mizrajim also: dieser Monat sei euch das Haupt der Monate: der erste sei er euch unter den Monaten des Jahres". Damit wurde, laut unserer Überlieferung, nicht nur der Monat „Nissan" als der erste Monat festgelegt, sondern wurde gleichzeitig auch ein neuer Kalender von G'tt an Mosche gegeben. In der Überlieferung finden wir auch Details zu dieser Übergabe: G'tt zeigte ihm den Mond bei seiner Erneuerung und sagte zu ihm, immer, wenn der Mond sich erneuert, sei für dich der Anfang des Monats. Doch Mosche hatte nicht gleich die Idee verstanden, deshalb musste G'tt „nachhelfen", wie es Raschi in seinem Kommentar zum Vers erklärt: „Mosche fiel schwer, in welcher Größe der Mond sichtbar sein musste, damit er geeignet wäre, ihn zu heiligen; da zeigte G'tt ihm wie mit dem Finger den Mond am Himmel und sagte zu ihm, wenn du ihn so siehst, so heilige ihn".

> Im Nissan wurden die Juden aus der ägyptischen Sklaverei befreit und quasi als Volk G'ttes geboren. Um die Wichtigkeit dieses Ereignisses hervorzuheben, legte G'tt Nissan als 1. Monat für das jüdische Volk fest.

Dieser Vers beinhaltet auch eine unglaubliche Idee, die in keiner anderen Kultur vorkommt: Der Beginn eines Monats soll durch Zeugenaussage bestimmt werden! In anderen Worten: nur dann, wenn zwei volljährige Männer, die untereinander nicht verwandt sind, den neuen Mond sehen, zum Sanhedrin kommen und Zeugnis dazu ablegen, wird der neue Monat offiziell von Sanhedrin geheiligt und kann damit „anfangen". Danach mussten alle Menschen in ganzem Land (und später auch im Exil) benachrichtigt werden, wann der Monat begann. Das war nicht immer einfach und erforderte manchmal viel Mühe und viele Anstrengungen. Doch so hat der jüdische Kalender viele Jahre funktioniert, bis die römische Besatzung des Landes es praktisch unmöglich gemacht hat. Deshalb musste das damalige Haupt des jüdischen Volkes Hillel II auf die Bestimmung des Monats durch Zeugenaussagen verzichten. Er unternahm eine unglaubliche Arbeit, berechnete den Kalender für die nächsten 3000 Jahre und legte ihn damit fest! So entstand der jüdische Kalender, den wir jetzt kennen.

Die Struktur des Kalenders

Aus der Erklärung zum Vers könnte man denken, dass der jüdische Kalender sich nur am Mond orientiert. In Wirklichkeit ist er weder ein reiner Mondkalender (wie zum Beispiel im Islam), noch ein reiner Sonnenkalender (wie es der Gregorianische Kalender ist), sondern eine Mischung aus beiden – ein sogenannter Lunisolarkalender. Der Lunisolarkalender besteht aus 12 Mond-Monaten (Lunation) als Kalendermonate. Doch weil es in einem „Mondjahr" nur ca. 354 Tage gibt, und damit 11 Tage und 6 Stunden weniger als in einem Sonnenjahr (Tropisches Jahr), soll es eine Lösung für den Ausgleich mit dem Sonnenjahr geben. Dieser Ausgleich wird durch einen Schaltmonat erreicht, der alle 2-3 Jahre hinzugefügt werden muss.

Doch auch wenn es auch andere Völker gibt, die ebenfalls einen Lunisolarka-

lender haben, gibt es im Judentum eine sehr gute Begründung dafür. Erstens, wie es aus dem Vers in der Schöpfungsgeschichte hervorgeht, sollen sowohl die Sonne als auch der Mond für die Berechnung von Tagen und Jahren benutzt werden. Zweitens, verlangt die Tora, dass das Pessach-Fest immer im Frühling gefeiert wird. Wäre der jüdische Kalender ein reiner Mondkalender, würden alle Feste inkl. Pessach durch das Jahr wandern, wie es zum Beispiel beim muslimischen Ramadan der Fall ist. Und genau deshalb wird im jüdischen Kalender zum Ausgleich nicht ein beliebiger Monat hinzugefügt, sondern ein ganz bestimmter. Da Pessach im Nissan gefeiert wird (im 1. Monat), konnten die Weisen des Sanhendrins schon davor einschätzen, ob das Pessach-Fest „in seiner Zeit" sein wird oder nicht. Und wenn Nissan zu früh kommen sollte, fügte man einen zusätzlichen Monat vor Nissan ein, was dieses Jahr automatisch zum Schaltjahr machte. Da in einem „normalen" Jahr vor dem Nissan der Monat Adar (12. Monat) kommt, wird in einem Schaltjahr der hinzugefügte Monat (13. Monat) einfach der 2. Adar genannt.

Interessanterweise sollte eigentlich nicht der Monat „Nissan", sondern „Tischrej" als erster Monat gelten, schließlich beginnt im Tischrej mit dem Neujahresfest „Rosch haSchana" das nächste jüdische Jahr! Jedoch befiehlt G'tt unmissverständlich in oben zitiertem Vers, dass gerade der Monat Nissan als erster gelten soll. Auch dafür bieten unsere Weisen eine Erklärung. In diesem Monat wurden die Juden aus der ägyptischen Sklaverei befreit und quasi als Volk G'ttes geboren. Um die Wichtigkeit dieses Ereignisses hervorzuheben, legte G'tt Nissan als 1. Monat für das jüdische Volk fest. Außerdem wird Nissan in der Tora als „Aviv" (Frühling) bezeichnet, was in Hebräisch als Abkürzung „Aw Jud"bet" – Vater von 12 gelesen werden kann. Das ist ein Hinweis, dass Nissan die Energiequelle für alle anderen Monate des Jahres ist.

Die Tatsache, dass der „Nissan" der 1. Monat ist, bedeutet, dass das jüdische Jahr eigentlich erst im siebten Monat („Tischrej") beginnt, wenn man ab dem Nissan rechnet. Und die Tatsache, dass ein Jahr im 7. Monat des Kalenders beginnt, ist wohl auch einmalig und zeigt nochmal, wie einzigartig dieser Kalender ist.

Berechnung des Kalenders

Wie schon erwähnt wurde, hat der große Rabbiner Hillel II im 3. Jahrhundert unserer Zeitrechnung die Bestimmung der Monate durch Zeugenaussagen beendet und einen festen Kalender für die nächste drei Tausend Jahre festgelegt.

Es hört sich nach viel Arbeit für das Mittelalter an, wenn man bedenkt, dass es damals keine schnellen Rechner gab. Doch wenn man alle Herausforderungen betrachtet, die bei der Bestimmung des jüdischen Kalenders auftreten, kann man kaum glauben, dass es überhaupt möglich gewesen war.

Die größte Herausforderung sollte eigentlich die Wissenschaft sein. Um den Kalender zu berechnen, dessen Grundlage Mondmonate sind, muss man die Dauer des Mondmonats ganz genau wissen. Das Problem ist aber, dass es keine einfache Zahl ist. Ein Mondmonat dauert mehr als 29 Tage, aber weniger als 30. Wie bekommt man also diese genaue Zahl?

Betrachtet man die Zeit zwischen zwei Neumonden, wird man diese Dauer nicht bekommen, weil aus bestimmten Gründen diese Zeitspannen zwischen 29,25 und 29,83 Tagen liegen kann. Erst am 22.09.1968 wurde nach einer Sonnenfinsternis bewiesen, dass die Dauer eines Mondmonats 29,53059 Tage (29 Tage 12 Stunden 44 Minuten 3 Sekunden) beträgt.

Und woher hatte Hillel diese Zahl? Im Talmud steht, dass die Weisen die Überlieferung (von Moses) hatten, dass die Dauer des Mondmonats 29 Tage 12 Stunden und 793 / 1080 Teile einer Stunde beträgt. Rechnet man diese Zahl in Tage um, bekommt man 29,5305941. Diese Zahl ist nicht nur absolut richtig, sondern auch so präzise, dass sie auch von Wissenschaftlern benutzt wird, um die Flüge von Satelliten zum Mond zu berechnen!

Außer der astronomischen Hürden, musste Hillel auch noch mehrere religiöse Faktoren bei der Erstellung des Kalenders berücksichtigen. So soll Jom Kippur weder auf einen Freitag noch auf einen Sonntag fallen. Auch andere Fastentage (außer Fasttag 10.Tewet) dürfen nicht auf einen Freitag fallen, um die Vorbereitung zum Schabbat nicht zu stören. Es gibt auch viele weitere Regeln, die bei der Berechnung des Kalenders berücksichtig werden mussten.

Wenn man dieses Meisterwerk von Hillel betrachtet, kann man eigentlich nur von einem unglaublichen Wunder sprechen!

> Rabbiner Hillel II hat im 3. Jahrhundert unserer Zeitrechnung die Bestimmung der Monate durch Zeugenaussagen beendet und einen festen Kalender für die nächste drei Tausend Jahre festgelegt.

Der Kalender und die Wissenshaft

Auch Nichtjuden, vor allem Wissenschaftler, die auf den jüdischen Kalender aufmerksam wurden, waren von ihm fasziniert. So entwickelte der berühmte deutsche Mathematiker Gauß (1777-1855) im Jahre 1802 die so genannte Pessach-Formel (die auch als die Gaußsche Osterformel bekannt ist). Diese Formel erlaubt ein Datum im julianischen Kalender zu berechnen, auf den der erste Tag des Pessach-Festes fällt. Auf diese Weise kann man natürlich die Entsprechung jedes jüdischen Datums im nichtjüdischen (gregorianischen) Kalender berechnen und umgekehrt. Heutzutage gibt es zahlreiche Apps für den jüdischen Kalender, die diese Umrechnung beinhalten. So kann jeder das jüdische Datum seines Geburtstags berechnen. Wurde jemand am 1. Januar 2000 geboren, bekommt man mit obengenannter Umrechnung 23. Schewat 5760 als jüdisches Datum. Dabei muss man beachten, dass der jüdische Tag schon im Vorabend beginnt. Deshalb, falls diese Person am späten Abend des 1. Januars geboren wurde, wird sein jüdischer Geburtstag nicht am 23. Schewat sein, sondern schon am 24. dieses Monats sein. Manchmal kann das jüdische Datum des Geburtstags von großer Bedeutung sein. So wird die jüdische Volljährigkeit, Bar Mitzwa für Jungs und Bat Mitzwa für Mädchen nach dem jüdischem Datum gefeiert.

Auch in anderen Bereichen des Lebens braucht man das jüdische Datum, wie zum Beispiel beim Sterbetag. Denn nach jüdischem Gesetz soll der Jahrestag des Ablebens („Jorzeit" auf Jiddisch) am jüdischen Datum mit bestimmten Ritualen gedacht werden. Deshalb sollen die nahen Verwandten des Verstorbenen sich genau dieses Datum notieren und jedes Jahr im Kalender nachschauen, auf welches nichtjüdisches Datum dieser Jahrestag fällt. Laut Kabbala ist der richtige Tag des Gedenkens für die Seele des Verstorbenen extrem wichtig.

Der Kalender und die Astrologie

Die Faszination des jüdischen Kalenders kann man erst dann nachvollziehen, wenn man erfährt, dass dieses Werk nicht nur mit strenger Wissenschaft verbunden ist, sondern auch mit der Astrologie, die der Wissenschaft weit entfernt ist.

Wenn man sich mit den Sternzeichen des Zodiak-Kreises beschäftigt, sollte man sich fragen, warum dieser Kreis ausgerechnet mit dem Sternzeichen Widder beginnt?! Besonders merkwürdig ist, dass die „Zeit" vom „Widder" von Ende März bis Ende April ist. Und das entspricht weder den bekannten europäischen noch chinesischen noch irgendeinem anderen Kalender. Erstaunlicherweise macht der Zodiak-Kreis nur im jüdischen Kalender Sinn! Wie wir schon wissen, ist der erste Monat im Judentum der Monat Nissan und dieser Monat fällt fast immer auf Ende März/ Anfang April des gregorianischen Kalenders. Jedoch nicht nur der zeitliche Rahmen des Zodiak-Kreises stimmt mit dem jüdischen Kalender überein. Auch die Namen der Sternzeichen sind eng mit den jüdischen Monaten verbunden. So, zum Beispiel, entspricht das Sternzeichen „Waage" dem Monat Tischrej im jüdischen Kalender. Und das macht gerade für diesen Monat Sinn, denn gerade in diesem Monat werden die Menschen, laut der Tradition, von G'tt gerichtet. Ihre Taten (gute und schlechte) werden wie auf einer Waage „gewogen". Auch das Sternzeichen „Fische" ist ein sehr gutes Beispiel für die Verwurzelung der Astrologie im jüdischen Kalender. Merkwürdigerweise gibt es nur ein Sternzeichen im Zodiak-Kreis, das im Plural ist, das jedoch auch in Singular sein könnte. Es gibt keine „Löwen", keine „Stiere" und keine „Skorpionen": alle diese Sternzeichen sind im Zodiak-Kreis im Singular. Da hätte das letzte Sternzeichen auch einfach „Fisch" sein können. Warum „Fische" im Plural?! Fische entsprechen im jüdischen Kalender dem Monat Adar. Und, wie wir schon wissen, gibt es manchmal (in Schaltjahren) zwei Monate, die Adar heißen, 1. Adar und 2. Adar, worauf das Plural von „Fische" sehr schön hindeutet. Auch für die anderen Sternzeichen gibt es nur in der jüdischen Tradition eine plausible (und oft sogar faszinierende) Erklärungen.

Ein Beweis für G'tt?

Wenn wir jetzt alle diese Fakten um den jüdischen Kalender betrachten, sollen wir uns ernsthaft fragen: Ist es überhaupt möglich, dass ein so anspruchsvolles Werk von den Menschen gemacht wurde?! Wo Astronomie, Mathematik, sprachliche Nuancen mit enormen gesellschaftlichen Auswirkungen verflochten sind? Gab es in irgendeiner Kultur ein Versuch den Kalender in Abhängigkeit von menschlichen Zeugenaussagen zu machen (die dazu auch noch wetterabhängig sind)?! Die einzige plausible Antwort soll lauten, dass dieser Kalender einen G'ttlichen Ursprung hat.

Unsere Weisen haben diese Tatsache mehrmals betont. Rabbi Jehuda haLevi (1074-1141) diskutiert in seinem berühmten philosophischen Werk „Kusari" die Glaubensgrundsätze des Judentums. Dort thematisiert er auch den Kalender und bemerkt, dass der jüdische Kalender der einzige Kalender ist, der nie angepasst oder geändert werden musste. In Gegensatz dazu, wurde die Kalender in anderen Kulturen mehrfach nachgerechnet bzw. verbessert. Der berühmte mittelalterlicher Rabbiner Don Jitzhak ben Juda Abrabanel bringt in seinem Kommentar zum 2.Buch in der Tora („Schemot") folgende Überlieferung. Es wird erzählt, dass dem griechischen Wissenschaftler Claudius Ptolemäus über den jüdischen Kalender berichtet wurde. Als Ptolemäus, der selber ein großer Mathematiker und Astronom war und sich mit dem ägyptischen Kalender beschäftigte, die Grundsätze des jüdischen Kalenders verstanden hat, war er so erstaunt, dass er meinte, dass ein solcher Kalender nur durch Prophetie entstanden sein könnte.

Ob diese Geschichte wahr ist oder nicht, können wir nicht wissen. Jedoch alles, was wir jetzt über den jüdischen Kalender wissen, beweist, dass es eine gute Grundlage für eine solche Geschichte gibt.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau", möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau" bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Daf Yomi – Stellen aus dem Talmud

1923 hat Rabbi Meir Shapira aus Lublin die Initiative „Daf Yomi“ angeregt. Heute befinden wir uns im 14. Zyklus. Als Teil davon können Juden überall auf der Welt dasselbe Blatt aus dem Talmud lesen und lernen.

WIKIPEDIA

Von Patrick Casiano

In der Ausgabe vom Januar 2022 hat die Jüdische Rundschau damit begonnen, auszugsweise Stellen aus dem Talmud darzulegen und zu erörtern. Die Auswahl der Stellen erfolgt dabei anhand des festgelegten Lesezyklus, der als „Daf Yomi“ bezeichnet wird.

Folgendes stellt eine Fortsetzung dar.

Eines der aktuellen Blätter – Das „Hakhel“-Gebot

12. Februar 2022 (Chagiga 3): Die besagte Stelle handelt unter anderem von dem „Hakhel“-Gebot. Dies ist eine alle sieben Jahre wiederkehrende Verpflichtung, sich in Jerusalem zu versammeln. Die Zeit für diese Versammlung ist das Sukkot- oder „Laubhütten“-Fest (anlässlich dessen man sowieso nach Jerusalem pilgert) nach Ende eines „Schmitta“-Jahres. Zurzeit befinden wir uns gerade in einem Schmitta-Jahr und auch ein solches kehrt nur alle sieben Jahre wieder. Im Schmitta-Jahr darf im Lande Israel nicht angepflanzt werden und auch andere landwirtschaftliche Arbeiten sind stark eingeschränkt. Wovon sich die Bevölkerung ernähren soll, auch dafür hat die Tora eine Antwort, aber dies ist ein Thema für einen eigenen Artikel. Jedenfalls wäre Hakhel im Oktober 2022. „Wäre“, weil das Hakhel-Gebot in Abwesenheit des Tempels nicht erfüllt werden kann. Aber verschiedener Orts gibt es Veranstaltungen, die an Hakhel erinnern und sich der Thematik des Gebots widmen.

Die biblische Grundlage für Hakhel findet sich im 5. Buch Moses, Kapitel 31, Verse 10-13:

„[…] sollst du diese Weisung in Gegenwart von ganz Israel vorlesen. Versammle das Volk, die Männer und die Frauen und die Kleinkinder, und auch den Fremdling, der in deinen Toren ist, damit sie hören und damit sie lernen und den Ewigen, euren Gott, fürchten und bedacht sind, alle Worte dieser Weisung zu üben. Und ihre Kinder, die unkundig sind, sollen hören und lernen […]“

Wie auch andere Gebote wird Hakhel im Talmud und der rabbinischen Literatur weiter erläutert. Der Kernpunkt des Gebots besteht darin, dass der jüdische König dem versammelten Volk aus der Tora vorlesen soll. Die vorzulesenden Stellen stammen aus dem 5. Buch Moses und umfassen unter anderen die Wiederholung einer Vielzahl von Geboten, die bereits in den früheren Büchern erwähnt wurden, inkl. auch der zehn Gebote. Aber auch narrative Texte wie der Einzug des jüdischen Volkes ins Land Israel werden hier wiederholt.

Ebenso wie das häufig anzutreffende Thema der Weitergabe an die kommende Generation (vgl. z.B. 5. Buch Moses, Kapitel 4, Verse 9-10) – ein Kernaspekt von Hakhel. Auch das „Schma Israel“, der wichtigste jüdische Grundsatz überhaupt, findet sich unter den vorzulesenden Stellen.

Die Interpretation, die sich an der genannten Stelle (Chagiga 3) findet, ist die folgende: Warum weist uns die Tora an, auch die Kleinkinder mit zur Versammlung nach Jerusalem zu nehmen?

Nur auf den ersten Blick ein Widerspruch

Einerseits sind Kinder bis zu einem bestimmten Alter bekanntlich von Geboten freigestellt und müssten so gesehen gar nicht nach Jerusalem. Andererseits ist es logisch, dass man Kleinkinder nicht allein lassen kann und Babysitter gibt es auch keine, da diese selbst nach Jerusalem müssen. Das Judentum geht jedoch davon aus, dass jedes Wort in der Bibel, jede Feinheit der Formulierung, eine Bedeutung hat und dass in der Bibel nichts Unnötiges steht. Somit kann es nicht sein, dass uns die Bibel hier nur die Selbstverständlichkeit mitteilt, dass wir die Kleinkinder nicht allein lassen sollen. Also stellt sich die Frage, warum die Bibel sich so ausdrückt. Der Talmud an der genannten Stelle antwortet hierauf: „Um diejenigen, die sie mitbringen, zu belohnen.“ Und auch dies ist wiederum verwunderlich. Kleinkinder auf eine Reise mitzunehmen ist sicherlich beschwerlich und es gibt zwar den Grundsatz, dass der Lohn proportional zu den Mühen und Strapazen ist, die ein Gebot mit sich bringt („le-fum …“, vgl. Ende des fünften Kapitels von Pirkei Avot). Aber so gesehen könnte man sich einen Sack voller Steine auf den Rücken laden und damit mühevoll nach Jerusalem laufen, um so seinen Lohn zu vergrößern. Jedoch ist die Unsinnigkeit einer solchen Handlung offenkundig. Vielmehr geht es darum, dass die Kleinkinder, selbst wenn sie nichts von dem Geschehen verstehen und sich später auch nicht daran bewusst erinnern werden, dennoch dem spirituellen Einfluss dieses besonderen Ereignisses ausgesetzt sind und in späteren Jahren davon positiv in ihrer Gesetzestreue beeinflusst werden.

Die Prägung, welche die Hakhel-Zusammenkunft bei den Anwesenden hinterlassen hat, können wir heute nicht mehr nachvollziehen. Unser fehlendes Verständnis liegt vor allem darin begründet, dass wir heute das Wesen des Tempels nicht fassen können. Ein Aspekt, den wir uns jedoch vor Augen führen können, ist z.B. die Demonstration der Einheit des jüdischen Volkes, die durch Hakhel in Erscheinung tritt. Das gemeinsame Antreten zum Hören der Tora weckt auch Assoziationen zum erstmaligen Empfang der Tora am Berg Sinai. Der Moment, der den eigentlichen Anfangspunkt des jüdischen Volkes darstellt, durch Gottes Erwählung Israels einerseits, und Israels Verpflichtung, Gottes Gebote zu halten andererseits.

Aber ungeachtet der Bedeutung der jüdischen Erziehung der nächsten Generation und des spirituellen Einflusses, der von der Hakhel-Versammlung ausgeht, stehen wir immer noch vor dem Problem, dass die Eltern ihre Kinder sowieso hätten mitnehmen müssen, auch wenn die Tora das nicht angewiesen hätte. Und dies scheint sich damit zu widersprechen, dass in der Tora nichts Überflüssiges steht.

Dies wird durch den Grundsatz erklärt, dass eine Person, die eine gute Tat ausführt, die ihm durch das göttliche Gesetz geboten ist, mehr vollbringt als eine Person, welche die gleiche Tat ausführt, ohne dass sie ihm gesetzlich obliegt. Also sagen wir, jemand hilft einer alten Frau die schwere Einkaufstasche zu tragen, einmal in einer Situation, in der er dazu gesetzlich verpflichtet ist und einmal in einer Situation ohne eine solche Verpflichtung. Welche Situation ist moralisch hochwertiger? Intuitiv würden sich die Meisten wohl für die zweite Situation aussprechen. Der als „gadol ha-metzuwe we-ose…“ bekannte Grundsatz geht jedoch vom Gegenteil aus. Und der Grund dafür ist, dass ein Mensch in der zweiten Situation nur seinen eigenen Willen erfüllt. Auch wenn dieser im genannten Fall zufällig ein guter Wille ist, könnte er in einer anderen Situation ein schlechter Wille sein und somit ist es ein Problem, dass der eigene Wille handlungsanweisend ist. Im ersten Fall hingegen spielt der eigene Wille keine oder eine nur untergeordnete Rolle und man unterstellt sich dem Willen Gottes.

Daher hat die Tora das Mitbringen der Kleinkinder, welches ohnehin geschehen wäre, zu einem Gebot erhoben.

Artikel von: Patrick Casiano, www.intellectual-services.com